



00 Grundlagen und Übersichten

Monitoring der Legislaturplanung

Legislaturindikatoren 2015-2019

Diese 44 Legislaturindikatoren dienen der Beobachtung der Ziele 2015-2019 des Bundesrates und des Parlaments. Sie stammen aus einem Monitoring-System, das sämtliche Aufgabenbereiche des Bundes umfasst und das ungefähr 170 Indikatoren enthält.

Inhaltsverzeichnis

Übersicht der Entwicklung am Ende der Legislaturperiode	4
Leitlinie 1: Wohlstand	14
Schuldenquote des Bundes	15
Online Service Index.....	17
Fiskalquote der öffentlichen Haushalte	19
Produktmarktregulierung.....	21
Syntheseindex der Innovation	23
Nahrungsmittelproduktion	25
Investitionen in IKT	27
Aussenhandelsverflechtung	29
Abschlussquote der beruflichen Grundbildung	31
Abgeschlossene Ausbildung der höheren Berufsbildung.....	33
Erwerbslosenquote der Jugendlichen	35
Erwerbslosenquote von Hochschulabsolvent/innen	37
Impact der wissenschaftlichen Publikationen der Schweiz	39
Erwerbsquote der Frauen	41
Staubbelastung auf dem Nationalstrassennetz	44
Modalsplit im alpenquerenden Güterverkehr.....	46
Abonnent/innen von Breitband-Internetanschlüssen	48
Vielfalt von Artengemeinschaften in Lebensräumen.....	50
Ackerfläche und Fläche mit Dauerkulturen.....	52
Treibhausgasemissionen	54
Endenergieverbrauch pro Kopf	57
Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie.....	59
Leitlinie 2: Zusammenhalt	61
Index des standardisierten Steuerertrags nach Ressourcenausgleich	62
Mehrsprachigkeit der Jugendlichen.....	64
Sozialhilfequote	66
Frühzeitige Schulabgänger/innen nach Migrationsstatus	68
Lohnunterschied nach Geschlecht	70
Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit.....	72
Öffentliche Entwicklungshilfe	74
Anzahl Sitzungen internationaler Organisationen in Genf	76

Leitlinie 3: Sicherheit.....	78
Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit in Prozenten des BIP	79
Umlageergebnis der AHV	81
Kosten des Gesundheitswesens in Prozenten des BIP	83
Entbehren von Pflegeleistungen aus finanziellen Gründen	85
Übergewicht.....	88
Sport- und Bewegungsverhalten	90
Erwerbsquote nach Migrationsstatus	92
Übereinstimmung von Bildungs- und Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes nach Migrationsstatus.....	95
Verzeigungen wegen schwerer Gewaltdelikte.....	98
Häusliche Gewalt.....	100
Schäden durch Naturereignisse	102
Vertrauen in die Armee	104
Multilaterale Abkommen.....	106
Geleistete Dienstage für militärische Friedensförderung im Ausland.....	108

Übersicht der Entwicklung am Ende der Legislaturperiode

Dieses Dokument ergänzt die Beurteilung der Entwicklung der Legislaturindikatoren, die im Geschäftsbericht 2019 des Bundesrates veröffentlicht wurde.

Indikator		Entwicklung / Zustand				
No.	Name	angestrebt	beobachtet	Beurteilung		
01.1.3	Schuldenquote des Bundes <i>Bruttoschulden des Bundes im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt - In Prozent</i>	 Quantifizierbares Ziel: «Die Bruttoschuldenquote des Bundes (Bruttoschulden in % des BIP) stabilisiert oder verringert sich gegenüber 2014 (16,8 %).»	 2014-2018 t ₀ : 2014 t ₁ : 2018			
01.0.3	Online Service Index <i>Rang der Schweiz im weltweiten Vergleich der UN-Länder</i>	 Quantifizierbares Ziel: «Im Bereich E-Government verbessert die Schweiz im internationalen Vergleich ihre Position.»	 2008, 2010, 2012, 2014, 2016, 2018 t ₀ : 2008 t ₁ : 2018			Indikator zeigt Rang. Symbole für angestrebte und beobachtete Entwicklung folgen der Intuition, dass eine "höhere" Platzierung besser ist.
01.1.5	Fiskalquote der öffentlichen Haushalte <i>Einnahmen aus Steuern und obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt - In Prozent</i>	 Quantifizierbares Ziel: «Zur Erhaltung bzw. Steigerung der Standortattraktivität stabilisiert oder verringert sich die Fiskalquote gegenüber 2014 (Fiskalquote [Staat]: 27,0%).»	 2014-2018 t ₀ : 2014 t ₁ : 2018			
12.1.2	Produktmarktregulierung <i>Index von 0 (keine Regulierung) bis 6 (sehr hohe Regulierung)</i>	 Bedeutung: «Durch eine optimale, [...] Ausgestaltung der Rahmenbedingungen kann mehr Wettbewerb in den Produktmärkten entstehen. Kompetitive Märkte können Firmen dazu bringen, effizienter zu sein respektive die Produktivität zu erhöhen.»	 2003, 2008, 2013 t ₀ : 2003 t ₁ : 2013			Zeitreihenbruch 2018. Es werden die letzten drei davorliegenden Datenpunkte berücksichtigt.

05.5.5	Syntheseindex der Innovation* <i>Index der Innovationstätigkeit von 0 (gering) bis 1 (hoch) der fünf erfolgreichsten Länder</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Schweiz behält ihre Position als international führender Innovationsstandort.» Führend: Schweiz ist Innovation Leader gemäss European Innovation Scoreboard		2018 1. Rang / Innovation Leader		Status Assessment: Beurteilung anhand des Status der Schweiz im European Innovation Scoreboard
11.1.1	Nahrungsmittelproduktion <i>Einheimische Nahrungsmittelproduktion brutto der Landwirtschaft - In Terajoule</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die einheimische Nahrungsmittelproduktion (in Terajoules, TJ) steigt gegenüber den Durchschnittswerten der Periode 2008–2010 leicht an.»		2008-2017 t ₀ : Ø (2008-2010) t ₁ : Ø (2015-2017)		
01.0.4	Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien <i>In der Schweiz, zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2010 - In Mio. Franken</i>		Quantifizierbares Ziel: «Durch eine optimale Ausgestaltung der Rahmenbedingungen erhöhen sich die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schweiz.»		2007-2018 t ₀ : Ø (2007-2009) t ₁ : Ø (2016-2018)		
03.3.7	Aussenhandelsverflechtung <i>Mittelwert aus Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt, zu laufenden Preisen - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Aussenhandelsverflechtung der Schweizer Wirtschaft bleibt stabil oder nimmt gegenüber dem Durchschnittswert der Legislaturperiode 2011–2015 zu.»		2012-2018 t ₀ : Ø (2012-2015) t ₁ : Ø (2016-2018)		Anfangswert entspricht Mittelwert der Legislaturperiode 2011-2015 (ohne das Jahr 2011, da dieses nur drei Wochen der Legislaturperiode ausmacht)
05.1.3	Abschlussquote der beruflichen Grundbildung <i>Anteil Personen im Alter bis 25 Jahre mit einem Abschluss der beruflichen Grundbildung, an der gleichaltrigen Referenzbevölkerung - In Prozent</i>		Bedeutung: «Eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II öffnet nicht nur den Zugang zur nächsten Bildungsstufe, sondern bereitet junge Erwachsene ebenfalls darauf vor, als qualifizierte Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt einzutreten»	-	2017		Keine Beurteilung möglich, da Zeitreihe zu kurz ist (derzeit nur ein Wert).

05.1.1	Abgeschlossene Ausbildung der höheren Berufsbildung <i>Anteil an der 30- bis 34-jährigen ständigen Wohnbevölkerung - In Prozent</i>		Bedeutung: «[...] [Die höhere Berufsbildung] zeichnet sich durch einen starken Arbeitsmarktbezug aus, ermöglicht eine Spezialisierung und Vertiefung des Fachwissens [...]»		2010-2018 t ₀ : Ø (2010-2012) t ₁ : Ø (2016-2018)		Indikator umfasst zwei Kategorien: Höhere Berufsbildung und Doppelabschlüsse (Höhere Berufsbildung und Hochschule). Beurteilung basiert auf Total.
00.3.3	#Erwerbslosenquote der Jugendlichen <i>Anteil Erwerbslose an der 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: « [...] [D]ie Jugendarbeitslosigkeit bleibt im internationalen Vergleich tief. »		2007-2019 t ₀ : Ø (2007-2009) t ₁ : Ø (2017-2019)		Beurteilung unterscheidet sich von jener des gleichnamigen MONET 2030-Indikators aufgrund des unterschiedlichen Betrachtungszeitraums.
05.2.1	#Erwerbslosenquote von Hochschulabsolvent/innen <i>Hochschulabsolventen/innen, die ein Jahr nach dem Studienabschluss erwerbslos sind, nach Hochschultyp - In Prozent</i>		Bedeutung: «[...] Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen [...], welche sich ohne grössere Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt integrieren können»		2007, 2009, 2011, 2013, 2015, 2017 t ₀ : 2007 t ₁ : 2017		Der Indikator enthält die Kategorien Total / Universitäre Hochschulen / Fachhochschulen / Pädagogische Hochschulen. Beurteilung basierend auf Total, unter Anwendung des Vertrauensintervalls des Indikators.
05.3.4	Impact der wissenschaftlichen Publikationen der Schweiz* <i>Relativer Zitationsindex auf einer Skala von 0 (tief) bis 200 (hoch)</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Schweiz bleibt in der Wissenschaft und Forschung unter den führenden Nationen. » Führend: Ränge 1-5		2016 3. Rang		Der Index zeigt einen gleitenden Mittelwert über 5 Jahre. Der Datenpunkt 2016 entspricht dem Mittelwert der Jahre 2014-2018).
00.1.5	Erwerbsquote der Frauen <i>Anteil der 15- bis 64-jährigen Frauen an der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung, in Vollzeitäquivalenten - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft. Die Erwerbsquote der Frauen erhöht sich. »		2010-2019 t ₀ : Ø (2010-2012) t ₁ : Ø (2017-2019)		Zeitreihenbruch 2010
09.1.1	Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz <i>Durch Verkehrsüberlastung verursachte Staus, in Stunden</i>		Bedeutung: «Gibt es zu oft und zu lange Staus, ist die Funktionsfähigkeit der Nationalstrasse gestört und die Wartezeiten verursachen wirtschaftliche Kosten»		2007-2018 t ₀ : Ø (2007-2009) t ₁ : Ø (2016-2018)		

09.2.1	Modalsplit im alpenquerenden Güterverkehr <i>Anteil auf der Schiene transportierter Güter am gesamten alpenquerenden Güterverkehr auf Strasse und Schiene - In % der Nettotonnen</i>		Quantifizierbares Ziel: «Der Anteil des alpenquerenden Güterverkehrs, der auf die Schiene verlagert wird, nimmt während der Legislaturperiode 2015–2019 zu.»		2016-2018 t ₀ : 2016 t ₁ : 2018		
01.0.2	Abonent/innen von Breitband-Internetanschlüssen* <i>Anzahl der Abonent/innen von fixen Breitband-Internetanschlüssen pro 100 Einwohner/innen</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Rahmenbedingungen im Telekommunikationsmarkt tragen dazu bei, die Investitionen auf einem hohen Niveau zu halten und die Stelle der Schweiz bei der Anzahl der leitungsgebundenen Breitbandanschlüsse an das Internet innerhalb der fünf besten Länder der OECD zu halten.»		2018 1. Rang		Status Assessment: Beurteilung anhand der Rangierung der Schweiz im internationalen Vergleich
10.3.5	Vielfalt von Artengemeinschaften <i>Index von 0 (einheitlich) bis 100 (vielfältig), aller paarweisen Vergleiche der Stichprobenflächen</i>		Bedeutung: «Für den Menschen liegt die Bedeutung der Biodiversität in den zahlreichen Leistungen, welche die Ökosysteme erbringen.»		2008-2006 t ₀ : 2008 t ₁ : 2016 Für die Berechnung der beobachteten Entwicklung werden keine Mittelwerte gebildet, da der Indexwert des Indikators bereits einem Mittelwert über fünf Jahre entspricht.		Der Indikator enthält die drei Kategorien Pflanzen, Moose, Mollusken. Die Veränderung in Prozent von jeder Variable wird in einen Einzelwert zusammengefasst (-1 für eine negative Entwicklung, 0 für keine wesentliche Veränderung, +1 für eine positive Entwicklung). Die Einzelwerte werden anschliessend addiert und das Resultat ergibt die gesamte Entwicklungsrichtung des Indikators.
11.1.5	Ackerfläche und Fläche mit Dauerkulturen <i>In Tausend Hektaren</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Ackerfläche und die Fläche mit Dauerkulturen stabilisieren sich auf dem Mittelwert von 2012–2014.»		2012-2018 t ₀ : Ø (2012-2014) t ₁ : Ø (2016-2018)		Der Indikator enthält die Kategorien Ackerfläche, Dauerkulturen. Die Beurteilung basiert auf dem Total.

10.1.2	Treibhausgasemissionen <i>CO₂-Äquivalente, in Millionen Tonnen, ohne Senkenleistungen des Waldes und Emissionsminderungszertifikate</i>		Quantifizierbares Ziel: «Die Treibhausgasemissionen im Inland vermindern sich bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 gesamthaft um 20 Prozent. »		2008-2017 t ₀ : 2008 t ₁ : 2017		Die Beurteilung basiert auf der Abweichung vom theoretischen Zielpfad (Zielwert 2020). Der Beginn der Beurteilungsperiode liegt im Jahr der Einführung der CO ₂ -Abgabe. Der Zielwert berücksichtigt die Senkenleistungen, der Indikator hingegen nicht. Gestützt auf vorläufige Daten geht das BAFU im Moment davon aus, dass die anrechenbare Senkenleistung der Forstwirtschaft für die Erreichung des Reduktionsziels 2020 nicht ausschlaggebend ist.
12.3.2	Endenergieverbrauch pro Kopf <i>In Gigajoule pro Person</i>		Quantifizierbares Ziel: «Beim durchschnittlichen Energieverbrauch pro Person und Jahr ist gegenüber dem Stand im Jahr 2000 eine Senkung um 16 Prozent bis zum Jahr 2020 anzustreben. »		2000-2018 t ₀ : 2000 t ₁ : 2018		Die Beurteilung basiert auf der Abweichung vom theoretischen Zielpfad, der anhand des gesetzlichen Richtwerts 2020 festgelegt wird.
12.3.4	Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie <i>Anteil an der gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Der Anteil der neuen erneuerbaren Energien am Strom-Mix wird deutlich ausgebaut. »		2007-2018 t ₀ : Ø (2007-2009) t ₁ : Ø (2016-2018)		
13.3.2	Index des standardisierten Steuerertrags <i>Standardabweichung der Indexe SSE aller Kantone nach erfolgtem Ressourcenausgleich</i>		Quantifizierbares Ziel: «Der Finanzausgleich trägt dazu bei, dass die Ungleichheiten zwischen den Kantonen so gering wie möglich ausfallen. »		2008-2019 t ₀ : Ø (2008-2010) t ₁ : Ø (2017-2019)		

00.3.8	Mehrsprachigkeit der Jugendlichen <i>Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der ständigen Wohnbevölkerung, welche üblicherweise eine, zwei oder mehrere Sprachen sprechen - In Prozent</i>		Bedeutung: « Die Förderung der Mehrsprachigkeit sowie der Verständigung und des Austausches zwischen den Sprachgemeinschaften sind zentrale Grundsätze der Schweizer Sprachenpolitik.»		2010-2017 t ₀ : Ø (2010-2012) t ₁ : Ø (2015-2017)		Der Indikator zeigt die Kategorien eine Sprache / zwei Sprachen / drei und mehr Sprachen. Die Beurteilung basiert auf dem Total der Kategorien zwei Sprachen / drei und mehr Sprachen.
08.0.2	Sozialhilfequote <i>Anteil der Sozialhilfebeziehenden an der ständigen Wohnbevölkerung - In Prozent</i>		Bedeutung: «Im System der sozialen Sicherheit der Schweiz bildet die Sozialhilfe das letzte Auffangnetz. Sie greift bei finanzieller Armutssituation ein [...].»		2007-2017 t ₀ : Ø (2007-2009) t ₁ : Ø (2015-2017)		
00.2.4	Frühzeitige Schulabgänger/innen** <i>Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die nicht mehr eingeschult sind und die höchstens über einen Abschluss der obligatorischen Schule verfügen, nach Migrationsstatus - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Der Anteil der frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgänger mit Migrationshintergrund nimmt ab.»		2013-2018 t ₀ : Ø (2013-2015) t ₁ : Ø (2016-2018)		Der Indikator zeigt Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Da der Fokus auf der Integration der Personen mit Migrationshintergrund liegt, werden nur diese für die Beurteilung berücksichtigt. Beurteilung unter Anwendung des Vertrauensintervalls der Daten.
00.1.2	Lohnunterschied nach Geschlecht <i>Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer, privater Sektor - In Prozent</i>		Bedeutung: «Der Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau verlangt, dass beide Geschlechter den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten.»		2008, 2010, 2012, 2014, 2016 t ₀ : 2008 t ₁ : 2016		

00.1.6	Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit <i>Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit - Personen im erwerbsfähigen Alter (Frauen zwischen 15 und 63 Jahren, Männer zwischen 15 und 64 Jahren) - Stunden pro Woche</i>		Bedeutung: «Die gleichberechtigte Teilhabe am Berufs- und am Familienleben gehört zu den zentralen Anliegen in der Diskussion um die Gleichstellung der Geschlechter.»		2007, 2010, 2013, 2016 t ₀ : 2007 t ₁ : 2016		Berechnung der prozentualen Veränderung des Unterschieds zwischen Frauen und Männern in Bezug auf den Anteil der geleisteten Haus- und Familienarbeit in Stunden am Total der geleisteten Arbeitsstunden
03.2.1	Öffentliche Entwicklungshilfe <i>Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen - In Prozent (Richtwert: 0.5% des BNE)</i>		Quantifizierbares Ziel: «[Die Schweiz] strebt trotz Sparmassnahmen weiterhin eine APD-Quote von 0,5 Prozent des BNE an.»		Ø (2016-2018)		Status Assessment
03.1.4	Sitzungen internationaler Organisationen in Genf <i>In halben Tagen</i>		Quantifizierbares Ziel: «Der internationale Standort Genf bleibt attraktiv für internationale Organisationen, und die Anzahl internationaler Konferenzen nimmt zu.»		2010-2018 t ₀ : Ø (2010-2012) t ₁ : Ø (2016-2018)		
08.0.5	Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit in % des BIP <i>In Prozenten des Bruttoinlandsprodukts</i>	-	Bedeutung: «Das System der sozialen Sicherheit schützt die Haushalte und Einzelpersonen vor den wichtigsten Risiken und sichert deren Existenz.»		2017-2017 t ₀ : Ø (2007-2009) t ₁ : Ø (2015-2017)		Keine Beurteilung möglich, da die angestrebte Entwicklung nicht definiert ist.
08.1.1	Umlageergebnis der AHV <i>In Millionen Franken, zu laufenden Preisen</i>		Bedeutung: «Für die langfristige und nachhaltige finanzielle Sicherung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist ein positives Umlageergebnis eine wichtige Voraussetzung.»		2007-2018 t ₀ : Ø (2007-2009) t ₁ : Ø (2016-2018)		
08.3.3	Kosten des Gesundheitswesens in Prozenten des BIP <i>Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, zu laufenden Preisen - In Prozent</i>		Legislativziel: «[Der Bundesrat] setzt sich für die Reduktion von nicht wirksamen und nicht effizienten Leistungen sowie Medikamenten und Verfahren ein, um die Qualität zu erhöhen und die Kosten zu reduzieren.»		2007-2017 t ₀ : Ø (2007-2009) t ₁ : Ø (2015-2017)		

00.2.6	Entbehrungen von Pflegeleistungen aus finanziellen Gründen <i>Anteil der Bevölkerung in der untersten Einkommensklasse (1. Quintil), der auf ärztliche oder zahnärztliche Untersuchungen verzichtet - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: «Der Anteil der Personen, der aus finanziellen Gründen der Gesundheitsversorgung fernbleibt, verringert sich.»		2015-2017 t ₀ : 2015 t ₁ : 2017		2014 und 2015: Brüche in der Zeitreihe. Für die Bestimmung der beobachteten Entwicklung kommt das Vertrauensintervall der Daten zur Anwendung.
07.1.3	Übergewicht <i>Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren mit Übergewicht (BMI von 25 oder mehr) - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: « [...] nimmt der Anteil übergewichtiger Personen im Vergleich zu den letzten zehn Jahren ab.»		2007, 2012, 2017 t ₀ : 2007 t ₁ : 2017		
06.3.3	Sport- und Bewegungsverhalten <i>Anteil der Personen, die in ihrer Freizeit körperlich aktiv sind und die Bewegungsempfehlungen erfüllen - In Prozent</i>		Quantifizierbares Ziel: « [...] nimmt der Anteil der Bevölkerung, der die Bewegungsempfehlungen umsetzt, im Vergleich zu den letzten zehn Jahren		2007, 2012, 2017 t ₀ : 2007 t ₁ : 2017		
08.8.3	Erwerbsquote** <i>Anteil der 15- bis 64-Jährigen an der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung, nach Migrationsstatus - In Prozent</i>		Bedeutung: «Die Erwerbstätigkeit ist Voraussetzung für den selbstständigen Erwerb des Lebensunterhaltes und ein wichtiger Faktor für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.»		2012-2018 t ₀ : Ø (2012-2014) t ₁ : Ø (2016-2018)		Der Indikator zeigt Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Da der Fokus auf der Integration der Personen mit Migrationshintergrund liegt, werden nur diese für die Beurteilung berücksichtigt.
00.2.1	Übereinstimmung Bildungsniveau und ausgeübte Tätigkeit** <i>Anteil der Angestellten mit Tertiärausbildung, die für ihre Tätigkeit keine solche Ausbildung benötigen, nach Migrationsstatus - In Prozent</i>		Bedeutung: «Personen mit Migrationshintergrund, die über eine Ausbildung verfügen aber deren professionellen Qualifikationen nicht zur Anwendung kommen, stellen ein ungenutztes Arbeitskräftepotential dar.»		2012-2018 t ₀ : Ø (2012-2014) t ₁ : Ø (2016-2018)		Der Indikator zeigt Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Da der Fokus auf der Integration der Personen mit Migrationshintergrund liegt, werden nur diese für die Beurteilung berücksichtigt. Beurteilung unter Anwendung des Vertrauensintervalls der Daten.

02.2.1	Verzeigungen wegen schwerer Gewaltdelikte <i>Anzahl polizeilich registrierter Straftaten schwerer Gewalt</i>		Bedeutung: «Um die persönliche Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, sind eine wirkungsvolle Bekämpfung der Kriminalität sowie die Vorbeugung von Gewaltanwendungen wichtig.»		2009-2018 t ₀ : Ø (2009-2011) t ₁ : Ø (2016-2018)		
02.2.4	Häusliche Gewalt <i>Anzahl polizeilich registrierte Opfer schwerster physischer Gewalt im häuslichen Bereich</i>		Bedeutung: «Straftaten, die sich innerhalb der Familie oder in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft ergeben, sind in der Schweiz ebenfalls ein soziales Problem.»	-	-		Aufgrund der geringen Fallzahlen und der daraus folgenden Variabilität wird auf eine Beurteilung der Entwicklung verzichtet.
10.2.2	Schäden durch Naturereignisse <i>Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz - Millionen Franken (teuerungsbereinigt, Basisjahr 2017)</i>		Quantifizierbares Ziel: «[...] Gefahr abzuwenden oder die Schäden zu reduzieren.»	-	-		Aufgrund der ausserordentlichen Variabilität des Phänomens wird auf eine Beurteilung der Entwicklung verzichtet.
04.1.1	Vertrauen in die Armee <i>Index von 1 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen)</i>		Quantifizierbares Ziel: «Der Index des Vertrauens der Bevölkerung in die Armee bleibt über dem Niveau von 2011.»		Ø (2017-2019)		
03.1.7	Multilaterale Abkommen <i>Anteil in der Schweiz in Kraft getretene multilaterale Rechtstexte am Total der in einem Jahr abgeschlossenen Rechtstexte - In Prozent</i>		Bedeutung: «Zur Lösung globaler Probleme sind Abkommen auf internationaler Ebene ein zentrales Instrument.»		2007-2017 t ₀ : Ø (2007-2009) t ₁ : Ø (2015-2017)		Das letzte verfügbare Jahr wird aufgrund der jeweils rückwirkenden Änderungen des Indikatorwerts nicht für die Berechnung berücksichtigt.
04.1.2	Militärdienst für Friedensförderung im Ausland <i>Geleistete Dienstage in Armee-Einsätzen - In Tausend Tagen</i>	-	Bedeutung: «Friedensförderung im internationalen Rahmen ist einer der drei Aufträge der Schweizer Armee und ist als solcher im Militärgesetz verankert.»		2007-2018 t ₀ : Ø (2007-2009) t ₁ : Ø (2016-2018)		Keine Beurteilung möglich, da die angestrebte Entwicklung nicht definiert ist.

* Rangierung der Schweiz im internationalen Vergleich

** Personen mit Migrationshintergrund

Bedeutung der Beurteilungssymbole

Jeder Legislaturindikator wird von mehreren Symbolen begleitet:

Angestrebte Entwicklungen

Das erste zeigt die angestrebte Entwicklung oder den angestrebten Zustand gemäss der Zielsetzung, die basierend auf der Bedeutung oder dem quantifizierbaren Ziel des Legislaturindikators identifiziert wurde.



Zunahme



Abnahme



Stabilisierung



Zustand oberhalb Referenzwert



Zustand unterhalb Referenzwert

Beobachtete Entwicklungen

Das zweite Symbol veranschaulicht die beobachtete Entwicklung ausgehend von der berechneten Tendenz für den untersuchten Zeitraum. In der Regel betrifft dies die Periode von 2008 (oder ab der ersten Erhebung, falls diese nach 2008 stattgefunden hat) bis zum letzten verfügbaren Datenpunkt. Bei der Verwendung des quantifizierbaren Ziels richtet sich die Berechnung nach den Referenzwerten, falls das Ziel solche fest schreibt.



Zunahme



Abnahme



Keine wesentliche Veränderung



Zustand oberhalb Referenzwert



Zustand unterhalb Referenzwert

Beurteilung: beobachtete Entwicklung im Vergleich zur angestrebten Entwicklung

Das dritte Symbol fasst die ersten beiden zusammen und ermöglicht so eine Beurteilung der beobachteten Entwicklung. Diese ist positiv, wenn sie der angestrebten Entwicklung entspricht, andernfalls negativ. Die Entwicklung gilt als unverändert (neutral), wenn sie zwischen +3% und -3% liegt. Falls keine Entwicklung angestrebt wird sondern ein Zustand, wird nur zwischen positiver und negativer Beurteilung unterschieden.



Positiv

(in Übereinstimmung mit der angestrebten Entwicklung)



Negativ

(entgegen der angestrebten Entwicklung)



Neutral



Keine Beurteilung

möglich

Leitlinie 1: Die Schweiz sichert ihren Wohlstand nachhaltig.

Schuldenquote des Bundes

Auszug aus dem Legislaturziel 1: *Um den politischen Handlungsspielraum auch für die nachfolgenden Generationen beibehalten zu können, will der Bundesrat einen nachhaltigen Ausgleich des Bundeshaushaltes sicherstellen.*

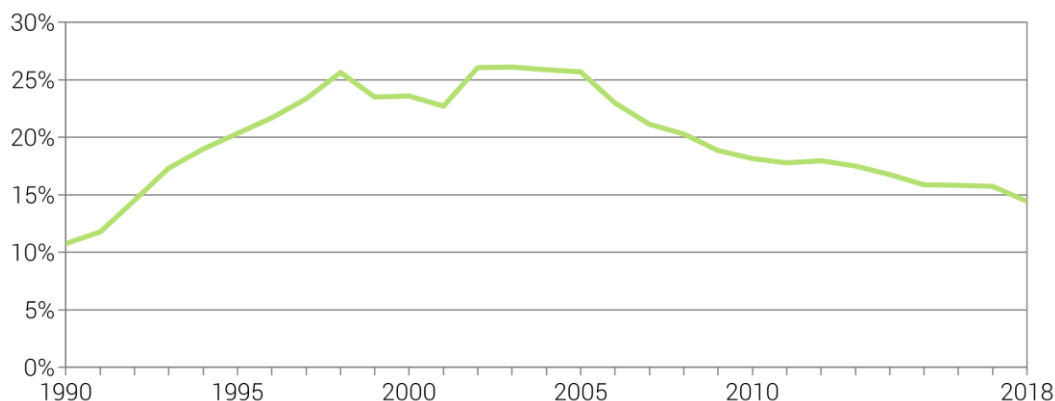
Bedeutung des Indikators: Die Schuldenquote zeigt, wie nachhaltig die aktuelle Finanzpolitik ist und welche finanzielle Last heutiger Vorhaben auf zukünftige Generationen abgewälzt wird. Über das vertretbare Ausmass von Schulden gibt es keine einheitlichen Auffassungen, daher gibt die Politik Toleranzgrenzen vor. In der Schweiz wurde dazu 2003 die Schuldenbremse eingeführt: Ziel der Schuldenbremse ist es, dass sich die nominellen Bruttoschulden stabilisieren und das Ausgabenwachstum auf die Einnahmenentwicklung begrenzt wird.

Der Indikator zeigt die Höhe der Bruttoschulden des Bundes im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt zu laufenden Preisen, das heisst im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Quantifizierbares Ziel: *Die Bruttoschuldenquote des Bundes (Bruttoschulden in % des BIP) stabilisiert oder verringert sich gegenüber 2014 (16,8%).*

Schuldenquote des Bundes

Bruttoschulden des Bundes im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt



Quelle: EFV – Finanzberichterstattung

© BFS 2019

Kommentar

Die Bruttoschuldenquote des Bundes stieg in den 1990er Jahren an, erreichte 2003 mit 26,1% ihren Höchststand und konnte danach wieder gesenkt werden. 2018 betrug sie 14,4%. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Bruttoschuldenquote 2018 um 1,3 Prozentpunkte abgenommen. Absolut gemessen haben die Bruttoschulden im Vergleich zum Vorjahr um 5,8 Milliarden abgenommen und betrugen 2018 gut 99,4 Milliarden Franken.

Die Reduktion der Verschuldung in den letzten Jahren wird auf die Einführung der Schuldenbremse 2003 zurückgeführt. Auch die Schuldenquote der öffentlichen Haushalte (Bund, Kantone, Gemeinden, Sozialversicherungen) ist insgesamt gesunken. In der Mehrzahl der Kantone bestehen analog zur Schuldenbremse ebenfalls Budgetbeschränkungen durch verschiedenartige Regelbindungen. Diese tragen dazu bei, dass die Schuldenquote seit 2003 auch in den Kantonen und Gemeinden kontinuierlich gesenkt werden konnte.

Die Ausgabenquote (ordentliche Ausgaben des Bundes in Prozent des BIP) stieg zwischen 1990 und 2002 von 8,8% auf 10,7% des BIP. Seit 2003 schwankt sie um 10%. Im Jahr 2018 betrug sie 10,2%, was dem Niveau des Vorjahres entspricht. Zu den ordentlichen Ausgaben zählen auch die Passivzinsen, die aus der Verschuldung des Bundes resultieren. Die Zinsbelastung (Zinsausgaben in Prozent der ordentlichen Ausgaben des Bundes) ist infolge des Schuldenrückgangs und der tiefen Zinssätze von 7,1% im Jahre 2007 auf 1,6% im Jahr 2018 gesunken.

In den Jahren 2006 bis 2013 fiel das ordentliche Finanzierungsergebnis des Bundes jeweils positiv aus. 2014 war das ordentliche Finanzierungsergebnis mit -124 Millionen Franken erstmals seit 2005 negativ. 2018 fiel das ordentliche Finanzierungsergebnis wie bereits in den drei Jahren davor positiv aus. Es betrug 2938 Millionen Franken, was zu einer Überschussquote von 0,4% führte.

Methodologie

Die Bruttoschulden des Bundes umfassen laufende Verbindlichkeiten, kurzfristige Finanzverbindlichkeiten (insb. Geldmarktschulden) und langfristige Finanzverbindlichkeiten (insb. Bundesobligationen).

Die Schuldenquote wird definiert als Bruttoschulden des Bundes in Prozent des Bruttoinlandprodukts zu laufenden Preisen. Sie ist Teil der Finanzberichterstattung der Eidgenössischen Finanzverwaltung und wird mit der Rechnung des Bundes jährlich publiziert. Die Zahlen weichen von den Zahlen der Finanzstatistik leicht ab, da in der Finanzstatistik für den Bund auch diverse Sonderrechnungen berücksichtigt sind (z.B. ETH-Bereich und Fonds für Eisenbahngrossprojekte). Die Finanzstatistik erfasst die Rechnungen aller öffentlichen Haushalte und liefert Zahlen für den internationalen Vergleich.

Das Kernstück der Schuldenbremse besteht aus einer einfachen Regel: Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürfen die Ausgaben nicht grösser sein als die Einnahmen. Der Plafond für die Ausgaben wird an die Höhe der Einnahmen gebunden, korrigiert um einen Faktor, der die konjunkturelle Lage berücksichtigt (k-Faktor). In Phasen der Hochkonjunktur muss der Bund einen Überschuss erwirtschaften, umgekehrt sind in Phasen der gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung Defizite zulässig. Über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg ist die Rechnung ausgeglichen. Die Regel wirkt unabhängig von der Höhe der Steuerbelastung. Sie lässt Steuererhöhungen und Steuersenkungen zu. Eine Steuersenkung muss gemäss Regel mit Ausgabensenkungen einhergehen.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Online Service Index

Auszug aus dem Legislaturziel 1: *Der Wirtschaftsstandort Schweiz soll durch einen handlungsfähigen und effizienten Staat [...] gestärkt werden. Ferner verfolgt der Bundesrat im Rahmen von «E-Government» das Ziel, die Verwaltungstätigkeit mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) so bürgernah und so wirtschaftlich wie möglich zu gestalten.*

Bedeutung des Indikators: E-Government bezweckt, die Prozesse zwischen der Bevölkerung, der Wirtschaft und den staatlichen Stellen sowie innerhalb der Verwaltung mittels Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu optimieren. Dadurch soll der Kontakt mit der Verwaltung erleichtert und ein Standortvorteil für die Wirtschaft und andere Organisationen geschaffen werden.

Der Online Service Index zeigt für die Schweiz in einem weltweiten Vergleich, inwiefern Dienstleistungen auf Bundesebene online abgewickelt werden können. Im Fokus stehen die Zugänglichkeit zu Informationen und die Benutzerfreundlichkeit von Internetseiten der Regierung und in ausgewählten Bereichen (Bildung, Gesundheit, Finanzen, Arbeit, Sozialleistungen). Der Index erfasst zudem die Möglichkeiten zur Interaktion zwischen der Regierung und der Bevölkerung, zum Beispiel in Form von regelmässigen Inputs, routinemässigen Konsultationen oder von Social Media und Web 2.0.

Quantifizierbares Ziel: *Im Bereich E-Government verbessert die Schweiz im internationalen Vergleich ihre Position.*

Online Service Index

Rang der Schweiz im weltweiten Vergleich der UN-Länder



Quelle: UNPAN – E-Government Survey

© BFS 2018

Kommentar

Die Schweiz belegte 2018 beim Online Service Index mit einem Wert von 0,85 (auf einer Skala von 0 bis 1) den 35. Platz von insgesamt 193 untersuchten Ländern. Sie platzierte sich somit über dem weltweiten Durchschnitt von 0,57. Im Jahr 2016 erreichte die Schweiz im weltweiten Vergleich mit einem Indexwert von 0,60 den 66. Rang. In der Regel belegen viele hoch entwickelte Länder die vorderen Ränge des Vergleichs. Oftmals werden dort die finanziellen Ressourcen zentral verwaltet und mit entsprechendem politischen Wille gezielt eingesetzt, um E-Government-Initiativen zu entwickeln und umzusetzen. 2018 befanden sich Dänemark, die Vereinigten Staaten, Singapur und Korea auf den ersten Plätzen.

Der E-Participation Index misst die Nutzung von Online-Angeboten, bei welchen die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft in politischen Entscheidungsprozessen im Vordergrund steht. Hier

befand sich die Schweiz 2018 mit einem Indexwert von 0,84 auf dem 41. Platz und lag über dem weltweiten Durchschnitt von 0,57.

Der Online Service Index sowie der E-Participation Index sind relative Indizes. Das heisst, der jeweilige Indexwert eines Landes hängt unter anderem vom E-Government-Angebot der best- bzw. schlechtestplatzierten Länder ab.

Methodologie

Für die Erhebung des Online Service Index werden die Internetseiten der nationalen Regierungen und ausgewählten Ministerien auf bestimmte Kriterien hin untersucht. Bei der Messung wird davon ausgegangen, dass sich die Entwicklung der Online-Service-Angebote in vier Phasen gliedert: In einer ersten Phase unterhält die Regierung eine einfache Website mit Basisinformationen („emerging presence“). In einer zweiten Phase kommen multimediale Elemente und die Möglichkeit zur Interaktion beim Internetauftritt hinzu („enhanced presence“). Die dritte Phase wird durch einen breiten Informationsaustausch, regelmässige Benutzung und Inputmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger charakterisiert („transactional presence“). Die vierte Phase zeichnet sich durch einen intensiven Datenaustausch und routinemässige Konsultationen der Bürgerinnen und Bürger z.B. über soziale Netzwerke aus („connected presence“). Wenn ein Land alle vier Phasen durchlaufen hat und alle Elemente berücksichtigt werden, weist es einen hohen Online Service Index aus.

Der Online Service Index ist Teil des „E-Government Development Index“ der UNO. Der "E-Government Development Index" umfasst noch zwei weitere Dimensionen: den „Telecommunication Infrastructure Index“ und den „Human Capital Index“. Alle drei Dimensionen werden je zu einem Drittel gewichtet und zum „E-Government Development Index“ zusammengezählt. Für die Erhebung der Indizes werden jeweils die neusten Trends und Entwicklungen im E-Government Bereich berücksichtigt.

Der Online Service Index ist ein relativer Index. Das bedeutet, dass der Index eines Landes von den Werten der best- bzw. schlechtestplatzierten Länder abhängt. Ein relativer Index verändert sich zudem je nach Anzahl der Länder, die an der Untersuchung teilnehmen. Der Index kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Es gibt frühere Surveys mit Online Service Indices, die Zahlen sind aber wegen Revisionen der Methode und wegen der Eigenschaften des relativen Index nur beschränkt vergleichbar.

Der Indikator wird alle 2 Jahre vom United Nations Public Administrations Network (UNPAN) erhoben und publiziert.

Definitionen

E-Government

Unterstützung der Beziehungen, Prozesse und politischen Partizipation innerhalb der staatlichen Stellen aller Ebenen (Bund/Kantone/Gemeinden) sowie zwischen den staatlichen Stellen (Bund - Kantone - Gemeinden) und all ihren Anspruchsgruppen (Bürgerinnen und Bürger / Unternehmen / Institutionen) durch die Bereitstellung entsprechender Interaktionsmöglichkeiten mittels elektronischer Medien

Fiskalquote der öffentlichen Haushalte

Auszug aus dem Legislaturziel 2: Die Steuerordnung ist gesellschafts-, wirtschafts- und umweltverträglich auszugestalten und dabei insbesondere auf die Grundsätze der Gerechtigkeit, der Effizienz, der Standortattraktivität und der Einfachheit auszurichten.

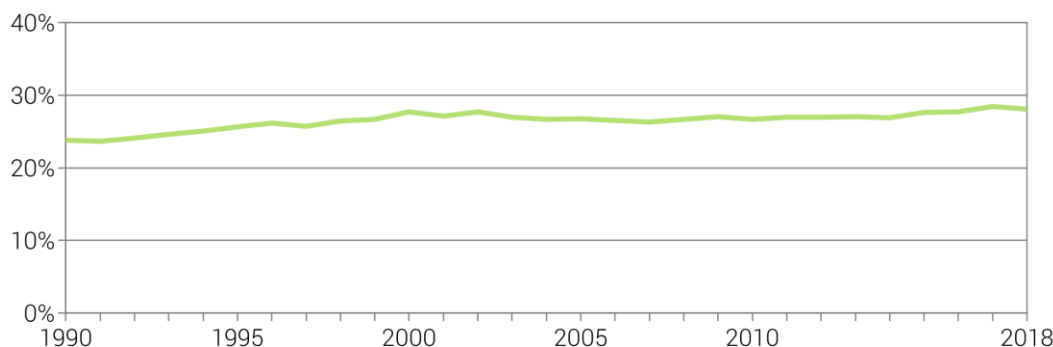
Bedeutung des Indikators: Eine niedrige Steuerbelastung trägt zur Standortattraktivität bei und ist daher aus wirtschaftlicher Sicht erwünscht. Die Standortqualität hängt allerdings von vielen Faktoren ab, so auch von den rechtlichen Rahmenbedingungen, vom sozialen Frieden und von der Qualifikation potentieller Arbeitskräfte. Aus der Fiskalquote lassen sich keine direkten Rückschlüsse auf die finanzielle Situation der privaten Haushalte ziehen. Dafür müsste die Steuerbelastung zu den Leistungen, welche die Bürgerinnen und Bürger vom Staat erhalten, in Bezug gesetzt werden.

Die Fiskalquote ist die Summe aller Steuern und öffentlichen Abgaben von Bund, Kantonen, Gemeinden sowie für öffentlichen Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt zu laufenden Preisen. Die Quote ist somit ein Mass für die aggregierte Belastung durch Fiskalabgaben.

Quantifizierbares Ziel: Zur Erhaltung bzw. Steigerung der Standortattraktivität stabilisiert oder verringert sich die Fiskalquote gegenüber 2014 (Fiskalquote [Staat]: 27,0%).

Fiskalquote der öffentlichen Haushalte

Einnahmen aus Steuern und obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt



2018: Teilweise geschätzt

Quelle: EFV – Finanzstatistik

© BFS 2019

Kommentar

Die Fiskalquote ist insgesamt relativ stabil und oszilliert seit 2001 um die 27%. 2018 ist die Fiskalquote mit 28,1% des BIP tiefer als im Vorjahr. Im internationalen Vergleich fällt die Fiskalquote der Schweiz tief aus. Im Vergleich mit OECD-Ländern, welche einen ähnlichen Entwicklungsstand aufweisen wie die Schweiz, weisen Irland, Korea und die USA eine tiefere Fiskalquote aus. Bei internationalen Vergleichen ist darauf zu achten, dass die Beiträge im Bereich der beruflichen Vorsorge (Pensionskassenbeiträge) und die Prämien für die in der Schweiz obligatorische Krankenversicherung nicht berücksichtigt werden. Diese Abgaben werden in vielen Staaten über das Steuersystem finanziert.

Mit den Fiskaleinnahmen wird ein grosser Teil der staatlichen Aktivitäten und Ausgaben finanziert. Die Staatsquote, das heisst die Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum BIP, stieg in den 1990er Jahren an und erreichte 2002 mit 34,7% ihren Höchstwert. 2018 betrug die Staatsquote 32,4% des BIP und lag somit auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (32,9%). Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern weist die Schweiz eine der tiefsten Staatsquoten auf.

Die Steuerbelastungen sind je nach Kanton unterschiedlich hoch: Die tiefsten Werte des Steuerausschöpfungsindex sind im Referenzjahr 2019 in den Zentralschweizer Kantonen Schwyz, Zug und Nidwalden zu verzeichnen, wobei Schwyz den kleinsten Indexwert aufweist. Den höchsten Wert weist der Kanton Genf aus, gefolgt von Waadt und Jura.

Methodologie

Die Fiskalquote in Prozent des Bruttoinlandprodukts zu laufenden Preisen in der Schweiz umfasst sämtliche Steuern und öffentlichen Abgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie die Sozialversicherungsabgaben. Diese setzen sich aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und -geber an die öffentlichen Sozialversicherungen zusammen (AHV, IV, EO, ALV, Familienzulagen in der Landwirtschaft sowie Mutterschaftsversicherung des Kantons Genf). Nicht enthalten sind somit Gebühren- und Zinseinnahmen sowie sonstige weitere Einnahmen des Staates wie z.B. Bussen. Auch die Beiträge an die Krankenkassen, Unfallversicherungen und Pensionskassen werden trotz Obligatorium nicht berücksichtigt, da diese Unternehmen nicht zum Sektor Staat gehören.

Bei der Berechnung der Fiskalquote stützt sich die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) auf die Zahlen der Finanzstatistik, welche gemäss dem internationalen Finanzstatistikstandard des Internationalen Währungsfonds (IWF) ermittelt werden. Diese entsprechen den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) veröffentlichten Fiskaleinnahmen. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit den Fiskalquoten anderer Länder sichergestellt. Die Fiskalquote wird jährlich publiziert.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Fiskalquote gemäss IWF und OECD

Fiskaleinnahmen in % des BIP. Die Fiskalquote umfasst die Steuern und die Sozialversicherungsabgaben gemäss den Definitionen des finanzstatistischen Standards des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die gleichen fachlichen Abgrenzungen verwendet auch die OECD, benutzt jedoch eine geringfügig andere Unterteilung der Steuerkategorien.

Steuerausschöpfungsindex

Der Steuerausschöpfungsindex ist ein Abbild der gesamten Steuerbelastung in einem Kanton. Er gibt Aufschluss über die gesamte Fiskalbelastung des Ressourcenpotenzials und zeigt damit, wie stark die steuerlich ausschöpfbare Wertschöpfung (Einkommen, Gewinne und Vermögenszuwachs) der Steuerpflichtigen (natürliche und juristische Personen) effektiv durch Steuern der Kantone und Gemeinden belastet wird und somit nicht mehr für die private Verwendung zur Verfügung steht.

Produktmarktregulierung

Auszug aus dem Legislaturziel 2: *Die Schweizer Wirtschaft ist auf bestmögliche Rahmenbedingungen angewiesen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen und der Wohlstand in der Schweiz gesichert werden kann. Durch eine optimale Ausgestaltung der wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen und geringe administrative Belastungen soll die Produktivität in der Schweiz erhöht werden.*

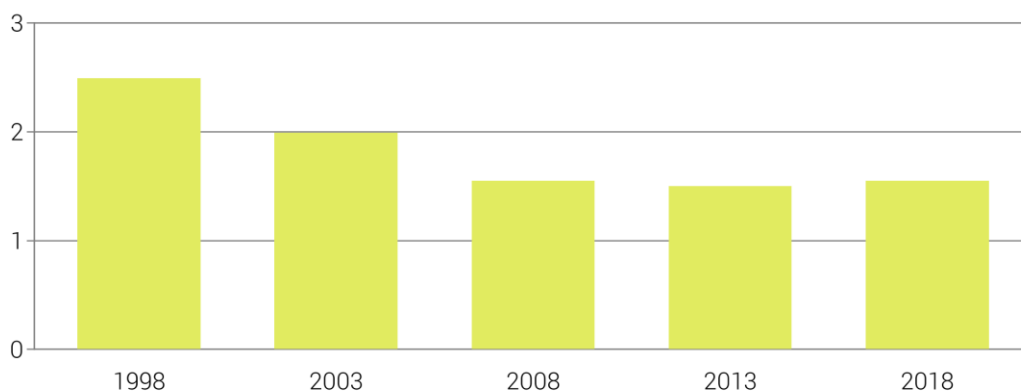
Bedeutung des Indikators: Die Regulierungen des Produktmarkts sind Teil der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Durch eine optimale, das heisst durch eine in der Regel an Marktprinzipien ausgerichtete und administrative Belastungen vermeidende Ausgestaltung der Rahmenbedingungen kann mehr Wettbewerb in den Produktmärkten entstehen. Kompetitive Märkte können Firmen dazu bringen, effizienter zu sein respektive die Produktivität zu erhöhen. Mehr Wettbewerb hat einen Effekt auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung.

Der Index der Produktmarktregulierung besteht aus einem Set von Indikatoren, welche den Grad messen, inwieweit Regulierungen den Wettbewerb im Produktmarkt fördern oder behindern. Ein tiefer Index bedeutet, dass es geringe Regulierungen im Produktmarkt eines Landes gibt.

Quantifizierbares Ziel: *Durch eine optimale Ausgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhöhen sich die Wirtschaftsleistung und die Produktivität in der Schweiz.*

Produktmarktregulierung

Index von 0 (keine Regulierung) bis 6 (sehr hohe Regulierung)



2018: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: OECD – Integrierter PMR-Indikator

© BFS 2019

Kommentar

Nachdem der Index der Produktmarktregulierung im Vergleich mit den Erhebungen von 1998 und 2003 gesunken war, blieb er seit der Erhebung 2008 praktisch konstant. Der Indexwert betrug 2018 für die Schweiz 1,55 Punkte. Der Wert von 2018 ist aufgrund einer Revision nicht direkt mit früheren Erhebungen vergleichbar.

An der Spitze der OECD-Länder mit geringer Produktmarktregulierung befanden sich 2018 mit einem Wert von 0,79 Grossbritannien, gefolgt von Spanien mit 1,04 Punkten. Insgesamt haben die Mitgliedsländer der OECD die Produktmärkte seit 1998 grösstenteils liberalisiert.

Die Schweiz weist insbesondere im Regulierungsbereich „staatliche Beteiligungen“ aufgrund der vielen Staatsunternehmen eine hohe Regulierung auf. 2018 betrug der Indexwert in diesem Bereich 3,23 und lag damit über dem OECD-Durchschnitt von 2,15 Punkten.

Im Vergleich mit der EU und der OECD hat die Schweiz zudem eine hohe Produktmarktregulierung in den Sektoren Telekommunikation, Verkehr und Energie, welchen ein flächendeckendes Infrastrukturnetz zugrunde liegt oder aus historischen Gründen in den Händen von Kantonen und Gemeinden sind. Dies betrifft zum Beispiel die Briefpost und das Bahnnetz. Im Elektrizitätsmarkt hat in den letzten Jahren eine Deregulierung stattgefunden, dennoch bleibt die Regulierungsdichte in diesem Bereich hoch.

Methodologie

Die Produktmarktindikatoren der OECD basieren auf qualitativen Informationen aus Gesetzen und Regulierungen, die als quantitative Daten codiert werden. Die codierte Information wird auf einer Skala von Null bis sechs normalisiert. Je höher der Wert, desto stärker die Einschränkungen für den Wettbewerb.

Die möglichen Regulierungen im Produktmarkt umfassen (1) Verzerrungen, die aufgrund staatlicher Eingriffe entstehen (z.B. staatliches Eigentum, Eingriffe in die Geschäftstätigkeiten) und (2) Hindernisse beim Markteintritt in- und ausländischer Firmen (z.B. administrative Belastung neugegründeter Unternehmen, Einschränkungen in Dienstleistungs- und Netzsektoren, Barrieren für den internationalen Handel und Direktinvestitionen).

Zudem werden spezifische Regulierungen berücksichtigt, vor allem in den Bereichen des Flug- und Schienenverkehrs, der Transporte auf Schiene und Strasse und der Telekommunikation. Der Produktmarkt umfasst Konsum- und Investitionsgüter (ausgeschlossen sind Agrarprodukte, die Lebensmittelbranche wird aber berücksichtigt). Der Indikator wird alle fünf Jahre von der OECD erhoben und publiziert. Die Methode wird regelmässig revidiert.

Syntheseindex der Innovation

Auszug aus dem Legislaturziel 2: *Die Schweizer Wirtschaft ist auf bestmögliche Rahmenbedingungen angewiesen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen und der Wohlstand in der Schweiz gesichert werden kann. Durch eine optimale Ausgestaltung der wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen und geringe administrative Belastungen soll die Produktivität in der Schweiz erhöht werden. [...] Gleichzeitig sollen der wirtschaftliche Strukturwandel und die Innovation gefördert werden.*

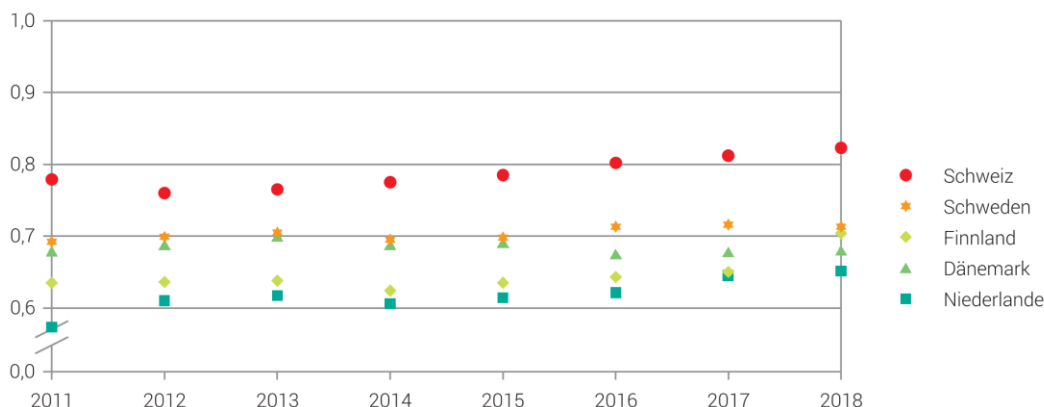
Bedeutung des Indikators: In einem durch zunehmende Globalisierung geprägten Kontext muss die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, um ihren Wohlstand langfristig sichern zu können. Eine grundlegende Voraussetzung hierfür ist ein innovationsfreundliches Umfeld. Dieses zeichnet sich beispielsweise durch international vernetzte Bildungsinstitutionen, eine angemessene Forschungsfinanzierung und ein hochentwickeltes Humankapital aus.

Der Indikator zeigt den Syntheseindex der Innovation für die fünf erfolgreichsten Länder. Der Index nimmt Werte zwischen 0 (geringe Innovationstätigkeit) und 1 (hohe Innovationstätigkeit) an und enthält Informationen zur Innovationstätigkeit von Firmen, den dafür notwendigen Voraussetzungen sowie den wirtschaftlichen Auswirkungen.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz behält ihre Position als international führender Innovationsstandort.*

Syntheseindex der Innovation

Index der Innovationstätigkeit von 0 (gering) bis 1 (hoch) der fünf erfolgreichsten Länder



Die Datengrundlage des Syntheseindex der Innovation unterliegt Anpassungen im zeitlichen Verlauf.

Quelle: Europäische Kommission – European Innovation Scoreboard

© BFS 2019

Kommentar

Der Syntheseindex der Innovation für die Schweiz ist zwischen 2011 und 2015 relativ konstant geblieben und hat anschliessend zugenommen. Im Jahr 2018 erreichte er einen Wert von 0,823. Damit platzierte sich die Schweiz an erster Stelle, vor allen EU-Ländern und berücksichtigten Drittstaaten. Innerhalb der EU weist Schweden mit 0,713 den höchsten Wert auf, gefolgt von Finnland (0,704), Dänemark (0,680) und den Niederlanden (0,651). Die Schweiz ist insbesondere in den Bereichen Humankapital, Attraktivität der Forschungssysteme und bei den Investitionen der Unternehmen führend.

Investitionen in die Forschung und Entwicklung (F+E) tragen dazu bei, innovationsfreundliche Bedingungen zu schaffen. 2017 wendete die Schweiz mehr als 22 Milliarden Franken dafür auf, was rund 3,4% ihres Bruttoinlandprodukts (BIP) entspricht. 69% der F+E-Investitionen in der Schweiz wurden 2017 von privaten Unternehmen getätigt. Die Hochschulen, die mehrheitlich durch öffentliche Mittel finanziert sind, der Bund und die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter trugen den restlichen Anteil bei.

Das Bildungsniveau spielt bei der Förderung eines innovationsfreundlichen Humankapitals eine grosse Rolle. 2018 verfügten 88,4% der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren über eine nachobligatorische Ausbildung, wobei dieser Anteil seit 2011 stetig angestiegen ist. 44,7% der ständigen Wohnbevölkerung dieser Altersklasse verfügten 2018 über eine Ausbildung auf Sekundarstufe II und 43,7% über eine Tertiärausbildung.

Seit 2011 hat sich der Anteil der Beschäftigten in innovativen Branchen am Total der Beschäftigten des sekundären und tertiären Sektors in Vollzeitäquivalenten nicht signifikant verändert. 2016 betrug er 29,4%.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Syntheseindex der Innovation (Summary Innovation Index), der dem Mittelwert aus 27 Indikatoren entspricht. Der Index liegt zwischen 0 und 1, wobei der Wert 0 für geringe Innovationstätigkeit und 1 für hohe Innovationstätigkeit steht. Beim Syntheseindex der Innovation handelt es sich um einen relativen Index, d.h. der jeweilige Indexwert eines Landes hängt von den Resultaten der übrigen Länder und insbesondere des erst- bzw. letztplatzierten Landes ab.

Der Syntheseindex der Innovation gliedert sich in vier thematische Bereiche: günstige Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Innovationstätigkeiten sowie deren wirtschaftliche Auswirkungen. Diese vier thematischen Bereiche sind in insgesamt zehn Dimensionen unterteilt, denen die 27 Indikatoren zugeordnet sind.

Aufgrund der eingeschränkten Datenverfügbarkeit ergeben sich bei der Berechnung des Syntheseindex der Innovation für verschiedene Jahre methodische Änderungen. Die Werte des Index sind daher nur eingeschränkt über die Zeit vergleichbar.

Der Syntheseindex der Innovation wird jährlich für eine Zeitspanne von acht Jahren im European Innovation Scoreboard (EIS) der europäischen Kommission veröffentlicht. Die Daten stammen von Eurostat, der OECD und den Vereinigten Nationen. Das EIS berücksichtigt sämtliche EU-Mitgliedstaaten sowie ausgewählte Drittstaaten (Schweiz, Island, Norwegen, Serbien, Mazedonien, Ukraine, Türkei und Israel).

Definitionen

Innovation

Innovation ist die Einführung eines neuen oder merklich verbesserten Produkts (Ware oder Dienstleistung) oder Prozesses, einer neuen Marketingmethode oder einer neuen Organisationsform in den Geschäftspraktiken, den Arbeitsabläufen oder den Aussenbeziehungen. (OCDE/Eurostat, Oslo-Handbuch, 2005)

Nahrungsmittelproduktion

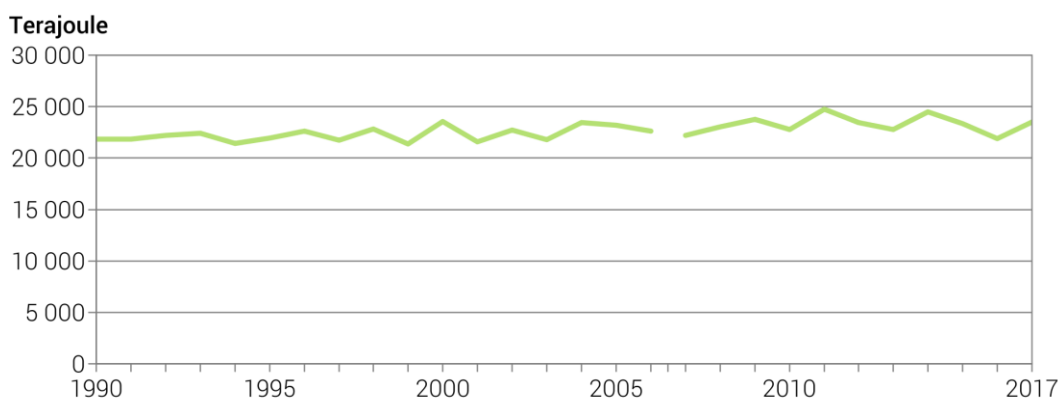
Auszug aus dem Legislaturziel 2: *Durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion soll die Landwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Versorgung der Bevölkerung, zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Pflege der Kulturlandschaft sowie zur polyzentrischen Besiedelung des Landes leisten.*

Bedeutung des Indikators: Die Landwirtschaft hat laut Verfassung durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Versorgung der Bevölkerung zu leisten. Als Massstab für die Nahrungsmittelproduktion wird die verwertbare Energie der Agrarprodukte verwendet, die im Inland hergestellt wurden (brutto, gemessen in Terajoule, TJ). Der Indikator erlaubt keine Aussagen über die Qualität der produzierten Nahrungsmittel.

Quantifizierbares Ziel: *Die einheimische Nahrungsmittelproduktion (in Terajoule, TJ) steigt gegenüber den Durchschnittswerten der Periode 2008–2010 leicht an.*

Nahrungsmittelproduktion

Einheimische Nahrungsmittelproduktion brutto der Landwirtschaft



ab 2007 neue Berechnungsmethode

2017: provisorisch

Quelle: SBV – Nahrungsmittelbilanz

© BFS 2019

Kommentar

Die Bruttoproduktion von Nahrungsmitteln schwankt seit 1990 über die Jahre und lag im Jahr 2017 bei 23 486 Terajoule. Die klimatischen und topografischen Bedingungen in der Schweiz ermöglichen es, einen grossen Anteil des Verbrauchs von Milch, Milchprodukten, Butter, Fleisch, Kartoffeln und Zucker im Inland zu produzieren. Bei Getreide, Gemüse und Obst ist der Anteil hingegen wesentlich tiefer. Sehr gering ist der Anteil beispielsweise bei Hülsenfrüchten und Fisch, diese Nahrungsmittel müssen zum grössten Teil importiert werden. Bei den tierischen Erzeugnissen beruht die Bruttoproduktion auch auf importierten Futtermitteln. Für die Inlandproduktion netto wird bei der tierischen Produktion daher nur jener Anteil berücksichtigt, der mit inländischen Futtermitteln produziert wurde. Die gesamte Inlandproduktion betrug 2017 netto 20 688 Terajoule.

Wird die gesamte Inlandproduktion im Verhältnis zum inländischen Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln betrachtet, ergibt das den Selbstversorgungsgrad der Schweiz. 2017 betrug der Selbstversorgungsgrad brutto 59% und der Selbstversorgungsgrad netto 52%. Am höchsten waren die Versorgungsgrade bei tierischen Erzeugnissen, insbesondere bei Milch und Milchprodukten.

Damit die Landwirtschaft Lebensmittel produzieren kann, ist sie auf landwirtschaftliche Flächen angewiesen. 2018 umfasste die landwirtschaftliche Nutzfläche gut eine Million Hektaren und bestand mehrheitlich aus Grünflächen (70%) sowie aus Getreidekulturen (14%). Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist abnehmend.

In der Landwirtschaft ist Stickstoff ein wichtiger Nährstoff, der weitgehend den erzielbaren Pflanzenertrag bestimmt. Die Stickstoffeffizienz zeigt, wie viel der eingesetzten Stickstoffmenge in der landwirtschaftlichen Produktion durch die Pflanzen genutzt wird und somit nicht als Schadstoff in die Luft oder in Gewässer gelangt. Sie konnte zwischen 1990 und 2017 von gut 23% auf 31% verbessert werden.

Methodologie

Die einheimische Nahrungsmittelproduktion der Landwirtschaft wird als Bruttoproduktion in Terajoule ausgewiesen. Brutto bedeutet, dass in den Zahlen auch die Nahrungsmittelproduktion enthalten ist, welche aufgrund importierter Futtermittel hergestellt wurde.

Der Selbstversorgungsgrad wird definiert als Anteil der Inlandproduktion am inländischen Gesamtverbrauch. Beim Selbstversorgungsgrad netto wird nur jener Anteil der Inlandproduktion berücksichtigt, der mit inländischen Futtermitteln produziert wurde.

Der Indikator Nahrungsmittelproduktion wird jährlich vom Schweizer Bauernverband (SBV) erhoben und in „Statistische Erhebungen und Schätzungen über Landwirtschaft und Ernährung“ sowie auf der Internetseite des SBV publiziert. Die Methode zur Bilanzierung der Nahrungsmittel wurde im Jahr 2008 grundlegend revidiert, was zu einem Bruch in der Zeitreihe führt. Werte nach der alten Berechnungsmethode sind bis 2010 vorhanden, Werte nach der revidierten Methode sind ab 2007 erhältlich.

Investitionen in IKT

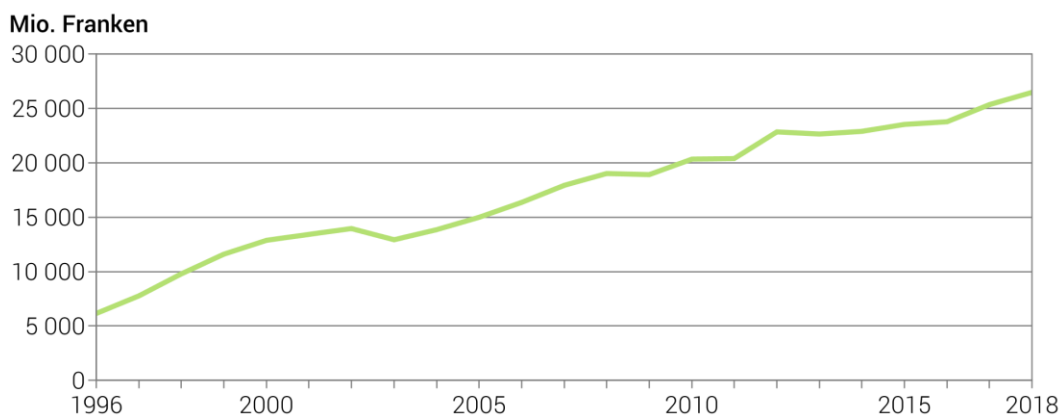
Auszug aus dem Legislaturziel 3: *Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstands beitragen kann.*

Bedeutung des Indikators: Die Digitalisierung bestimmt heute zunehmend alle Lebensbereiche, vom Privatleben über die Wirtschaft bis hin zum Staat. Insbesondere in den letzten zwei Bereichen lassen sich durch die Digitalisierung von Prozessen Effizienzgewinne realisieren. Für ein ressourcenarmes Land wie die Schweiz ist es wichtig, das Potential der Digitalisierung bestmöglich zu nutzen, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und sich als innovativer und zukunftsorientierter Wirtschafts- und Forschungsstandort zu behaupten. Der Indikator zeigt das Total der in der Schweizer Volkswirtschaft getätigten Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), in Millionen Franken, zu Preisen des Vorjahres. Er erlaubt weder Aussagen über die Nutzung von IKT noch über die Wertschöpfung dieser Investitionen.

Quantifizierbares Ziel: *Durch eine optimale Ausgestaltung der Rahmenbedingungen erhöhen sich die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schweiz.*

Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien

In der Schweiz, zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2010



2018: provisorisch

Quelle: BFS – VGR

© BFS 2019

Kommentar

Die Investitionen der Privatwirtschaft und des Staates in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) haben in der Schweiz zwischen 1996 und 2018 von 6126 auf 26 447 Millionen Franken zugenommen (zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2010). Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von rund 7%. 2018 flossen fast drei Viertel der Investitionen in Software und Datenbanken, gut ein Sechstel in Kommunikationstechnologien und die restlichen Investitionen in Informationstechnologien. Die grösste Zunahme der Investitionen seit 1996 lässt sich bei Software und Datenbanken beobachten.

Die Fähigkeit einer Wirtschaft, das Wachstums- und Innovationspotenzial der Digitalisierung zu nutzen, hängt unter anderem von der Anzahl Personen mit einer Ausbildung im IKT-Bereich ab. 2018 wurden in der Schweiz 6001 IKT-Abschlüsse erworben, gut sechsmal mehr als 1990. Zwei Fünftel dieser Abschlüsse waren eidgenössische Fähigkeitszeugnisse (EFZ).

Die Anzahl IKT-Patentanmeldungen gemäss dem Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) zeugt von der Bedeutung der IKT-Branche für die F+E-Aktivitäten. 2017 reichte die Schweiz 42,1 IKT-Patentanmeldungen pro Million Einwohnerinnen und Einwohner ein und platzierte sich damit

an achter Stelle der OECD-Staaten. Auf dem ersten Platz lag Schweden (157,9), gefolgt von Korea (103,4), Finnland (98,2) und Japan (93,4).

Methodologie

Der Indikator zeigt das Total der Bruttoinvestitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) (ohne Abschreibungen) des Staates und der Privatwirtschaft, in Millionen Franken, zu Preisen des Vorjahres (Referenzjahr 2010). Zu den IKT gehören auch Software und Datenbanken, nicht berücksichtigt werden hingegen Investitionen in mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse, da diese auch Kontrollinstrumente wie beispielsweise Thermostate oder Navigationsinstrumente umfassen, die nicht unbedingt digital sein müssen.

Die Investitionen in IKT werden vom Bundesamt für Statistik jährlich im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) mit der Güterstrom-Methode (Commodity Flow Method) berechnet.

Definitionen

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Technologien, welche auf den neuesten Entwicklungen in Informatik und Telekommunikation (hier vor allem im Bereich Netzwerke) sowie der Multimedia basieren, und sich durch Benutzerfreundlichkeit von Produkten und Dienstleistungen auszeichnen und die Spezialisten und einem breiten Publikum von Nicht-Spezialisten zur Verfügung gestellt werden. z. B. Internet, Intranet, Extranet, WAP, E-Mail, UMTS.

Aussenhandelsverflechtung

Auszug aus dem Legislaturziel 4: *Die Schweiz ist ein stark in die Weltwirtschaft eingebundenes Land, dessen Wirtschaft sich durch eine ausgeprägte internationale Orientierung auszeichnet. Unser Wohlstand hängt deshalb zu einem grossen Teil vom internationalen Handel mit Gütern und Dienstleistungen sowie von der grenzüberschreitenden Investitionstätigkeit ab. Die stete Verbesserung des Zugangs zu ausländischen Märkten ist daher ein wichtiges Ziel der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik.*

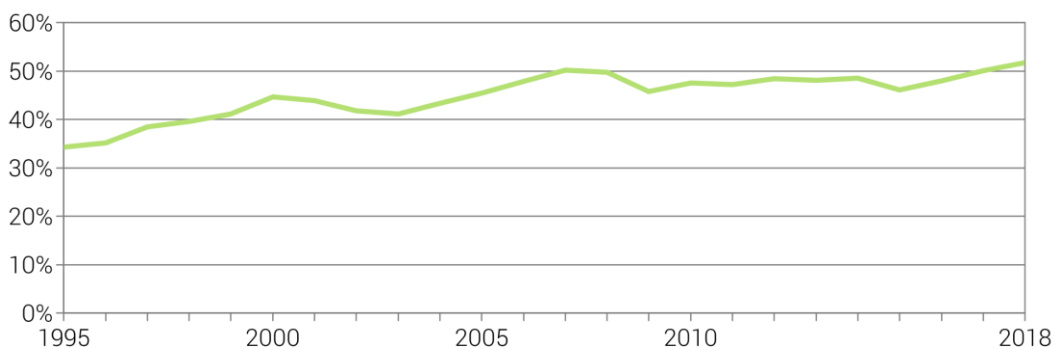
Bedeutung des Indikators: Für die Schweiz als Land mit einem begrenzten Binnenmarkt ist die Einbindung in den internationalen Handel von zentraler Bedeutung für den Erhalt und die Förderung des Wohlstands. Ausländische Märkte sind als Absatzmöglichkeit wie auch für den Bezug von Gütern und Dienstleistungen von Bedeutung.

Der Indikator zeigt den Mittelwert aus Importen und Exporten im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz. Er bildet die Aussenhandelsverflechtung der Schweizer Wirtschaft ab und gibt einen Hinweis auf deren Öffnungsgrad. Der Indikator erlaubt keine Aussage über die Handelsbilanz der Schweiz.

Quantifizierbares Ziel: *Die Aussenhandelsverflechtung der Schweizer Wirtschaft bleibt stabil oder nimmt gegenüber dem Durchschnittswert der Legislaturperiode 2011–2015 zu.*

Aussenhandelsverflechtung

Mittelwert aus Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt, zu laufenden Preisen



2017 und 2018: provisorisch

Quelle: BFS – VGR

© BFS 2019

Kommentar

Die Aussenhandelsverflechtung der Schweiz ist seit 1995 insgesamt angestiegen, wobei konjunkturbedingte Schwankungen im Zeitverlauf zu verzeichnen waren. Zu Beginn des neuen Jahrtausends setzte eine rückläufige Entwicklung ein, ab 2003 stieg der Mittelwert aus Importen und Exporten im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) wieder an. Nach der Finanzkrise 2008 war das Durchschnittsvolumen von Importen und Exporten im Verhältnis zum BIP wiederum rückläufig. 2017 überschritt die Aussenhandelsverflechtung die 50%-Marke und lag 2018 bei 51,8%. Von besonderer Bedeutung für den Schweizer Aussenhandel mit Waren ist die Europäische Union (EU). Innerhalb der EU zählen Deutschland, Italien und Frankreich zu den wichtigsten Handelspartnern der Schweiz.

Der nominale Wert der exportierten Waren war 2018 zweimal so gross wie jener der exportierten Dienstleistungen. Während dieses Verhältnis bei den Exporten seit 1995 relativ konstant geblieben ist, hat es sich bei den Importen zugunsten der Dienstleistungen verändert: Bis 2008 lagen die Warenimporte um rund

das Dreifache höher als die Dienstleistungsimporte, seither hat sich das Verhältnis demjenigen der Exporte angeglichen.

Ungefähr drei Viertel der gesamten Wertschöpfung der Bruttoexporte der Schweiz wurden 2016 im Inland generiert; der verbleibende Anteil der Wertschöpfung wird als Vorleistung aus dem Ausland importiert. Bei den Dienstleistungsexporten liegt der Anteil der inländischen Wertschöpfung in der Regel höher als bei den Warenexporten, da Dienstleistungen typischerweise weniger handelbar sind und entsprechend bei den Waren die Vorleistungsimporte eine grössere Rolle spielen.

Die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Ausland ist nicht nur durch den internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen gekennzeichnet, sondern auch durch den grenzüberschreitenden Einsatz von Kapital. Dazu gehören beispielsweise die Direktinvestitionen: Im Jahr 2017 hielten in der Schweiz ansässige Investoren einen Kapitalbestand von rund 1228 Milliarden Franken im Ausland. Umgekehrt werden auch aus dem Ausland Investitionen in der Schweiz getätigt: Der Bestand der ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz lag im Jahr 2017 bei 1088 Milliarden Franken. Die Bestände der Direktinvestitionen im In- und Ausland haben im Zeitverlauf zugenommen. Einer Veränderung dieser Bestände können neben Kapitaltransaktionen auch schwankende Wechselkurse zu Grunde liegen.

Methodologie

Die vom Indikator ausgewiesene Aussenhandelsverflechtung entspricht dem Mittelwert aus Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen, dividiert durch das Bruttoinlandprodukt (BIP), jeweils zu laufenden Preisen.

Als Importe und Exporte gelten gemäss Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) Güter, bei denen ein Eigentumsübergang zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden stattfindet. Importe von Dienstleistungen beinhalten alle Dienste, die von Gebietsfremden für Gebietsansässige erbracht werden, beziehungsweise umgekehrt im Falle von Exporten.

In Importen und Exporten enthalten sind Waren, Fracht, Versicherungen, Transport, Reisen, Lizenzgebühren sowie andere Dienstleistungen in der Kommunikation, im Bau, der Banken, im Informationsbereich und im Handel.

Im Indikator nicht berücksichtigt wird das Nichtwährungsgold, das in der Privatwirtschaft als Wertreserve der Exporte und Importe von Waren gehalten wird. Hingegen wird das in der Industrie verwendete Nichtwährungsgold nicht abgezogen. Als Nichtwährungsgold gilt sämtliches Gold, das von den Behörden nicht als Bestandteil der Währungsreserven (Währungsgold) gehalten wird, unabhängig davon, ob es als Wertreserve in der Privatwirtschaft oder zu sonstigen (industriellen) Zwecken gehalten wird.

Die Daten zum BIP sowie zu Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) vom Bundesamt für Statistik (BFS) jährlich publiziert. Beim Aussenhandel mit Waren und Dienstleistungen stützt sich die VGR auf die Aussenhandelsstatistik der Eidgenössischen Zollverwaltung sowie auf die Zahlungsbilanz der Schweizerischen Nationalbank.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Abschlussquote der beruflichen Grundbildung

Auszug aus dem Legislaturziel 6: *Das duale Bildungssystem ist ein Schweizer Erfolgsmodell. Auf Basis der gemeinsamen bildungspolitischen Ziele von Bund und Kantonen für den Bildungsraum Schweiz setzt sich der Bundesrat gemeinsam mit den Kantonen für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz ein. Der Bundesrat ist bestrebt, die Berufsbildung stark zu halten und weiterzuentwickeln, damit qualifizierter Nachwuchs ausreichend zur Verfügung steht und jungen Menschen eine gute Perspektive geboten wird.*

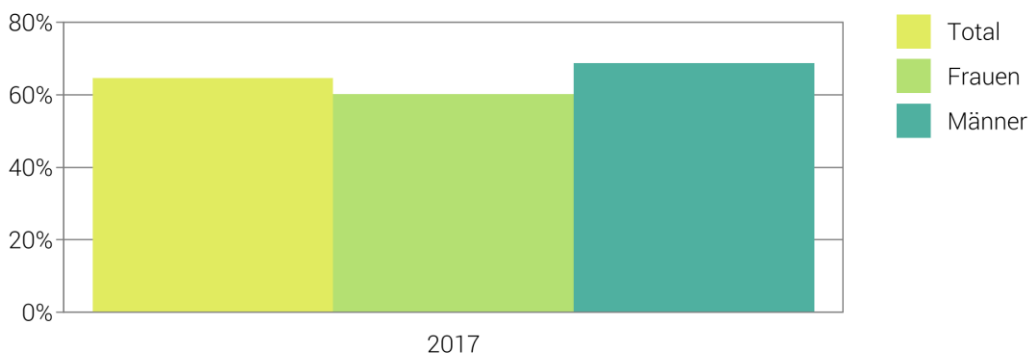
Bedeutung des Indikators: Nach der obligatorischen Schule treten die meisten Jugendlichen in die Sekundarstufe II über. Eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II öffnet nicht nur den Zugang zur nächsten Bildungsstufe, sondern bereitet junge Erwachsene ebenfalls darauf vor, als qualifizierte Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt einzutreten. Die Sekundarstufe II lässt sich in berufsbildende (berufliche Grundbildung) und in allgemeinbildende Ausbildungsgänge (gymnasiale Maturitätsschulen und Fachmittelschulen) unterteilen. Die berufliche Grundbildung umfasst alle Ausbildungen, die mit einem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ, mit oder ohne Berufsmaturität) oder einem Eidgenössischen Berufsattest (EBA) abschliessen.

Der Indikator zeigt den Anteil der aus der obligatorischen Schule ausgetretenen jungen Erwachsenen im Alter bis 25 Jahre, die im Referenzjahr in der Schweiz als Erstabschluss auf der Sekundarstufe II ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) oder ein Eidgenössisches Berufsattest (EBA) erworben haben im Verhältnis zur Referenzbevölkerung desselben Alters.

Quantifizierbares Ziel: *Im hochstehenden und durchlässigen Bildungssystem wird die Berufsbildung als wichtiger Pfeiler für die Förderung des qualifizierten Nachwuchses gestärkt, und die Jugendarbeitslosigkeit bleibt im internationalen Vergleich tief.*

Abschlussquote der beruflichen Grundbildung

Anteil Personen im Alter bis 25 Jahre mit einem Abschluss der beruflichen Grundbildung*, an der gleichaltrigen Referenzbevölkerung



* als Erstabschluss auf Sekundarstufe II, erworben im Referenzjahr

Quelle: BFS – LABB

© BFS 2019

Kommentar

Die Abschlussquote in der beruflichen Grundbildung betrug 2017 rund 65% der Bevölkerung im entsprechenden Alter (bis 25 Jahre). Frauen schlossen im Vergleich zu den Männern seltener eine berufliche Grundbildung ab. Sie verfügten jedoch häufiger als die Männer über einen allgemeinbildenden Abschluss wie eine gymnasiale Maturität oder einen Fachmittelschulabschluss. Abschlüsse von Berufs- wie auch Allgemeinbildung zählen zur Sekundarstufe II.

Von der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren wiesen 2018 36,4% eine berufliche Grundbildung als höchsten Bildungsabschluss aus. Dieser Wert ist in den letzten 10 Jahren deutlich gesunken, da immer mehr Personen eine weiterführende Ausbildung auf der Tertiärstufe absolvieren.

Eine berufliche Grundbildung eröffnet mehrere Möglichkeiten zur Weiterbildung: einerseits kann eine höhere Berufsbildung (Diplomstudiengang höhere Fachschule, Berufs- oder höhere Fachprüfung) absolviert werden, andererseits ermöglicht der Erwerb einer Berufsmaturität den Zugang zu einer Fachhochschule sowie mit bestandener «Ergänzungsprüfung Passerelle» zu den universitären Hochschulen.

Methodologie

Die berufliche Grundbildung auf der Sekundarstufe II kann als Lehre in einem Betrieb (duales System) oder in einer Vollzeitschule absolviert werden. Im dualen Bildungssystem gibt es zwei Ausbildungsstufen: Die berufliche Grundbildung mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ, Dauer 3 oder 4 Jahre) und die berufliche Grundbildung mit Eidgenössischem Berufsattest (EBA, Dauer 2 Jahre). Die Berufsmaturität ergänzt die berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) mit einer erweiterten Allgemeinbildung. Der Abschluss der Berufsmaturität öffnet den Zugang zu den Fachhochschulen und mit einer Ergänzungsprüfung auch zu den Universitäten und Eidgenössischen Technischen Hochschulen.

Der Indikator zeigt den Anteil der aus der obligatorischen Schule ausgetretenen Bevölkerung im Alter bis 25 Jahre, der im Referenzjahr in der Schweiz als Erstabschluss auf der Sekundarstufe II ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) oder ein Eidgenössisches Berufsattest (EBA) erworben hat. Er wird als Nettoquote berechnet, indem die Anteile der zertifizierten Personen eines bestimmten Alters im Verhältnis zur Referenzbevölkerung desselben Alters über sämtliche betroffenen Alterskohorten kumuliert werden. Für eine bessere Stabilität der Ergebnisse wird ein gleitender Dreijahresdurchschnitt berechnet. Die Quote für das Jahr X entspricht folglich dem Durchschnitt der für die Jahre X-1, X und X+1 erhaltenen Werte.

Die Referenzbevölkerung besteht aus allen Personen, die im Alter des Beendens der obligatorischen Schule in der Schweiz wohnten. Ausgenommen sind Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie Personen, die im Zuge der jüngsten Zuwanderung nach beendeter obligatorischer Schulzeit in die Schweiz gekommen sind. Jugendliche, die das Land vor dem Erwerb eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II verlassen haben, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Die Anlehre, die Vorlehre und Übergangsausbildung werden in der Berechnung nicht berücksichtigt. Die Berufsmaturität wird ebenfalls nicht in die Berechnung aufgenommen, da es sich um einen Zweit- oder Doppelabschluss handelt (nach oder parallel zum Erwerb eines Eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses EFZ).

Die Quote der Erstabschlüsse auf der Sekundarstufe II wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) jährlich im Rahmen des Projektes Längsschnittanalysen im Bildungsbereich (LABB) veröffentlicht. Die Angaben zur Referenzpopulation stammen aus der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP).

Definitionen

Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II setzt die Ausbildung nach der obligatorischen Basisausbildung fort. Sie beginnt gemäss HarmoS-Konkordat 11 Jahren nach Beginn der Primarschule (etwa 16. Lebensjahr) und umfasst berufsorientierte und allgemeinbildende Ausbildungsgänge. Die Ausbildungen dauern in der Regel 2-4 Jahre und schliessen mit einer Maturität, einem Fachmittelschulabschluss, einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EKZ) oder einem eidgenössischen Berufsattest (EBA) ab. Abschlüsse der Sekundarstufe II ermöglichen den Zugang zur Tertiärstufe.

Abgeschlossene Ausbildung der höheren Berufsbildung

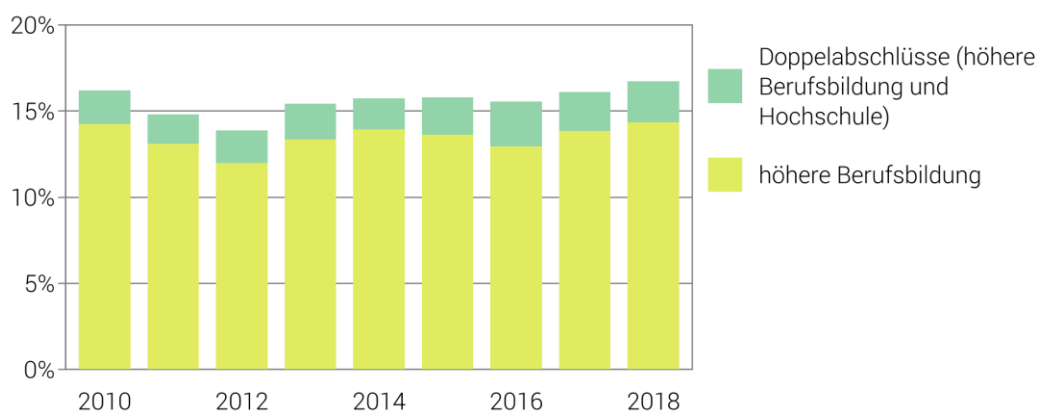
Auszug aus dem Legislaturziel 6: *Das duale Bildungssystem ist ein Schweizer Erfolgsmodell. Auf Basis der gemeinsamen bildungspolitischen Ziele von Bund und Kantonen für den Bildungsraum Schweiz setzt sich der Bundesrat gemeinsam mit den Kantonen für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz ein. Der Bundesrat ist bestrebt, die Berufsbildung stark zu halten und weiterzuentwickeln, damit qualifizierter Nachwuchs ausreichend zur Verfügung steht und jungen Menschen eine gute Perspektive geboten wird.*

Bedeutung des Indikators: Auf Tertiärstufe wird zwischen Abschlüssen an Hochschulen (universitäre Hochschulen, Fachhochschulen, pädagogische Hochschulen) und Abschlüssen im Rahmen der höheren Berufsbildung (eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen sowie Bildungsgänge an höheren Fachschulen) unterschieden. Die höhere Berufsbildung baut auf der beruflichen Erfahrung auf und kombiniert Unterricht und Berufspraxis miteinander. Sie zeichnet sich durch einen starken Arbeitsmarktbezug aus, ermöglicht eine Spezialisierung und Vertiefung des Fachwissens sowie die Erlangung von Qualifikationen im Bereich der Unternehmensführung. Der Indikator zeigt den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem höheren Berufsbildungsabschluss oder einem Doppelabschluss (höhere Berufsbildung und Hochschule) am Total der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz.

Quantifizierbares Ziel: *Im hochstehenden und durchlässigen Bildungssystem wird die Berufsbildung als wichtiger Pfeiler für die Förderung des qualifizierten Nachwuchses gestärkt, und die Jugendarbeitslosigkeit bleibt im internationalen Vergleich tief.*

Abgeschlossene Ausbildungen der höheren Berufsbildung

Anteil an der 30- bis 34-jährigen ständigen Wohnbevölkerung



Quelle: BFS – SAKE

© BFS 2019

Kommentar

Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem Abschluss der höheren Berufsbildung in der gleichaltrigen Wohnbevölkerung lag 2018 bei 16,7% und damit leicht über dem Niveau von 2010. Im Vergleich dazu verfügten 40,7% der Personen derselben Altersgruppe 2018 über einen Abschluss einer Hochschule. In beiden Anteilen sind diejenigen Personen, die über einen Doppelabschluss verfügen, enthalten (2018: 2,4%).

Wird die Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren betrachtet, so verfügten 14,9% der Bevölkerung 2018 über einen Abschluss der höheren Berufsbildung als höchsten Bildungsabschluss. 28,8% derselben

Altersgruppe besaßen einen Hochschulabschluss. Der Anteil der Personen mit einem Tertiärabschluss hat im Laufe der vergangenen Jahre insgesamt zugenommen.

2018 wurden rund 26 800 Abschlüsse der höheren Berufsbildung erlangt, davon 14 600 eidgenössische Fachausweise nach Berufsprüfungen, 9100 Diplome von höheren Fachschulen und 2800 eidgenössische Diplome nach höheren Fachprüfungen. Bei den restlichen rund 300 Abschlüssen handelte es sich um Abschlüsse von nicht auf Bundesebene reglementierten höheren Berufsbildungen. Die Anzahl der vom Bund reglementierten Abschlüsse der höheren Berufsbildung nahm seit 2010 zu, während die nicht auf Bundesebene geregelten Abschlüsse abnahmen.

Methodologie

Der Indikator misst den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit mindestens einem höheren Berufsbildungsabschluss am Total der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz.

Folgende Kategorien werden in der Analyse unterschieden:

- Personen, die über einen Abschluss der höheren Berufsbildung verfügen;
- Personen, die sowohl über einen Abschluss der höheren Berufsbildung als auch über einen Hochschulabschluss (universitäre Hochschule, Fachhochschule oder pädagogische Hochschule) verfügen.

Die abgeschlossenen Ausbildungen der höheren Berufsbildung werden vom Bundesamt für Statistik (BFS) jährlich im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) erhoben. 2010 wurde die SAKE einigen Änderungen unterworfen, die zu einem Bruch in der Zeitreihe führten (Einführung der kontinuierlichen Erhebung und Überarbeitung des Fragebogens). Aufgrund fehlender Vergleichbarkeit werden die Daten bis 2009 daher in der Grafik des Indikators nicht abgebildet.

Definitionen

Höhere Berufsbildung

Die Ausbildung auf der Tertiärstufe B setzt eine abgeschlossene, mehrjährige Berufsbildung auf der Sekundarstufe II oder eine vergleichbare Vorbildung voraus. Die Ausbildungsgänge sind berufsorientiert, umfassen mehrere Fächer und dauern mindestens ein Jahr. Die höhere Berufsbildung umfasst die eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen sowie Bildungsgänge an höheren Fachschulen. Inhaberinnen und Inhaber eines Abschlusses der höheren Berufsbildung (Diplom HF, eidg. Fachausweis oder Diplom) sind befähigt, Fach- oder Führungsverantwortung auf mittlerer Kaderstufe zu übernehmen. Die Ausbildungen weisen einen starken Praxisbezug auf.

Siehe: Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 13. Dezember 2002, 412.10, Kap. 3

Tertiärstufe

Auf der Tertiärstufe wird zwischen der höheren Berufsbildung und der Hochschulausbildung unterschieden. Im Bereich der höheren Berufsbildung besteht eine Vielfalt von Ausbildungswegen. Sie bereiten auf rund 460 Abschlüsse vor. Von Bund oder Kantonen anerkannte Abschlüsse sind: Fachausweise der eidgenössischen Berufsprüfungen und Diplome von höheren Fachprüfungen und höheren Fachschulen. Sie setzen eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II und für die Berufs- und höheren Fachprüfungen auch einige Jahre Berufspraxis voraus.

Der Hochschulbereich umfasst die universitären Hochschulen (d.h. die kantonalen Universitäten und die Eidgenössischen Technischen Hochschulen), die Fachhochschulen, die pädagogischen Hochschulen sowie weitere ganz oder teilweise öffentlich finanzierte Institutionen des Hochschulbereichs (z.B. das Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung oder das Institut Kurt Bösch). Die Ausbildungen werden mit einem Diplom, Bachelor, Master oder Doktorat (nur an universitären Hochschulen) abgeschlossen.

Erwerbslosenquote der Jugendlichen

Auszug aus dem Legislaturziel 6: *Der Bundesrat ist bestrebt, die Berufsbildung stark zu halten und weiterzuentwickeln, damit qualifizierter Nachwuchs ausreichend zur Verfügung steht und jungen Menschen eine gute Perspektive geboten wird.*

Bedeutung des Indikators: Das wirtschaftliche System soll den Jugendlichen – wie allen anderen Personen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen möchten – eine Arbeit ermöglichen, dank der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Das Bildungswesen muss daher in möglichst effizienter Weise Wissen und Kompetenzen vermitteln, die auf dem Arbeitsmarkt von Nutzen sind. Bei den Jugendlichen ist die Erwerbslosigkeit mit der Frage der Berufsausbildung und des Lehrstellenangebots für Schulabgängerinnen und Schulabgänger gekoppelt. Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt haben Massnahmen geschaffen, die ein ausreichendes Lehrstellenangebot fördern. Die Brückenangebote zwischen obligatorischer Schulzeit und Berufswelt dienen zur Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung und tragen dazu bei, die Jugenderwerbslosigkeit zu verringern.

Die Erwerbslosenquote der Jugendlichen gemäss Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zeigt den Anteil der Erwerbslosen an der 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung.

Quantifizierbares Ziel: *Im hochstehenden und durchlässigen Bildungssystem wird die Berufsbildung als wichtiger Pfeiler für die Förderung des qualifizierten Nachwuchses gestärkt, und die Jugendarbeitslosigkeit bleibt im internationalen Vergleich tief.*

Erwerbslosenquote der Jugendlichen gemäss ILO

Anteil Erwerbslose an der 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung



Die Grafik weist die Werte des 2. Quartals pro Jahr aus.

Quelle: BFS – SAKE

© BFS 2019

Kommentar

Die Erwerbslosenquote gemäss ILO der 15- bis 24-Jährigen ist seit 1991 insgesamt angestiegen, wobei im zeitlichen Ablauf Schwankungen zu verzeichnen waren. 2019 betrug die Erwerbslosenquote der Jugendlichen im 2. Quartal 6,2%. Die Erwerbslosenquote der Jugendlichen war damit rund 1,5 Mal so hoch wie diejenige der gesamten Erwerbsbevölkerung (4,2%).

Die Ursachen der Schwankungen der Quote sind vielfältig. Die Jugenderwerbslosigkeit reagiert beispielsweise stark auf konjunkturelle Einflüsse. In konjunkturell schwachen Zeiten bauen die Unternehmen Personal ab, indem sie „natürliche Abgänge“ nicht ersetzen, wodurch es für Jugendliche schwieriger wird, im Arbeitsmarkt Fuss zu fassen.

Im internationalen Vergleich ist die Erwerbslosenquote gemäss ILO bei den Jugendlichen in der Schweiz vergleichsweise tief. 2019 lag der EU-28 Durchschnitt bei 14% (Wert im 2. Quartal). Von den EU-Staaten wiesen 2019 die Tschechische Republik und Deutschland tiefere Erwerbslosenquoten bei den Jugendlichen auf als die Schweiz. Am höchsten war die Erwerbslosigkeit bei den Jugendlichen in Griechenland und Spanien.

In der Schweiz betrug 2018 der Anteil der nichterwerbstätigen Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren, die weder an Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen (NEET-Rate: Not in Education, Employment or Training), 6% und lag unter dem EU-28 Durchschnitt (10,5%). Eine tiefere NEET-Rate als die Schweiz hatten Deutschland, die Tschechische Republik, Luxemburg, Island, Norwegen und die Niederlande.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Erwerbslosenquote der Jugendlichen, welche als Anteil der Erwerbslosen an den 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen in der ständigen Wohnbevölkerung definiert wird. Die Erwerbslosenquote wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) in der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) vierteljährlich (bis 2009 jährlich im 2. Quartal) berechnet und publiziert.

Definitionen

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren und
- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

Erwerbslosenquote gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

$$\text{Erwerbslosenquote gemäss ILO} = \frac{\text{Erwerbslose gemäss ILO}}{\text{Erwerbspersonen}} \times 100$$

Erwerbslosenquote von Hochschulabsolvent/innen

Auszug aus dem Legislaturziel 6: *Der Bundesrat setzt sich dafür ein, die Positionierung der Schweiz als international anerkannter wettbewerbsfähiger Denk- und Werkplatz zu stärken. Dazu gehört auch die langfristige Sicherung der Forschungs- und Bildungs Kooperation. [...] Die Hochschulen werden ihre hochschultypspezifischen Profile bewahren und schärfen.*

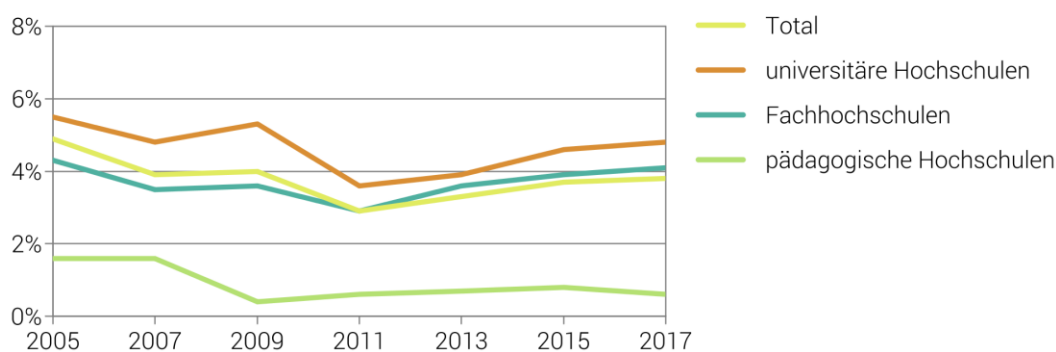
Bedeutung des Indikators: Ein leistungsfähiges Bildungssystem zeichnet sich unter anderem durch die Ausbildung hochqualifizierter Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen aus, welche sich ohne grössere Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt integrieren können und eine ihren beruflichen Vorstellungen entsprechende Erwerbstätigkeit finden.

Die Erwerbslosenquote gemäss den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zeigt, wie viele Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen rund ein Jahr nach Studienabschluss nicht erwerbstätig sind. Sie gibt keine Auskunft darüber, ob die Erwerbstätigkeit dem Ausbildungsniveau der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen entspricht, und erlaubt keine differenzierte Aussage zur Leistungsfähigkeit der verschiedenen Hochschultypen.

Quantifizierbares Ziel: *Die Hochschulen bewahren und schärfen ihre hochschultypspezifischen Profile, welche die Bedürfnisse von Individuum, Gesellschaft und Wirtschaft abdecken.*

Erwerbslosenquote gemäss ILO der Hochschulabsolventen/innen

Hochschulabsolventen/innen, die ein Jahr nach dem Studienabschluss erwerbslos sind, nach Hochschultyp



Erstbefragung der Abschlussjahrgänge 2004–2016

Quelle: Bundesamt für Statistik

© BFS 2019

Kommentar

Die Erwerbslosenquote gemäss ILO der Hochschulabsolventinnen und -absolventen ein Jahr nach Studienabschluss hat zwischen 2005 und 2011 abgenommen und ist anschliessend wieder angestiegen. 2017 betrug sie durchschnittlich 3,8%, wobei ein leichter Anstieg von 0,1 Prozentpunkten im Vergleich zu 2015 zu beobachten war. Zum Vergleich: die Erwerbslosenquote der ständigen Wohnbevölkerung lag 2017 bei 4,8%. Die Master-Absolventinnen und -Absolventen der universitären Hochschulen (4,8%) wiesen eine höhere Erwerbslosenquote auf als jene der Fachhochschulen auf Abschlusstufe Bachelor (4,1%) und der pädagogischen Hochschulen (0,6%). Dieser Unterschied sagt jedoch nichts über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Hochschultypen aus.

Fünf Jahre nach Studienabschluss zeigt sich, dass die Erwerbslosenquoten gemäss ILO 2017 unter den Hochschulabsolventinnen und -absolventen - im Vergleich zu einem Jahr nach Studienabschluss - insgesamt tiefer sind.

2017 besetzten 80% der erwerbstätigen Hochschulabsolventinnen und -absolventen ein Jahr nach Studienabschluss eine Stelle, die einen Hochschulabschluss erfordert, und waren damit adäquat zu ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt. Mit 93,6% war dieser Wert für Absolventinnen und Absolventen mit dem Abschluss einer pädagogischen Hochschule am höchsten, gefolgt von Personen mit einem Masterabschluss an einer universitären Hochschule (85,1%). Den tiefsten Wert wiesen die Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen von Fachhochschulen aus (66,6%).

2017 waren über 80% der Hochschulabsolventinnen und -absolventen fünf Jahre nach Studienabschluss mit ihrem Beschäftigungsgrad zufrieden. Von den Master-Absolventinnen und -Absolventen von universitären Hochschulen und Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen der Fachhochschulen hätten 13,7% bzw. 15% gerne ihr Pensum reduziert, und 6,8% respektive 3,7% wünschten einen höheren Anstellungsgrad. Von den Absolventinnen und Absolventen einer pädagogischen Hochschule möchten 6,6% ihr Pensum erhöhen und 7,0% senken.

Methodologie

Für die Berechnung der Erwerbslosenquote gemäss ILO wurde die Erstbefragung der Hochschulabsolventinnen und -absolventen ein Jahr nach dem Abschluss an einer schweizerischen Hochschule verwendet. Es werden folgende Abschlussstufen berücksichtigt:

- Universitäre Hochschulen (UH): Diplom, Lizenziat, Staatsexamen, Master
- Fachhochschulen (FH): Diplom, Bachelor
- Pädagogische Hochschulen (PH): Diplom, Bachelor, Master

Zu den Erwerbslosen gemäss ILO gehören Personen, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren
- und die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben
- und die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Definition von EUROSTAT. Die Erwerbslosenquote der Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen gemäss ILO wird alle zwei Jahre vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Befragung der Hochschulabsolventinnen und -absolventen berechnet.

Definitionen

Erwerbspersonen

Als Erwerbspersonen gelten die erwerbstätigen und die erwerbslosen (gemäss ILO) Personen zusammen. Erwerbspersonen werden mit dem Arbeitsangebot gleichgesetzt.

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren und
- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

Erwerbslosenquote gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

$$\text{Erwerbslosenquote gemäss ILO} = \frac{\text{Erwerbslose gemäss ILO}}{\text{Erwerbspersonen}} \times 100$$

Impact der wissenschaftlichen Publikationen der Schweiz

Auszug aus dem Legislaturziel 6: *In den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation belegt die Schweiz weltweit einen Spitzenplatz. Diesen gilt es bei zunehmendem internationalen Konkurrenzdruck zu erhalten. Der Bundesrat setzt sich dafür ein, die Positionierung der Schweiz als international anerkannter wettbewerbsfähiger Denk- und Werkplatz zu stärken. Dazu gehört auch die langfristige Sicherung der Forschungs- und Bildungs Kooperation.*

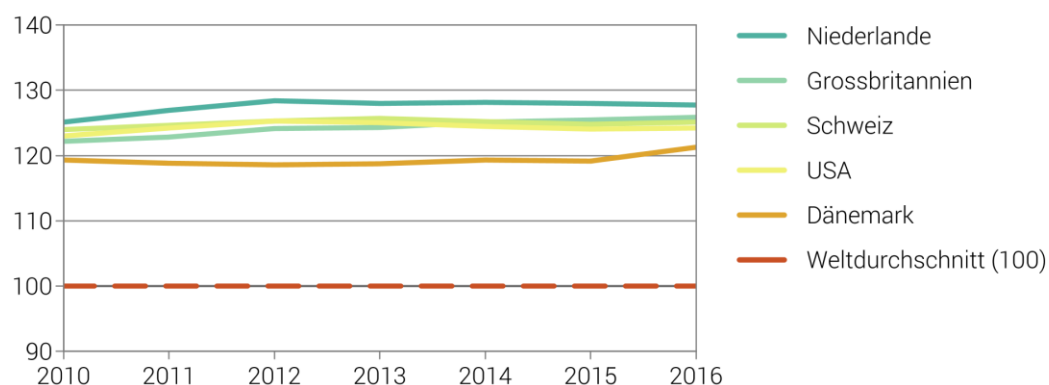
Bedeutung des Indikators: Forschung, Entwicklung und Technologie gelten als bedeutende Motoren der Innovationstätigkeit und fördern die Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft. Das wichtigste Mittel zur Verbreitung des durch wissenschaftliche Forschung gewonnenen Wissens ist die Publikation von Artikeln in wissenschaftlichen Zeitschriften. Die Wirkung dieser Publikationen („Impact“) wird anhand der Anzahl Zitierungen durch andere Forschende gemessen. Damit lässt sich die Stellung eines Landes im weltweiten Vergleich oder in einem bestimmten Forschungsbereich ermitteln. Es steht also nicht das Publikationsaufkommen im Vordergrund, sondern die Wirkung dieser Publikationen im internationalen Vergleich.

Der Indikator zeigt den Impact der schweizerischen wissenschaftlichen Publikationen im internationalen Vergleich.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz bleibt in der Wissenschaft und Forschung unter den führenden Nationen.*

Impact der wissenschaftlichen Publikationen

Relativer Zitationsindex auf einer Skala von 0 (tief) bis 200 (hoch)



gleitender Mittelwert über 5 Jahre

Quelle: Clarivate Analytics, Bearbeitung: SBFI

© BFS 2019

Kommentar

Der Impact der schweizerischen wissenschaftlichen Publikationen ist relativ stabil und liegt über dem weltweiten Mittelwert. Im Zeitraum zwischen 2014 und 2018 lag die Schweiz um 25 Punkte über dem weltweiten Mittelwert und befand sich auf der Weltrangliste über sämtliche wissenschaftliche Publikationen hinter den Niederlanden und Grossbritannien auf Platz 3.

Die Schweiz brachte im Zeitraum 2014-2018 insgesamt 295 000 Publikationen hervor, was einem weltweiten Publikationsaufkommen von 1,1% entspricht. Wird hingegen die Anzahl der Publikationen pro Einwohnerin bzw. Einwohner gewichtet, so zählte die Schweiz zu den produktivsten Ländern: Mit 7056 Publikationen pro Jahr auf eine Million Einwohnerinnen und Einwohner belegte sie den ersten Platz, gefolgt von Dänemark, Australien, Norwegen und Finnland. Die USA, das Land mit dem höchsten Publikationsaufkommen weltweit (20,9%), platzierte sich auf dem 17. Rang.

Der Impact der Schweizer Publikationen liegt in allen Forschungsbereichen deutlich über dem weltweiten Mittel. Die grössten Unterschiede (+ 20 bis 30 Punkte) treten in den Bereichen «Technische und Ingenieurwissenschaften, Informatik», «Landwirtschaft, Biologie und Umweltwissenschaften», «Physik, Chemie, Erdwissenschaften», «Life Sciences» und «klinische Medizin» auf, gefolgt von den Bereichen «Sozial- und Verhaltenswissenschaften» (+ 13 Punkte) und «Geisteswissenschaften und Kunst» (+ 9 Punkte).

Die Schweizer Forschenden sind international vernetzt. Von den mit anderen Institutionen realisierten Publikationen wurden 84% im Zeitraum 2014-2018 mit internationalen Partnern verfasst. Dieser Anteil ist im betrachteten Zeitraum insgesamt gestiegen. Die Schweiz platzierte sich in den letzten Jahren im internationalen Vergleich jeweils auf den ersten Rängen. Der europäische Raum war im Zeitraum 2014-2018 der wichtigste Forschungspartner der Schweiz, wobei die Publikationen am häufigsten mit den Nachbarländern Italien, Deutschland und Frankreich verfasst wurden. Ausserhalb des europäischen Raums sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Partner der Schweiz.

Methodologie

Der Index zum Impact der wissenschaftlichen Publikationen basiert auf den Datensammlungen der Firma Clarivate Analytics und setzt sich aus dem Science Citation Index Expanded (SCIE), dem Social Science Citation Index Expanded (SSCIE), dem Arts & Humanities Citation Index (A&HCI) und dem Emerging Sources Citation Index zusammen. Diese Datensammlungen enthalten die bibliografischen Angaben zu den aufgrund einer Peer-Review publizierten Artikeln in rund 24 000 von Clarivate Analytics ausgewählten, meist international beachteten wissenschaftlichen Zeitschriften. Die Auswahl der berücksichtigten Zeitschriften wird von Clarivate Analytics durch einen Evaluationsprozess getroffen. Artikel, die in diesen Datensammlungen nicht vorkommen (wie auch die in Zeitschriften für eine breite Leserschaft publizierten Artikel, Bücher und Vorträge), bleiben bei der bibliometrischen Analyse unberücksichtigt.

Für die Messung des „Impacts“ der Publikationen wird ein relativer Zitationsindex verwendet. Die absolute Anzahl Zitierungen wird nicht als solche dargestellt, da sie vom Publikationsaufkommen und vom Forschungsbereich abhängt. Für die Berechnung des relativen Zitationsindex wird die Anzahl Zitierungen einer Publikation mit dem weltweiten Mittel der Zitierungen des betreffenden Forschungsbereichs gewichtet. Der so berechnete Indikator wird anschliessend auf einer Skala zwischen 0 und 200 eingeordnet, wobei 100 den weltweiten Mittelwert darstellt.

Basierend auf den jährlichen Datensammlungen von Clarivate Analytics führt das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) alle zwei Jahre eine bibliometrische Analyse der schweizerischen Publikationen durch und publiziert diese in einem Bericht.

Erwerbsquote der Frauen

Auszug aus dem Legislaturziel 6: *Der Bundesrat ist darauf bedacht, das inländische Arbeitskräftepotenzial zu fördern und den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Bei dieser Zielsetzung stehen Weiterbildungs- und Umbildungsinitiativen für Erwerbstätige und eine bessere Integration der Frauen und der arbeitslosen Personen in den Arbeitsmarkt im Zentrum.*

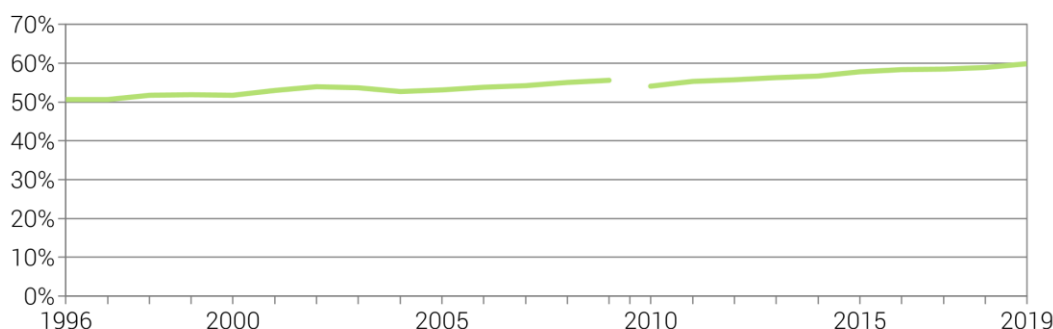
Bedeutung des Indikators: Um das in der Schweiz vorhandene Arbeitskräftepotential ausschöpfen zu können, ist eine stärkere Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Dadurch kann nicht genutztes Humankapital aktiviert und produktiv eingesetzt werden.

Der Indikator zeigt die Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Frauen im zweiten Quartal eines Jahres. Um der Teilzeitbeschäftigung Rechnung zu tragen, weist der Indikator die Erwerbsquote der Frauen in Vollzeitäquivalenten aus. Der Indikator bildet die Integration der Frauen im Arbeitsmarkt ab und weist darauf hin, inwieweit Frauen Teil des Arbeitsangebots sind.

Quantifizierbares Ziel: *Das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft. Die Erwerbsquote der Frauen erhöht sich.*

Erwerbsquote der Frauen

Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung (15- bis 64-jährige Frauen), in Vollzeitäquivalenten



Die Grafik weist die Werte des 2. Quartals pro Jahr aus.
2010: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2019

Kommentar

Die Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Frauen, ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten, hat seit Ende der 1990er-Jahre insgesamt zugenommen. Im zweiten Quartal 2019 betrug sie 59,8%. Dabei besteht ein leichter Unterschied zwischen Ausländerinnen und Schweizerinnen. Die Erwerbsquote in Vollzeitäquivalenten der Männer lag im zweiten Quartal 2019 mit 85,1% höher als jene der Frauen.

Wird die Erwerbsquote nicht in Vollzeitäquivalenten ausgewiesen, so ist sie für Frauen (80,1%) wie auch für Männer (88,4%) höher. Hierbei fällt der Unterschied für Frauen grösser aus als für Männer. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Frauen im Vergleich zu Männern häufiger teilzeitbeschäftigt sind.

Während die Anwesenheit von Kindern im Haushalt kaum Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Männer hat, bedeutet sie für Frauen oft eine Unterbrechung oder eine signifikante Verringerung des Pensums. 2018 betrug die Erwerbsquote der Frauen, die in einem Haushalt mit mindestens einem Kind unter 7 Jahren lebten, in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt durchschnittlich 43,4%. In Haushalten, in denen das jüngste Kind zwischen

7 und 14 Jahre alt war, lag dieser Anteil bei 55,5%, während er bei denjenigen ohne Kinder unter 15 Jahren 64,4% betrug.

Die Erwerbsquote der Frauen in Vollzeitäquivalenten steigt tendenziell mit dem Bildungsniveau an. 2018 wiesen die Frauen mit einem Abschluss auf Tertiärstufe in der Regel eine höhere Erwerbsquote auf (69,1%) als diejenigen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II (58,1%) oder ohne nachobligatorische Ausbildung (47,9%).

Methodologie

Der Indikator zeigt die Nettoerwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Frauen in Vollzeitäquivalenten in der ständigen Wohnbevölkerung (Anzahl Erwerbstätige und Erwerbslose gemäss ILO, in Prozenten der ständigen Wohnbevölkerung), jeweils im zweiten Quartal eines Jahres. Für die Umrechnung in Vollzeitäquivalente wird bei den Erwerbslosen der gewünschte bzw. gesuchte Beschäftigungsgrad berücksichtigt.

Die Erwerbsquote wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) vierteljährlich (bis 2009 jährlich im 2. Quartal) berechnet und publiziert. Aufgrund einer Revision der Gewichtung der SAKE ist 2010 ein Bruch in der Zeitreihe zu verzeichnen.

Definitionen

Erwerbspersonen

Als Erwerbspersonen gelten die erwerbstätigen und die erwerbslosen (gemäss ILO) Personen zusammen. Erwerbspersonen werden mit dem Arbeitsangebot gleichgesetzt.

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren und
- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

Erwerbstätige

Als Erwerbstätige gelten Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die während der Referenzwoche

- mindestens eine Stunde gegen Entlohnung gearbeitet haben
- oder trotz zeitweiliger Abwesenheit von ihrem Arbeitsplatz (wegen Krankheit, Ferien, Mutterschaftsurlaub, Militärdienst usw.) weiterhin eine Arbeitsstelle als Selbständigerwerbende oder Arbeitnehmende hatten,
- oder unentgeltlich im Familienbetrieb mitgearbeitet haben.

Unter diese Definition fallen, unabhängig vom Ort, wo die Tätigkeit ausgeführt wird (im Betrieb, zu Hause [Heimarbeit] oder in einem anderen Privathaushalt), alle Arbeitnehmenden, Selbständigerwerbenden, im eigenen Familienbetrieb mitarbeitenden Familienmitglieder, Lehrlinge, Rekruten, Unteroffiziere und Offiziere, die während der Rekrutenschule bzw. des Abverdienens ihre Arbeitsstelle bzw. ihren Arbeitsvertrag behalten können, Schüler und Studierende, die neben ihrer Ausbildung einer Erwerbstätigkeit nachgehen, und Rentner, die nach der Pensionierung noch erwerbstätig sind. Nicht berücksichtigt werden die Hausarbeit im eigenen Haushalt, unbezahlte Nachbarschaftshilfe und andere ehrenamtliche Tätigkeiten.

Erwerbsquote gemäss ILO

$$\text{Erwerbsquote} = \frac{\text{Erwerbspersonen}}{\text{Referenzbevölkerung}} \times 100$$

Vollzeitäquivalente (VZÄ)

Einem Vollzeitäquivalent entspricht ein 100% besetzter Arbeitsplatz (Beispiel: eine Anstellung von 50% ergibt 0,5 VZÄ).

Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz

Auszug aus dem Legislaturziel 7: *Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur erhöht sich die Beanspruchung insbesondere aufgrund der steigenden Bevölkerungszahlen und der wachsenden Mobilität. Der öffentliche Verkehr und das Nationalstrassennetz müssen modernisiert und punktuell ausgebaut werden. [...] Ferner ist eine effizientere Nutzung durch eine über den Tag gleichmässige Auslastung der Infrastrukturen anzustreben.*

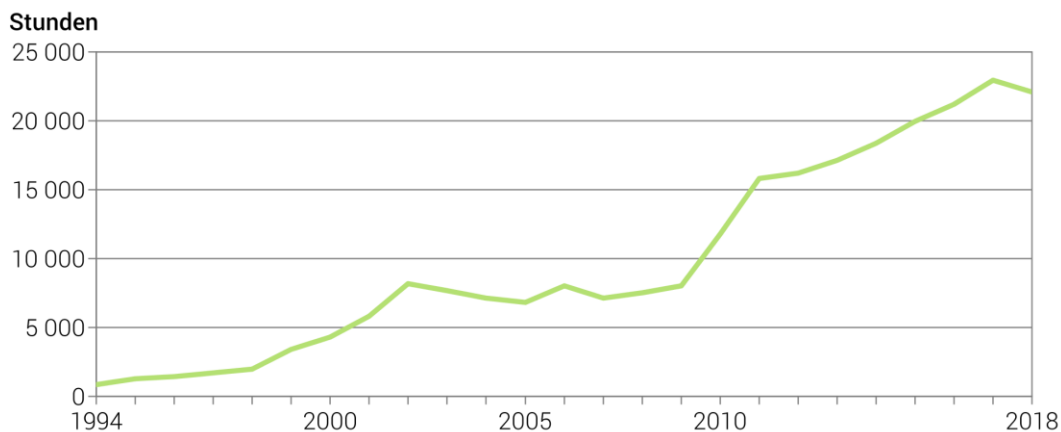
Bedeutung des Indikators: Funktionierende und sichere Nationalstrassen sind für die Schweiz von wirtschaftlicher Bedeutung. Eine intensive Beanspruchung der Verkehrsinfrastruktur kann zu Staus führen, wobei ein gewisses Mass an Stau allerdings nicht zu vermeiden ist. Gibt es zu oft und zu lange Staus, ist die Funktionsfähigkeit der Nationalstrasse gestört und die Wartezeiten verursachen wirtschaftliche Kosten. Zu den Stauursachen gehören Verkehrsüberlastungen, Unfälle und Baustellen, wobei die Verkehrsüberlastungen die häufigste Ursache darstellen.

Der Indikator zeigt die Anzahl der Staustunden auf den Nationalstrassen aufgrund von Verkehrsüberlastungen. Die Staustunden wegen Unfällen, Baustellen und anderen Ursachen blieben nahezu konstant und werden deshalb nicht betrachtet.

Quantifizierbares Ziel: *Mit dem Programm zur Engpassbeseitigung sollen die gravierendsten Engpässe auf dem Nationalstrassennetz beseitigt werden, damit der Verkehrsfluss trotz Zunahme des Verkehrsvolumens auch in Zukunft nach Möglichkeit gewährleistet bleibt. Parallel zu den baulichen Erweiterungsmassnahmen werden auch Verkehrsmanagementmassnahmen wie die Umnutzung von Pannestreifen umgesetzt.*

Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz

Durch Verkehrsüberlastung verursachte Staus



Quelle: Bundesamt für Strassen

© BFS 2019

Kommentar

Die Anzahl Staustunden wegen Verkehrsüberlastung erhöhte sich in den 1990er Jahren und stabilisierte sich zwischen 2002 und 2009. Seit 2010 nahmen die Staustunden wegen Verkehrsüberlastungen wieder zu. 2017 erreichten sie mit 22 949 Stunden ein vorläufiges Maximum. 2018 betrug die Anzahl Staustunden 22 110, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme um -3,7% respektive -839 Stunden entspricht (2016-2017: +8,2%). Die baustellen- und unfallbedingten Staus haben 2018 im Vergleich zum Vorjahr zugenommen.

87% aller registrierten Staustunden waren 2018 auf Verkehrsüberlastungen zurückzuführen, die restlichen grösstenteils auf Baustellen und Unfälle. Die Verkehrsüberlastungen bilden sich meist auf relativ kurzen Abschnitten im Bereich der grossen Agglomerationen. Die Zunahme der Staustunden seit 2008 kann zum Teil

auf verbesserte technische Mittel für die Erfassung der Staus auf den Nationalstrassen zurückgeführt werden. Inwieweit die Steigerung auf zusätzliche Verkehrsbehinderungen zurückzuführen ist, kann nicht abschliessend beurteilt werden.

Staus führen zu Zeitverlusten, die mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sind. Für die Nationalstrassen wurden die Stauzeitkosten für 2010 auf 670 Millionen Franken geschätzt und stiegen bis 2017 auf 928 Millionen Franken an.

Der Verkehr auf den Nationalstrassen nimmt von Jahr zu Jahr zu. 2018 wurden auf den Nationalstrassen 27 696 Millionen Fahrzeugkilometer zurückgelegt, 0,1% mehr als im Vorjahr. 41% der gesamten Fahrleistung des Motorfahrzeugverkehrs und 71% des schweren Güterverkehrs wurden 2017 auf den Nationalstrassen abgewickelt, wobei diese nur rund 2,6% des gesamten Strassennetzes ausmachen.

Methodologie

Von Stau wird gesprochen, wenn:

- auf Hochleistungs- oder Hauptstrassen ausserorts die Fahrzeuggeschwindigkeit während mindestens einer Minute unter 10 km/h liegt und es häufig zum Stillstand kommt.
- auf Hauptstrassen innerorts bei Knoten oder Engpässen die Wartezeit mindestens 5 Minuten beträgt.

Stockender Verkehr ergibt sich, wenn:

- ausserorts die stark reduzierte Fahrzeuggeschwindigkeit während mindestens einer Minute unter 30 km/h liegt und/oder es teilweise zu kurzem Stillstand kommt.

Im Bericht des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) werden beide erfassten Zustände (Stau und stockender Verkehr) als „Stau“ bezeichnet, da die für eine genaue Unterscheidung notwendigen Verkehrs- und Geschwindigkeitsdaten heute noch nicht verfügbar sind. Die Staudaten basieren vollumfänglich auf den Verkehrsmeldungen der Viasuisse. Die Qualität der Aussagen zur Entwicklung der Staustunden steht und fällt mit der Vollständigkeit und Richtigkeit dieser Meldungen. Es besteht keine Gewähr dafür, dass sämtliche Staus erfasst sind.

Die Daten zur Staubelastung werden jährlich vom ASTRA im Bericht „Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen“ publiziert.

Modalsplit im alpenquerenden Güterverkehr

Auszug aus dem Legislaturziel 7: *Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur erhöht sich die Beanspruchung insbesondere aufgrund der steigenden Bevölkerungszahlen und der wachsenden Mobilität. Der öffentliche Verkehr und das Nationalstrassennetz müssen modernisiert und punktuell ausgebaut werden. [...] Auch will der Bundesrat den Gütertransport auf der Schiene stärken, indem für diesen mit neuen Instrumenten langfristig attraktive Fahrrechte (Trassen) gesichert werden.*

Bedeutung des Indikators: Aufgrund ihrer geografischen Lage nimmt die Schweiz im europäischen Verkehrsnetz eine besondere Stellung ein. Ein bedeutender Teil des internationalen Güterverkehrs zwischen Nord- und Südeuropa nutzt die Schweizer Alpenübergänge. Um das Land und die Alpenregionen vor den negativen Auswirkungen des alpenquerenden Lastwagenverkehrs zu schützen, verfolgt die Schweizer Verkehrspolitik eine Verlagerung des Strassengüterverkehrs auf die Schiene.

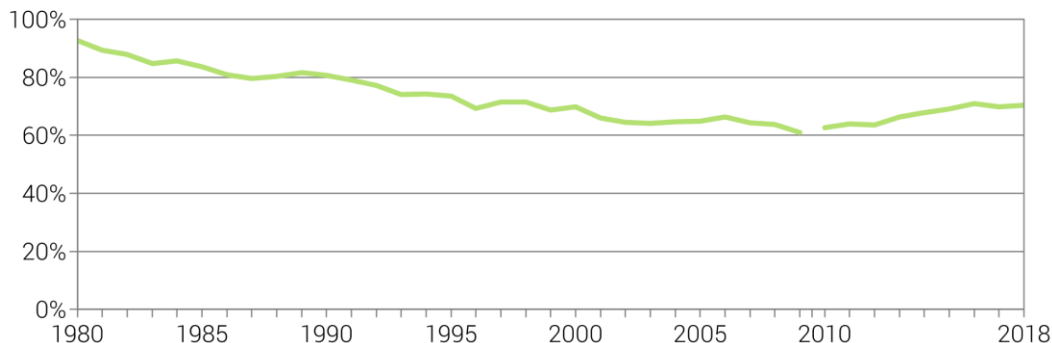
Der Indikator stellt den Anteil der auf der Schiene transportierter Güter, gemessen an der Gesamtmenge der transportierten Güter des gesamten alpenquerenden Güterverkehrs (Schiene, Strasse), dar. Eine Veränderung des Modalsplits zugunsten der Schiene kann auch bei zunehmenden Transportmengen auf der Strasse auftreten, nämlich wenn die Zunahme auf der Schiene stärker ist als auf der Strasse.

Quantifizierbares Ziel: *Der Anteil des alpenquerenden Güterverkehrs, der auf die Schiene verlagert wird, nimmt während der Legislaturperiode 2015–2019 zu.*

Modalsplit im alpenquerenden Güterverkehr

Anteil auf der Schiene transportierter Güter am gesamten alpenquerenden Güterverkehr auf Strasse und Schiene

% der Nettotonnen



2010: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: BAV – Alpenquerender Güterverkehr

© BFS 2019

Kommentar

Rund 90% der Güter wurden Anfang der 1980er-Jahre auf der Schiene durch die Schweizer Alpen transportiert. Bis 2009 ist dieser Anteil auf 61% gesunken, seither hat er wieder zugenommen. 2018 wurden 70,5% des Transportguts per Bahn und 29,5% auf der Strasse durch die Schweizer Alpen befördert. In den Nachbarländern Frankreich und Österreich ist das Verhältnis in etwa umgekehrt.

Abgangs- wie auch Bestimmungsort der auf der Schiene über die Schweizer Alpen transportierten Güter lagen 2014 mehrheitlich im Ausland: Zu 87% passierte der alpenquerende Schienengüterverkehr die Schweiz im Transit. Die verbleibenden 13% entfielen auf den Binnen-, Import- und Exportverkehr.

Die auf Strasse und Schiene über die Schweizer Alpen transportierte Gütermenge belief sich 2018 auf insgesamt 39,6 Millionen Nettotonnen. Das ist mehr als doppelt so viel wie noch 1981, dem Jahr nach der

Eröffnung des Gotthard-Strassentunnels. Der Strassengüterverkehr hat dabei stärker zugenommen als der Schienengüterverkehr. Dieser Umstand wird durch die Entwicklung der Anzahl Fahrten schwerer Strassengüterfahrzeuge über die Schweizer Alpenübergänge verdeutlicht. Diese erreichte im Jahr 2000 mit 1,4 Millionen Fahrten ihren Höchststand und ist im Anschluss wieder zurückgegangen. Im Jahr 2018 überquerten 941 000 dieser Fahrzeuge einen Schweizer Alpenübergang, wovon rund drei Viertel die Gotthard-Route wählten. Im Vergleich zu 1981 entspricht dies einer Verdreifachung der Anzahl Fahrten.

Der gesamte innere Alpenbogen (Fréjus bis Brenner) wurde 2018 von 5 Millionen schweren Strassengüterfahrzeugen gequert. Der grösste Teil davon benutzte die österreichischen Alpenübergänge (53%). Der Anteil der Schweiz betrug 19%, derjenige Frankreichs belief sich auf 28%.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil auf der Schiene transportierter Güter, gemessen an der Gesamtmenge transportierter Güter des gesamten alpenquerenden Güterverkehrs (Schiene, Strasse). Die auf Strasse und Schiene über die Schweizer Alpen transportierte Gütermenge wird in Nettotonnen gemessen, d.h. ohne Gewicht der Sachtransportfahrzeuge (inkl. Anhänger), Container und Wechselbehälter im kombinierten Verkehr.

Die Daten zum alpenquerenden Güterverkehr werden jährlich vom Bundesamt für Verkehr (BAV) erhoben und publiziert. 2010 kam es aufgrund eines Methodenwechsels zu einem Bruch in der Zeitreihe. Bis 2009 wurden die Daten der schweizerischen automatischen Strassenverkehrszählung verwendet. Seit 2010 basieren die Zahlen für den Strassengüterverkehr auf den Kontrollstationsdaten der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe an den schweizerischen Alpenübergängen.

Definitionen

Alpenquerender Güterverkehr

Alpenquerender Verkehr ist jener Verkehr, der bei einem Alpenübergang den Alpenhauptkamm durchquert.

Modalsplit

Aufteilung von Verkehrsleistungen, Transportmengen, Tagesdistanzen, Wegzeiten oder Anzahl Wegen auf verschiedene Verkehrsträger bzw. Verkehrsmittel.

Abonent/innen von Breitband-Internetanschlüssen

Auszug aus dem Legislaturziel 7: *Ein wesentlicher Faktor der Standortattraktivität der Schweiz ist ihr flächendeckendes und leistungsfähiges Infrastrukturnetz. [...] Zunehmende Bedeutung kommt auch der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) zu.*

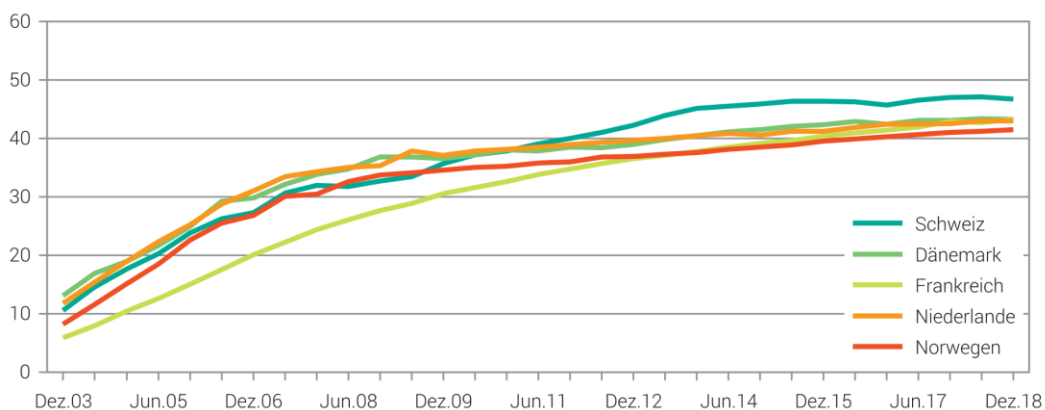
Bedeutung des Indikators: Voraussetzung für die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist die Verbreitung von technischen Möglichkeiten in den privaten Haushalten, in Unternehmen, in der Verwaltung oder an Schulen und Universitäten. Die zunehmende Verbreitung der Breitbandtechnologien ist entscheidend für die Entwicklung des E-Commerce, des E-Government und anderer Anwendungen, wie zum Beispiel Internettelefonie oder Audio- und Videoübertragungen.

Der Indikator zeigt die Anzahl der Abonentinnen und Abonnenten von fixen Breitband-Internetanschlüssen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner im internationalen Vergleich. Er steht für den Verbreitungsgrad dieser Technologie.

Quantifizierbares Ziel: *Die Rahmenbedingungen im Telekommunikationsmarkt tragen dazu bei, die Investitionen auf einem hohen Niveau zu halten und die Stelle der Schweiz bei der Anzahl der leitungsgebundenen Breitbandanschlüsse an das Internet innerhalb der fünf besten Länder der OECD zu halten.*

Abonent/innen von Breitband-Internetanschlüssen

Anzahl der Abonent/innen von fixen Breitband-Internetanschlüssen pro 100 Einwohner/innen



Dez. 2018: Schätzungen für die Schweiz

Quelle: OECD – Key ICT Indicators

© BFS 2019

Kommentar

Die Zahl der Abonentinnen und Abonnenten von fixen Breitband-Internetanschlüssen stieg seit 2003 an. Ende 2018 waren es 46,8 Breitbandanschlüsse pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner (Total Abonentinnen und Abonnenten: 3 991 680), während es Ende 2003 10,6 waren. Damit zählt die Schweiz im OECD-Vergleich gegenwärtig zu den führenden Ländern. Sie stand im Dezember 2018 bei den fixen Breitbandanschlüssen vor Dänemark an erster Stelle der OECD-Mitgliedsstaaten. Wird bei den Breitbandanschlüssen einzig der Anteil der Glasfaseranschlüsse betrachtet, befindet sich die Schweiz allerdings unter dem OECD-Durchschnitt. Dies kann mit der hohen Breitbandabdeckung in der Schweiz durch andere Technologien (Kabelanschlüsse und DSL) erklärt werden. Die Spitzenplätze bei den Glasfaseranschlüssen werden gegenwärtig von der Republik Korea und Japan belegt.

18,5 Abonentinnen und Abonnenten pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner besaßen 2016 einen

Hochbreitbandanschluss mit einer Geschwindigkeit zwischen 25 und 100 Megabit pro Sekunde (Mbps) und ebenso viele Abonentinnen und Abonnenten pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner einen Anschluss mit mehr als 100 Mbps.

Im Jahr 2019 verfügten 96% der Schweizer Haushalte über einen Internetanschluss. Die Schweiz lag damit über dem Durchschnitt der EU-28-Länder (89% im Jahr 2018).

Je nach Bildungsniveau wird das Internet unterschiedlich genutzt. Anfang 2019 nutzten 98% der Personen, welche über einen Abschluss auf der Tertiärstufe (Hochschulen) verfügen, das Internet mehrmals pro Woche. Bei den Personen mit einem Abschluss auf der Sekundarstufe II lag die Nutzungsquote bei 86% und bei Personen mit einem Abschluss der obligatorischen Schule bei 74%.

Methodologie

Die Zahl der Abonentinnen und Abonnenten von fixen Breitband-Internetanschlüssen wird pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern gemessen. Die Daten werden im internationalen Vergleich dargestellt. Zu den fixen Breitband-Internetanschlüssen zählen DSL, Kabelmodem-Zugänge, Glasfaser, Satellit, feste terrestrische Hertz-Dienste und weitere Breitbandtechnologien. Generell gilt eine Verbindung als Breitband, wenn sie eine Übertragungsrate von mehr als 256 Kilobits pro Sekunde (Kbit/s) aufweist.

Die OECD publiziert die Daten halbjährlich. Die Daten für die Schweiz basieren auf Schätzungen, die auf Basis der offiziellen Fernmeldestatistik (jährliche Erhebung bei den Fernmeldediensteanbietern) durch das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) erstellt werden.

Vielfalt von Artengemeinschaften in Lebensräumen

Auszug aus dem Legislaturziel 8: *Natürliche Ressourcen – wie beispielsweise Wasser, Boden, Luft, Wald, erneuerbare und nicht erneuerbare Rohstoffe – sowie auch die biologische und landschaftliche Vielfalt und ein stabiles Klima sind Kernelemente für das menschliche Wohlbefinden und Grundlage für die Wirtschaft. Der Druck auf die natürlichen Ressourcen nimmt aufgrund des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums weiter zu. [...] Damit die natürlichen Ressourcen langfristig erhalten bleiben, sollen sie nachhaltig und schonend genutzt und wo erforderlich ausreichend und umfassend geschützt werden.*

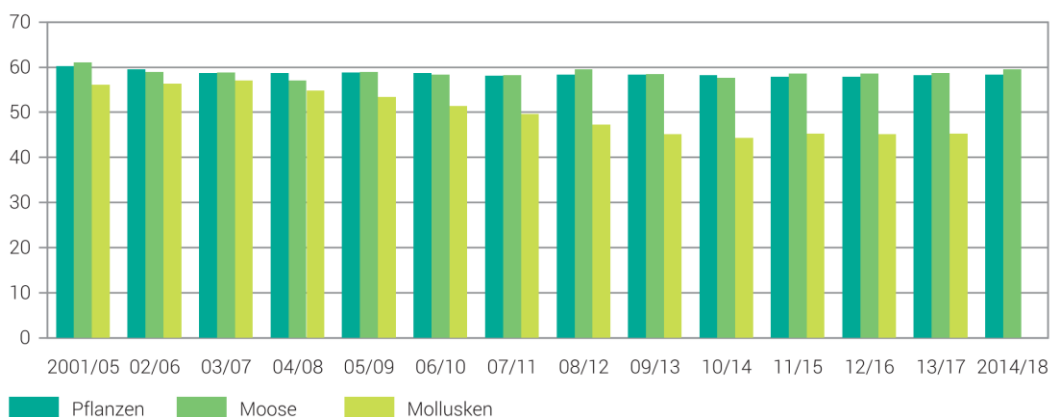
Bedeutung des Indikators: Biodiversität umfasst die Vielfalt an Arten, Genen und Lebensräumen für Pflanzen, Tiere, Pilze und Mikroorganismen. Für den Menschen liegt die Bedeutung der Biodiversität in den zahlreichen Leistungen, welche die Ökosysteme erbringen. Dazu gehört die Reinigung des Wassers, Filtrierung der Luft oder Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit.

Der Indikator beschreibt, wie sich die Artenzusammensetzung im Lebensraum Wiesen und Weiden entwickelt. Während ein hoher Indexwert vielfältige Artengemeinschaften anzeigt, weist ein tiefer Indexwert auf einheitlichere Artengemeinschaften hin, was einen Verlust biologischer Vielfalt bedeutet.

Quantifizierbares Ziel: *Die Biodiversität und deren Lebensräume sind zu erhalten und zu fördern.*

Vielfalt von Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden

Index¹ von 0 (einheitlich) bis 100 (vielfältig), aller paarweisen Vergleiche der Stichprobenflächen



¹ Mittelwert über einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren

Quelle: BAFU – Biodiversitäts-Monitoring Schweiz

© BFS 2019

Kommentar

Die Vielfalt der Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden ist seit Beginn der 2000er-Jahre insgesamt zurückgegangen: Während sie bei den Pflanzen und Moosen konstant geblieben ist, konnte bei den Mollusken (Schnecken) eine Abnahme beobachtet werden. Bei Letzteren hat vor allem die Anzahl der häufig vorkommenden Arten zugenommen, die keine besonderen Ansprüche an ihren Lebensraum stellen, während die Anzahl der seltenen Arten abgenommen hat.

Die Biodiversitätsförderflächen sind eine der Massnahmen der Agrarpolitik zur Erhaltung und nach Möglichkeit zur Erweiterung des Lebensraums der Schweizer Fauna und Flora in landwirtschaftlichen Regionen. 2018 umfassten diese Flächen 166 650 ha, von denen zwei Fünftel den Kriterien der Qualitätsstufe II (höchste) entsprachen. Gegenüber 2017 stiegen sie um 1500 ha an. Dieses Wachstum betrifft in erster Linie Wiesen und extensiv genutzte Weiden.

Der Brutvogelbestand gilt als Indikator für die Biodiversität im Allgemeinen, da er häufig von der Qualität der Lebensräume abhängig ist. Für die Gesamtheit der 174 Vogelarten, die regelmässig in der Schweiz brüten, ist der Trend zwischen 1990 und 2018 konstant. Die Bestände der 42 gefährdeten Arten, die auf der Roten Liste stehen, gingen dagegen in der gleichen Zeitspanne um knapp 50% zurück.

Die Roten Listen zeigen den Gefährdungsgrad der in einem Gebiet erhobenen Artengruppen. In der Schweiz sind rund 46 000 Pflanzen-, Pilz- und Tierarten bekannt (ein- und wenigzellige Lebewesen ausgenommen). Von den 10 711 untersuchten Arten befinden sich 35% auf Roten Listen, d.h. sie gelten als gefährdet, verschollen oder ausgestorben. Dieser Umstand geht unter anderem mit dem Verschwinden ökologisch wertvoller Räume wie etwa Feuchtgebiete und Trockenwiesen einher, das insbesondere auf intensive Landwirtschaft, Drainage, sich ausbreitende Agglomerationen und Flussverbauungen sowie die Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten zurückzuführen ist.

Methodologie

Die Vielfalt an Artengemeinschaften im Lebensraum Wiesen und Weiden wird anhand des mittleren Simpsons-Indexes auf einer Skala von 0 (einheitlich) bis 100 (vielfältig) dargestellt. Der Indikator wird für eine Artengruppe folgendermassen berechnet: Die Artenliste einer Wiese oder Weide wird paarweise mit jenen aller anderen Stichprobenflächen der Wiesen und Weiden verglichen. Für jeden Vergleich wird der Simpson-Index berechnet. So werden alle möglichen Paare miteinander verglichen. Der Mittelwert aller berechneten Simpson-Indizes nimmt Werte zwischen 0 und 100 an. Beim Wert 0 kommen in allen Wiesen exakt die gleichen Arten vor, ist jede Wiese in ihrer Artenzusammensetzung einzigartig, beträgt der Wert 100. Je mehr seltene und je weniger häufige Arten es in einer Artengruppe gibt, desto höher fällt der Wert für diese Artengruppe aus.

Die Stichprobenflächen, für die jeweils ein Inventar aller darin vorkommenden Pflanzen, Mollusken und Moose erstellt wird, umfassen zehn Quadratmeter. Innerhalb von fünf Jahren werden jeweils alle Stichprobenflächen bearbeitet. Für einen kompletten Vergleich aller Flächen werden deshalb die Aufnahmen von jeweils fünf Jahren verwendet.

Der Indikator stützt sich auf die Daten des Indikators Artenvielfalt in Lebensräumen (Z9) des Biodiversitäts-Monitorings Schweiz des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) und wird jährlich erhoben. Die Daten für die Mollusken folgen jeweils mit einem Jahr Rückstand.

Definitionen

Biodiversität

Die Biodiversität oder biologische Vielfalt umfasst die verschiedenen Arten von Tieren, Pflanzen, Pilzen und Bakterien, die genetische Vielfalt innerhalb der Arten sowie die unterschiedlichen Lebensräume mit denen die Arten in Wechselwirkung stehen.

Ackerfläche und Fläche mit Dauerkulturen

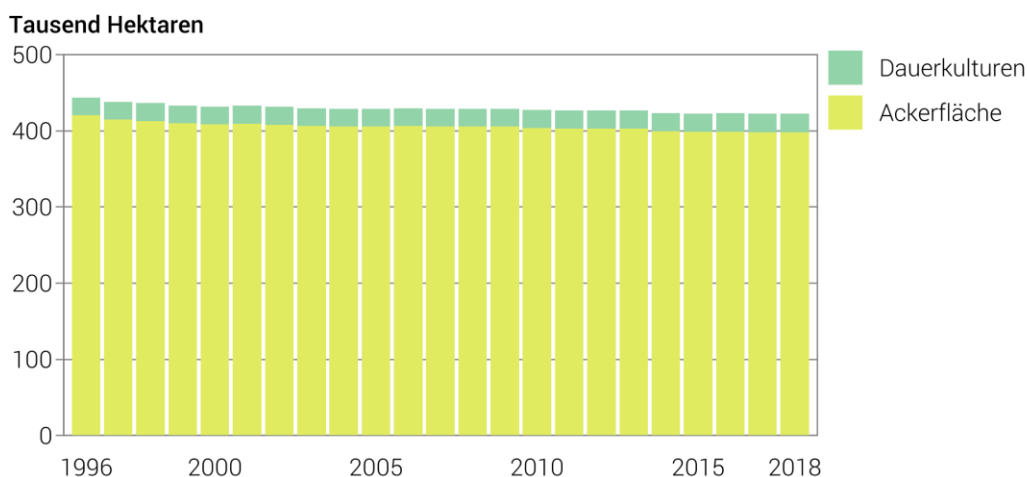
Auszug aus dem Legislaturziel 8: *Natürliche Ressourcen – wie beispielsweise Wasser, Boden, Luft, Wald, erneuerbare und nicht erneuerbare Rohstoffe – sowie auch die biologische und landschaftliche Vielfalt und ein stabiles Klima sind Kernelemente für das menschliche Wohlbefinden und Grundlage für die Wirtschaft. Der Druck auf die natürlichen Ressourcen nimmt aufgrund des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums weiter zu. [...] Damit die natürlichen Ressourcen langfristig erhalten bleiben, sollen sie nachhaltig und schonend genutzt und wo erforderlich ausreichend und umfassend geschützt werden.*

Bedeutung des Indikators: Der Boden ist für Menschen, Tiere und Pflanzen unverzichtbare Lebensgrundlage und eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource. Besonders in einem flächenmässig kleinen Land wie der Schweiz, wo die nutzbaren Böden aufgrund der topografischen Bedingungen knapp sind, ist ein nachhaltiger Umgang mit der Ressource Boden unerlässlich. Dies gilt auch für die Landwirtschaftsflächen, die eine wesentliche Voraussetzung für die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sind.

Der Indikator weist die Ackerfläche und die Fläche mit Dauerkulturen in Tausend Hektaren aus. Diese Flächen werden von der Landwirtschaft zum Beispiel für den Anbau von Getreide, Gemüse, Obst oder Reben benutzt.

Quantifizierbares Ziel: *Die Ackerfläche und die Fläche mit Dauerkulturen stabilisieren sich auf dem Mittelwert von 2012–2014.*

Ackerfläche und Dauerkulturen



Quelle: BFS – Landwirtschaftliche Strukturerhebung

© BFS 2019

Kommentar

Die Ackerfläche hat zwischen 1996 und 2018 um rund 5,3% abgenommen. 2018 betrug sie 398 139 Hektaren, davon dienten 69% als offene Ackerfläche und 31% als Kunstwiesen. Auf mehr als der Hälfte des offenen Ackerlandes wurde Getreide (143 634 Hektaren) angebaut, hauptsächlich Weizen.

Dauerkulturen wie zum Beispiel Reben oder Obst wurden 2018 auf einer Fläche von 24 218 Hektaren angebaut. Im Vergleich zu 1996 hat die Fläche der Dauerkulturen um rund 4% zugenommen. 2018 wurden auf 56% der Fläche Reben angebaut, auf 29% Obstanlagen und auf 15% übrige Dauerkulturen wie zum Beispiel Christbäume, Baumschul- und Zierpflanzen.

Die Ackerfläche und die Dauerkulturen stellten 2018 mit einer Fläche von 0,42 Millionen Hektaren 40% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von rund 1,04 Millionen Hektaren dar. Diese verkleinerte sich seit 1996 um 3,5%.

Rückgänge der Landwirtschaftsflächen sind mehrheitlich eine Folge der Ausdehnung der Siedlungsflächen. Zwischen 1985 und 2009 wurden zwei Drittel der verschwundenen Landwirtschaftsflächen (gemäss Arealstatistik) zu Siedlungsflächen umgewandelt. Dieser Vorgang war besonders ausgeprägt im Mittelland. Auch an der Alpennordflanke und in den westlichen Zentralalpen (Wallis) war der Verlust an Landwirtschaftsflächen in erster Linie eine Folge des Siedlungsflächenwachstums. Einzig in den östlichen Zentralalpen und an der Alpensüdflanke waren es mehrheitlich bestockte Flächen, die an die Stelle von Landwirtschaftsflächen traten.

Methodologie

Die Ackerfläche und die Fläche mit Dauerkulturen werden in Tausend Hektaren ausgewiesen.

Als Ackerfläche gilt die Fläche, welche in eine Fruchtfolge einbezogen ist. Sie setzt sich aus der offenen Ackerfläche und den Kunstwiesen zusammen. Als offene Ackerfläche gilt die Fläche, auf der einjährige Acker-, Gemüse- und Beerenkulturen sowie einjährige Gewürz- und Medizinalpflanzen angebaut werden. Buntbrachen und Rotationsbrachen gehören ebenfalls zur offenen Ackerfläche. Kunstwiesen sind angesäte Wiesen, die innerhalb einer Fruchtfolge während mindestens einer Vegetationsperiode bewirtschaftet werden.

Dauerkulturen sind Kulturen, die mehrere Vegetationsperioden überdauern. Dazu gehören Reben, Obstanlagen, mehrjährige Beeren- und Gemüsekulturen, Hopfen, mehrjährige Gewürz- und Medizinalpflanzen, gärtnerische Freilandkulturen wie Baumschulen und Forstgärten, gepflegte Selven von Edelkastanien und Nussbäume, sowie mehrjährige Kulturen wie Christbäume und Chinaschilf.

Die Ackerfläche und die Dauerkulturen werden im Rahmen der Landwirtschaftlichen Strukturerhebung erfasst. Diese wird jährlich vom Bundesamt für Statistik (BFS) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und den kantonalen Landwirtschaftsämtern durchgeführt.

Definitionen

Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)

Verwendete Fläche für die Pflanzenproduktion ausser Sömmerungsflächen und Wälder.

Treibhausgasemissionen

Auszug aus dem Legislaturziel 8: *Natürliche Ressourcen – wie beispielsweise Wasser, Boden, Luft, Wald, erneuerbare und nicht erneuerbare Rohstoffe – sowie auch die biologische und landschaftliche Vielfalt und ein stabiles Klima sind Kernelemente für das menschliche Wohlbefinden und Grundlage für die Wirtschaft. Der Druck auf die natürlichen Ressourcen nimmt aufgrund des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums weiter zu. Die planetaren Grenzen sind in gewissen Bereichen schon überschritten (Klima, Stickstoff, Biodiversität). [...] Damit die natürlichen Ressourcen langfristig erhalten bleiben, sollen sie nachhaltig und schonend genutzt und wo erforderlich ausreichend und umfassend geschützt werden.*

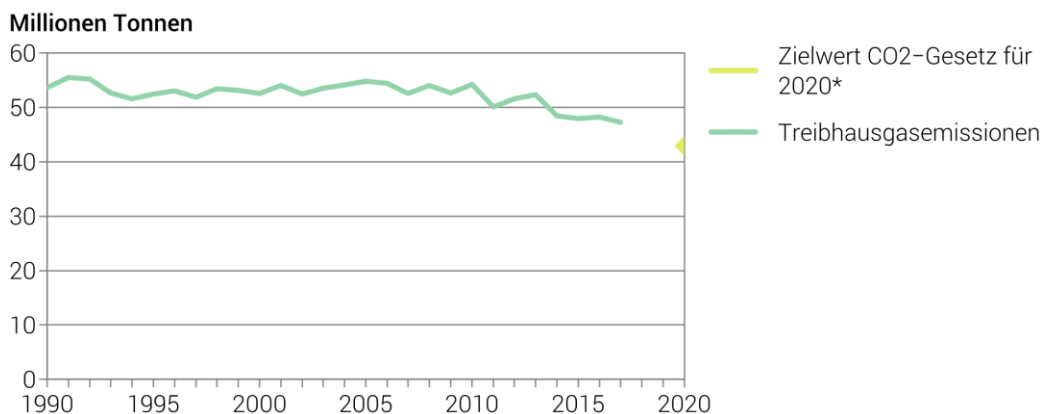
Bedeutung des Indikators: Verschiedene Gase der Erdatmosphäre haben einen Einfluss auf die Energiebilanz der Erde, indem sie die Abstrahlung von Wärme in den Weltraum einschränken. Dieses Phänomen wird als Treibhauseffekt bezeichnet. Der Treibhauseffekt ist ein natürliches Phänomen, das aber durch Treibhausgase aus menschlichen Aktivitäten verstärkt wird. Die Verbrennung von fossilen Brenn- und Treibstoffen ist die Hauptursache für den zusätzlichen Treibhauseffekt. Daneben spielen unter anderem auch Waldrodungen, Emissionen aus industriellen Prozessen, aus der Landwirtschaft und der Abfallbewirtschaftung eine Rolle.

Die Treibhausgasemissionen umfassen die jährlich ausgestossene Gesamtmenge an Treibhausgasen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Mit einem Anteil von über 80% ist CO₂ das weitaus wichtigste Treibhausgas anthropogenen Ursprungs. Die Werte verstehen sich als Bruttoemissionen ohne Abzug von Senkenleistungen des Waldes oder von Emissionsminderungszertifikaten. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden diejenigen Emissionen, die im Ausland aufgrund der Importe in die Schweiz generiert wurden.

Quantifizierbares Ziel: *Die Treibhausgasemissionen im Inland vermindern sich bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 gesamthaft um 20 Prozent.*

Treibhausgasemissionen

CO₂-Äquivalente ohne Senkenleistungen des Waldes und Emissionsminderungszertifikate



*inklusive Abzug der Senkenleistungen

Quelle: BAFU – Treibhausgasinventar

© BFS 2019

Kommentar

Die Treibhausgasemissionen, gemessen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, sind von 53,7 Mio. Tonnen im Jahr 1990 (Basisjahr) auf 47,2 Mio. Tonnen im Jahr 2017 zurückgegangen. Dies entspricht einem Rückgang um 12% gegenüber 1990. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Treibhausgasemissionen 2017 um 1 Mio. Tonnen abgenommen.

Die Treibhausgasemissionen entwickeln sich in den einzelnen Sektoren gemäss CO₂-Verordnung unterschiedlich. Im Gebäudesektor (Haushalte und Dienstleistungen) lagen die Emissionen 2017 mit 12,6 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten 26% tiefer als 1990 (Basisjahr). Ebenfalls abgenommen haben die Emissionen im Industriesektor (inkl. Abfallverbrennung). 2017 betrugen sie 10,7 Mio. Tonnen, 18% weniger als noch 1990. Im Sektor Verkehr lagen die Emissionen mit 15 Mio. Tonnen 2017 um rund 1% höher als 1990. Die übrigen Emissionen beliefen sich 2017 auf 8,9 Mio. Tonnen und haben gegenüber 1990 um 2,4% zugenommen.

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen zu senken. Auf nationaler Ebene wird diese Verpflichtung durch das CO₂-Gesetz umgesetzt. Darin ist ein Reduktionsziel der inländischen Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 20% verankert. Für dieses Reduktionsziel werden die Senkenleistungen des Waldes berücksichtigt, nicht aber der Kauf von ausländischen Emissionsminderungszertifikaten.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Entwicklung der Treibhausgasemissionen seit 1990, in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Die Werte verstehen sich als Bruttoemissionen ohne Abzug von Senkenleistungen des Waldes oder von Emissionsminderungszertifikaten.

Die Schweiz hat sich international im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Die erste Verpflichtungsperiode sah eine Reduktion der mittleren jährlichen Treibhausgasemissionen für den Zeitraum 2008-2012 um 8% unter das Emissionsniveau von 1990 vor. In der zweiten, aktuellen Verpflichtungsperiode sollen die Gesamtemissionen aller Treibhausgase im Zeitraum 2013-2020 durchschnittlich um 15,8% gegenüber 1990 reduziert werden. Auf nationaler Ebene wird diese Verpflichtung durch das CO₂-Gesetz umgesetzt. Dieses verlangt, dass der inländische Ausstoss an Treibhausgasen bis 2020 gegenüber 1990 um 20% sinkt.

Beim CO₂-Gesetz sind die Emissionsreduktionen durch Massnahmen im Inland zu erreichen, beim Kyoto-Protokoll dürfen zusätzlich im Ausland erworbene Emissionsminderungszertifikate angerechnet werden. Gemäss Richtlinien des Kyoto-Protokolls wird in der zweiten Verpflichtungsperiode die Senkenleistung der Forstwirtschaft gegenüber einem Referenzwert (Forest Management Reference Level) angerechnet. Die Anrechnung der Senkenleistung erfolgt 2022 im Treibhausgasinventar nach Abschluss der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls. Aufgrund heutiger Schätzungen ist davon auszugehen, dass die anrechenbare Senkenleistung über die Periode 2013-2020 im Bereich von wenigen Hunderttausend Tonnen zu liegen kommt.

Gestützt auf vorläufige Daten geht das BAFU im Moment davon aus, dass die anrechenbare Senkenleistung der Forstwirtschaft für die Erreichung des Reduktionsziels 2020 nicht ausschlaggebend ist.

Treibhausgase gemäss CO₂-Gesetz und Kyoto-Protokoll sind Kohlenstoffdioxid (CO₂), Lachgas (N₂O), Methan (CH₄) sowie synthetische Gase (HFC, PFC, SF₆ und NF₃). Für die Berechnung des Indikators wird die Summe aller Treibhausgasemissionen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten ausgewiesen, d.h. die verschiedenen Treibhausgase werden entsprechend ihrer Klimawirksamkeit skaliert und in CO₂-Äquivalente umgerechnet.

Die Daten stammen aus dem Treibhausgasinventar der Schweiz. Dieses wird jährlich vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) gemäss den Richtlinien der UNO-Klimakonvention für Industrieländer und den technischen Handbüchern des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) erstellt. Das Treibhausgasinventar nimmt auf witterungsbedingte Schwankungen der Emissionen keine Rücksicht. Die Emissionen des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs werden im Treibhausgasinventar zwar ausgewiesen, in Übereinstimmung mit der Klimakonvention der Vereinten Nationen aber nicht im nationalen Emissionstotal aufgeführt.

Definitionen

CO₂-Äquivalente

Emissionen anderer Treibhausgase als CO₂ (CH₄, N₂O, HFKW, PFKW, SF₆ und NF₃) werden zur besseren Vergleichbarkeit entsprechend ihrem globalen Erwärmungspotenzial (GWP, Global Warming Potential) in CO₂-Äquivalente umgerechnet; 1 kg CH₄ entspricht 25 kg CO₂, 1 kg N₂O entspricht 298 kg CO₂.

Treibhauseffekt

Der Treibhauseffekt entsteht durch verschiedene Gase in der Atmosphäre (Wasserdampf, Kohlendioxid, Methan, Lachgas, usw.), die einen Teil der von der Erde ausgehenden Wärmestrahlung wieder reflektieren. Eine Erhöhung der Konzentration solcher Treibhausgase führt zu einer Erwärmung der Atmosphäre.

Endenergieverbrauch pro Kopf

Auszug aus dem Legislaturziel 8: *Der Druck auf die natürlichen Ressourcen nimmt aufgrund des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums weiter zu. [...] Damit die natürlichen Ressourcen langfristig erhalten bleiben, sollen sie nachhaltig und schonend genutzt und wo erforderlich ausreichend und umfassend geschützt werden.*

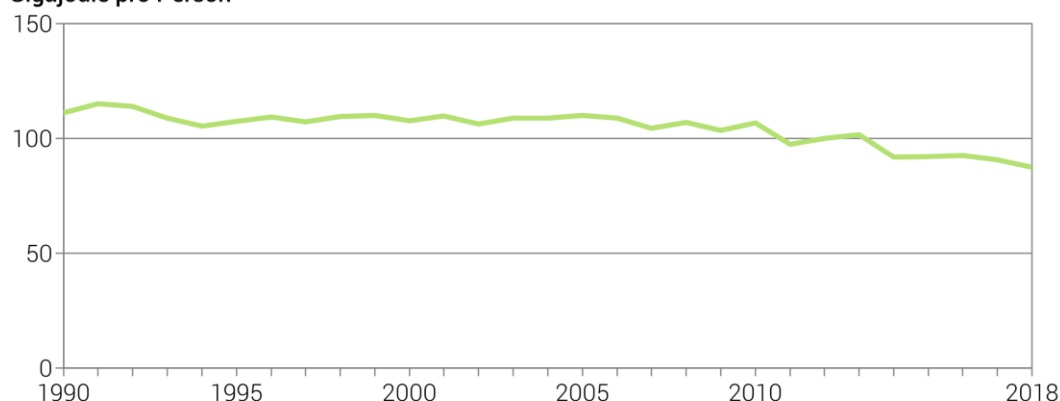
Bedeutung des Indikators: Der Energieverbrauch trägt zur Nutzung natürlicher Ressourcen und damit verbunden zur Umweltbelastung bei. Er wird kurzfristig durch Konjunkturlage und Witterung beeinflusst, längerfristig sind insbesondere Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie technologische und politische Rahmenbedingungen wichtige Einflussfaktoren.

Der Indikator zeigt den durchschnittlichen Energieverbrauch der Schweiz pro Person. Der Endenergieverbrauch beinhaltet dabei die Verbrauchergruppen Haushalte, Industrie, Dienstleistungen und Verkehr.

Quantifizierbares Ziel: *Beim durchschnittlichen Energieverbrauch pro Person und Jahr ist gegenüber dem Stand im Jahr 2000 eine Senkung um 16 Prozent bis zum Jahr 2020 anzustreben.*

Endenergieverbrauch* pro Person

Gigajoule pro Person



* ohne statistische Differenz inkl. Landwirtschaft, ohne int. Flugverkehr sowie ohne Gasverbrauch für den Betrieb der Kompressoren der Transitleitung für Erdgas

Quellen: BFE – Gesamtenergiestatistik; BAFU – Treibhausgasinventar; BFS – STATPOP, ESPOP

© BFS 2019

Kommentar

Der Endenergieverbrauch pro Person ist seit 1990 tendenziell rückläufig. Im Jahr 2018 betrug der Energieverbrauch der Schweizer Bevölkerung gemäss Abgrenzung der Energieperspektiven (vgl. Hinweis unten) 87,4 Gigajoule pro Person. Diese Abnahme folgt daraus, dass die Bevölkerung zwischen 1990 und 2018 um 26,8% gewachsen ist, während der Energieverbrauch im gleichen Zeitraum um 0,2% abgenommen hat. Die jährlichen Schwankungen des Endenergieverbrauchs im zeitlichen Verlauf sind hauptsächlich auf die Witterung zurückzuführen.

In absoluten Zahlen belief sich der Endenergieverbrauch der Schweiz gemäss Gesamtenergiestatistik (vgl. Hinweis unten) im Jahr 2018 auf 830 880 Terajoule. Seiner Entwicklung liegen verbrauchssteigernde Effekte wie beispielsweise Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zugrunde, gleichzeitig wird sie unter anderem durch verbrauchsmildernde technologische Entwicklungen und politische Massnahmen beeinflusst.

Von diesen Faktoren hängt auch die Energieintensität der Schweizer Wirtschaft ab, ausgedrückt durch das Verhältnis von Endenergieverbrauch zu Wirtschaftsleistung. Die Energieintensität hat im Verlauf der Zeit

abgenommen: Im Jahr 1990 wurden für einen Franken des Bruttoinlandprodukts 1,8 Megajoule an Endenergie benötigt, 2018 waren es noch 1,2 Megajoule pro Franken. Die Wirtschaft ist also stärker gewachsen als der Endenergieverbrauch. Die Entwicklung der Energieintensität wird auch durch strukturelle Veränderungen der Wirtschaft beeinflusst.

Die Verbrennung fossiler Treib- und Brennstoffe ist mit Schadstoff- und Treibhausgasemissionen verbunden. Zur Eindämmung der ökologischen Auswirkungen des Energiekonsums können erneuerbare Energien beitragen: Ihr Anteil am Endenergieverbrauch ist seit 1990 angestiegen und betrug im Jahr 2018 23,3%. Zu den erneuerbaren Energien gehören einerseits die klassischen Energieträger Wasserkraft und Holz, andererseits die neuen erneuerbaren Energiequellen Wind, Sonne, Biotreibstoffe, Biogas, Umweltwärme sowie erneuerbare Anteile aus Abfällen und Abwasser.

Hinweis: Gemäss Abgrenzung der Energieperspektiven, welche Basis für die Richtwerte im Energiegesetz bilden, werden vom Endenergieverbrauch die statistische Differenz inklusive Landwirtschaft, der internationale Flugverkehr sowie der Gasverbrauch für den Betrieb der Kompressoren der Transitleitung für Erdgas abgezogen. In der Gesamtenergiestatistik sind diese Komponenten hingegen enthalten.

Methodologie

Der Indikator zeigt den jährlichen Verbrauch an Endenergie pro Person der mittleren ständigen Wohnbevölkerung gemäss Abgrenzung der Energieperspektiven.

Die Daten zum Endenergieverbrauch stammen aus der Gesamtenergiestatistik des Bundesamtes für Energie (BFE). Für die Berechnung des Indikators werden vom Endenergieverbrauch die statistische Differenz inkl. Landwirtschaft, der Gasverbrauch für den Betrieb der Kompressoren der Transitleitung für Erdgas und unter Verwendung des Treibhausgasinventars des BAFU der internationale Flugverkehr abgezogen. Damit folgt der Indikator derselben Abgrenzung wie die im Energiegesetz formulierten Richtwerte.

Für die mittlere ständige Wohnbevölkerung werden die Daten der Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP bis 2009) sowie jene der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP ab 2010) des Bundesamts für Statistik (BFS) verwendet. Diese Statistiken werden jährlich publiziert.

Für die Betrachtung des absoluten Endenergieverbrauchs sowie für die Berechnung der Energieintensität und des Anteils erneuerbarer Energien folgt die Abgrenzung des Endenergieverbrauchs der Gesamtenergiestatistik des BFE: Die statistische Differenz inkl. Landwirtschaft, der internationale Flugverkehr sowie der Gasverbrauch für den Betrieb der Kompressoren der Transitleitung für Erdgas sind darin enthalten.

Endenergie

Unter Endenergie versteht man die vom Konsumenten für einen bestimmten Nutzen eingekaufte bzw. selbst produzierte Energie, wie zum Beispiel Strom für Licht oder Benzin für Autos. Mit der Endenergie wird die letzte Stufe des Handels erfasst. Im Gegensatz zur Bruttoenergie sind hier die Übertragungs- und Verteilverluste, der Eigenverbrauch des Energiesektors, die in den Schweizer Raffinerien erzeugten nicht energetischen Erdölprodukte (Bitumen, Schmiermittel etc.) sowie die Produkte, welche für die Elektrizitäts- und Fernwärmeerzeugung benötigt werden, bereits abgezogen.

Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie

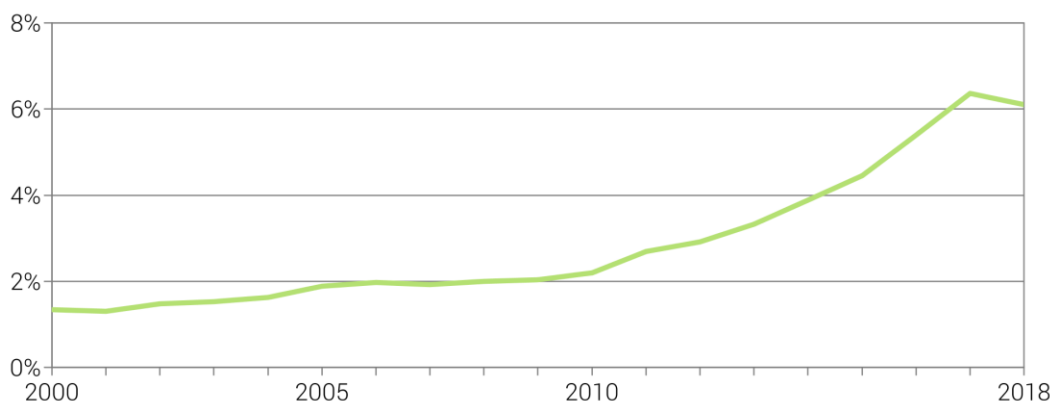
Auszug aus dem Legislaturziel 8: *Natürliche Ressourcen – wie beispielsweise Wasser, Boden, Luft, Wald, erneuerbare und nicht erneuerbare Rohstoffe – sowie auch die biologische und landschaftliche Vielfalt und ein stabiles Klima sind Kernelemente für das menschliche Wohlbefinden und Grundlage für die Wirtschaft. [...] Als Folge des schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie sind der Zubau von Wasserkraft und von neuen erneuerbaren Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden, bei Geräten und im Verkehr nötig.*

Bedeutung des Indikators: Neue erneuerbare Elektrizität ist Strom, welcher mittels Sonnenenergie, Biomasse, Windenergie sowie erneuerbarer Anteile aus Abfällen und Abwasser gewonnen wird. Nicht berücksichtigt wird dabei die Wasserkraft, welche als traditionelle erneuerbare Energiequelle gilt. Erneuerbare Energie steht prinzipiell zeitlich unbegrenzt zur Verfügung. Verglichen mit fossilen Energieträgern oder der Kernenergie entstehen bei der Nutzung von erneuerbaren Energien relativ wenig Emissionen und Abfälle. Die Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbarer Energie kann auch Auswirkungen auf die Umwelt haben (z.B. Beeinflussung des Landschafts- oder Ortsbild). Der Anteil der Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie wird im Verhältnis zur gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion in Prozent dargestellt.

Quantifizierbares Ziel: *Der Anteil der neuen erneuerbaren Energien am Strom-Mix wird deutlich ausgebaut.*

Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie

Anteil an der gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion



Quelle: Bundesamt für Energie

© BFS 2019

Kommentar

Der Anteil der Elektrizität aus neuen erneuerbaren Energien an der Gesamtproduktion von Elektrizität ist seit 2000 insgesamt gestiegen. 2018 wurden 6,1% der gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion aus neuen erneuerbaren Energien gewonnen, was im Vergleich zu anderen Energiequellen ein verhältnismässig kleiner Anteil ist. Zuletzt war bei diesem Anteil ein Rückgang zu verzeichnen, da die gesamte Stromproduktion stärker zugenommen hat als diejenige aus neuen erneuerbaren Energien. Die Elektrizität aus neuen erneuerbaren Energien stammte 2018 überwiegend aus Sonnenenergie, erneuerbaren Anteilen aus Abfall sowie aus Biomasse. Diese drei Energieträger lieferten zusammen rund 94% der Elektrizität aus neuen erneuerbaren Energien, die verbleibenden 6% werden durch Biogase aus Abwasserreinigungsanlagen und aus Wind erzeugt. Bei allen Energieträgern war seit 2000 ein Wachstum zu verzeichnen. Relativ gesehen war dieses am stärksten bei der Sonnenenergie, gefolgt von der Windenergie und Biomasse.

Der grösste Teil an der gesamten Netto-Stromproduktion, d.h. nach Abzug des Verbrauchs der Speicherpumpen, stammt aus Wasserkraft, die nicht zu den neuen erneuerbaren Energien gezählt wird: Im Jahr 2018 betrug ihr Anteil an der Gesamtproduktion 52,6%. Somit wurden in diesem Jahr 58,7% der gesamten Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Der verbleibende Anteil war nicht erneuerbaren Ursprungs und setzte sich zusammen aus Strom von Kernkraftwerken (38,4%) und dem nichterneuerbaren Anteil bei konventionell thermischen Kraft- und Fernheizkraftwerken (2,9%).

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der Elektrizität aus neuen erneuerbaren Energie im Verhältnis zur gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion in Prozent. Zu den neuen erneuerbaren Energieträgern gehören Sonne, Biomasse, Wind sowie erneuerbare Anteile aus Abfällen und Abwasser. Energie aus Wasserkraft, die über die Hälfte der schweizerischen Stromproduktion darstellt, wird nicht zu den neuen erneuerbaren Energien gezählt. Kleinwasserkraftwerke bis 10 MWh werden aber im Rahmen von Programmen zur Förderung erneuerbarer Energien (z.B. die Kostendeckende Einspeisevergütung KEV) ähnlich wie neue erneuerbare Energien unterstützt. Es fehlt momentan eine ausreichende Datengrundlage, um diese zusätzliche Produktion separat ausweisen zu können.

Die Daten des Indikators stammen aus der Schweizerischen Statistik der erneuerbaren Energien sowie aus der Schweizerischen Elektrizitätsstatistik, die beide jährlich vom Bundesamt für Energie (BFE) publiziert werden.

Definitionen

Erneuerbare Energien

Energien, die kontinuierlich oder in Zyklen auf natürliche Weise anfallen, entweder für die Bereitstellung von nutzbarer Energie oder direkt als Endenergie. Zu den erneuerbaren Energien gehören einerseits die klassischen Energieträger Wasserkraft und Holz, andererseits die neuen erneuerbaren Energieträger Wind, Sonne, Biotreibstoffe, Biogas und Umgebungswärme.

Leitlinie 2: Die Schweiz fördert den nationalen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.

Index des standardisierten Steuerertrags nach Ressourcenausgleich

Auszug aus dem Legislaturziel 9: Die Herausforderungen im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung und der kulturellen Vielfalt in der Schweiz sind in den letzten Jahren gewachsen. Angesichts dieser gesellschaftlichen Veränderungen will sich der Bundesrat aktiv für eine Stärkung der nationalen Kohäsion engagieren. Wichtige, zu fördernde Aspekte sind hierbei das gegenseitige Verständnis und die Solidarität der Regionen untereinander. Ein angemessener interkantonaler Lastenausgleich soll gewährleistet und die kantonale Finanzautonomie sowie der Föderalismus gestärkt werden.

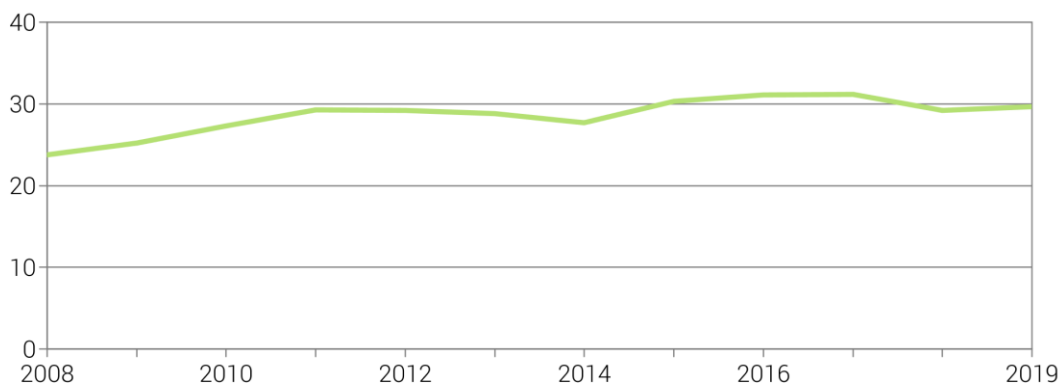
Bedeutung des Indikators: Die geografische Lage, soziodemografische Struktur, verschiedene wirtschaftliche Entwicklungen und weitere Ursachen führen zu Unterschieden hinsichtlich der finanziellen Ressourcen und Lasten der Kantone und Gemeinden. Um die sich dadurch ergebenden Disparitäten in Steuerbelastung und Ausstattung mit öffentlichen Gütern auf ein Mass zu reduzieren, das den sozialen Zusammenhalt und den föderalen Staataufbau nicht gefährdet, wurde ein Finanzausgleichssystem mit Ressourcen- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen entwickelt.

Der Indikator gibt Auskunft über das Ausmass der Ungleichheiten zwischen den Kantonen. Er stellt die Streuung (Standardabweichung) der Indexe der standardisierten Steuererträge (SSE) aller Kantone nach erfolgtem Ressourcenausgleich dar. Eine Zunahme der Streuung bedeutet eine Zunahme der Ungleichheiten zwischen den Kantonen.

Quantifizierbares Ziel: Der Finanzausgleich trägt dazu bei, dass die Ungleichheiten zwischen den Kantonen so gering wie möglich ausfallen.

Index des standardisierten Steuerertrags (SSE)

Standardabweichung der Indexe SSE aller Kantone nach erfolgtem Ressourcenausgleich



Anmerkung: Dem Referenzjahr liegt ein Mittelwert aus drei Bemessungsjahren zugrunde.

Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

© BFS 2019

Kommentar

Zwischen 2008 und 2018 erhöhten sich die Disparitäten zwischen den Kantonen, gemessen an der Standardabweichung der Indexe SSE nach erfolgtem Ressourcenausgleich, von 23,8 auf 29,6. Dies bedeutet, dass die kantonalen Unterschiede in Bezug auf die finanziellen Mittel trotz Finanzausgleich zugenommen haben. Entgegen dieser generellen Tendenz sind die finanziellen Disparitäten zwischen 2011 und 2014 zwischenzeitlich zurückgegangen. Zuletzt war 2019 wiederum eine Zunahme zu verzeichnen.

Ohne Finanzausgleich wären die Unterschiede zwischen den ressourcenschwachen und ressourcenstarken Kantonen noch grösser: Im gesamten Beobachtungszeitraum 2008-2019 konnten die kantonalen Unterschiede zugunsten der ressourcenschwachen Kantone durchschnittlich um 28% verringert werden.

Neben dem Ressourcenausgleich zwischen den Kantonen beinhaltet der Finanzausgleich auch den vom Bund getragenen Lastenausgleich. Der geografisch-topografische Lastenausgleich bemisst sich nach räumlichen Faktoren wie Höhenlage und Siedlungsstruktur, Steilheit des Geländes und der Bevölkerungsdichte. Im Jahr 2019 trugen 18 Kantone überdurchschnittliche Lasten in diesen Bereichen und wurden daher vom Bund unterstützt. Den höchsten Ausgleichsbeitrag verzeichnete der Kanton Graubünden mit 676 Franken pro Einwohner. Dahinter folgen die Kantone Appenzell Innerrhoden (531 Franken), Appenzell Ausserrhoden (359 Franken), Uri (321 Franken) und Wallis (219 Franken).

Der soziodemografische Lastenausgleich kommt denjenigen Kantonen zugute, welche durch ihre Bevölkerungsstruktur oder die Zentrumsfunktion ihrer Kernstädte belastet sind. Mit 276 Franken pro Einwohner wurden dem Kanton Basel-Stadt die höchsten Beträge aus dem soziodemografischen Lastenausgleich zuteil, gefolgt vom Kanton Genf (217 Franken). Die Beiträge für die übrigen zehn Kantone erreichten maximal 94 Franken pro Einwohner.

Methodologie

Der Indikator stellt die Standardabweichung der Indexe der standardisierten Steuererträge (SSE) aller Kantone nach erfolgtem Ressourcenausgleich dar. Der Index SSE eines Kantons entspricht dem SSE eines Kantons pro Kopf nach dem Ausgleich dividiert durch den gesamtschweizerischen SSE pro Kopf vor dem Ausgleich. Der daraus resultierende Quotient wird anschliessend mit 100 multipliziert.

Der Ressourcenausgleich basiert auf dem sogenannten Ressourcenpotenzial der Kantone. Dieses berücksichtigt die fiskalisch ausschöpfbare Wertschöpfung in einem Kanton und widerspiegelt damit seine Wirtschaftskraft. Das Ressourcenpotenzial setzt sich aus den steuerbaren Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen sowie den steuerbaren Gewinnen der juristischen Personen zusammen. Wird das Ressourcenpotenzial pro Kopf ins Verhältnis zum entsprechenden schweizerischen Mittel gesetzt, resultiert daraus der Ressourcenindex. Kantone mit einem Ressourcenindex von über 100 Punkten gelten als ressourcenstark und zahlen in den Ressourcenausgleich ein. Kantone mit einem Ressourcenindex von unter 100 Punkten sind ressourcenschwach und erhalten vom Bund und den ressourcenstarken Kantonen stammende Mittel aus dem Ressourcenausgleich.

Der standardisierte Steuerertrag (SSE) eines Kantons entspricht den Steuereinnahmen, die er erzielen würde, wenn er sein Ressourcenpotenzial mit einem für alle Kantone einheitlichen, proportionalen Steuersatz besteuern würde. Zur Beurteilung der Ausgleichswirkung werden den kantonalen Werten des SSE die Beiträge des Ressourcenausgleichs dazugeschlagen bzw. abgezogen. Daraus lässt sich der Index der SSE nach erfolgtem Ausgleich berechnen.

Der Indikator weist die Referenzjahre aus. Die Berechnung des Index basiert auf einem gleitenden Dreijahresmittelwert der standardisierten Steuererträge (Bemessungsjahre). Das erste Bemessungsjahr liegt gegenüber dem Referenzjahr um sechs, das letzte um vier Jahre zurück. Dem Referenzjahr 2016 liegen somit die Bemessungsjahre 2010-2012 zugrunde.

Der Index des standardisierten Steuerertrags wird jährlich von der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) berechnet und publiziert.

Mehrsprachigkeit der Jugendlichen

Auszug aus dem Legislaturziel 9: *Unter Berücksichtigung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt sollen die Bestrebungen für die Pflege von gemeinsamen Werten fortgesetzt werden. Dabei spielt der fortwährende Dialog eine zentrale Rolle. Der Bundesrat ist darauf bedacht, die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften einerseits und den Austausch zwischen verschiedenen Kulturen und Religionen andererseits zu fördern. Dafür muss der Zugang zu den Landessprachen und zur Kultur gewährleistet sein.*

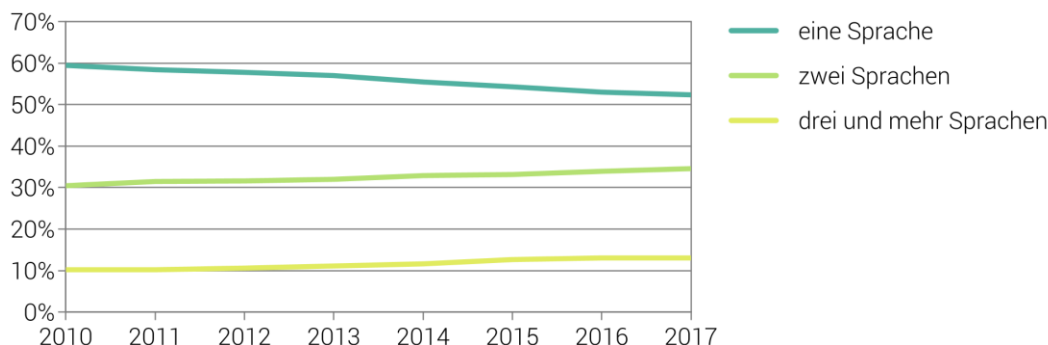
Bedeutung des Indikators: Die Mehrsprachigkeit ist ein Wesensmerkmal der Schweiz. Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sind als Landessprachen in der Bundesverfassung verankert. Die Förderung der Mehrsprachigkeit sowie der Verständigung und des Austausches zwischen den Sprachgemeinschaften sind zentrale Grundsätze der Schweizer Sprachenpolitik. Kenntnisse in mehr als einer Sprache sind wichtig, um die kulturelle Vielfalt zu leben und den inneren Zusammenhalt des Landes zu stärken. Sprachkenntnisse stellen zudem einen wichtigen Teil des Humankapitals für die schweizerische Wirtschaft dar, in der insbesondere die Landessprachen aber auch die englische Sprache eine wichtige Rolle spielen.

Der Indikator zeigt den Anteil der 15- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung, die im Alltag eine, zwei oder mehrere Sprachen spricht. Berücksichtigt werden die Hauptsprachen sowie die zu Hause und bei der Arbeit/an der Ausbildungsstätte gesprochenen Sprachen. Dabei werden auch Sprachen erfasst, die keine Landessprachen sind (z.B. Englisch, Portugiesisch, Albanisch).

Quantifizierbares Ziel: *Die Mehrsprachigkeit ist ein wichtiger Pfeiler der Verständigung zwischen den Kulturen und den Sprachgruppen sowie ein Standortfaktor der Schweizer Wirtschaft. Die Sprachkompetenzen der Bevölkerung, insbesondere der Jugendlichen, nimmt zu. Möglichst viele Auszubildende nehmen zumindest einmal an einem nationalen schulischen Austauschprogramm teil.*

Mehrsprachigkeit der Jugendlichen

Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der ständigen Wohnbevölkerung, welche üblicherweise eine, zwei oder mehrere Sprachen sprechen*



* Hauptsprachen sowie zu Hause, bei der Arbeit/an der Ausbildungsstätte gesprochene Sprachen

Quelle: BFS – Strukturerhebung

© BFS 2019

Kommentar

Der Anteil der 15- bis 24-jährigen Personen, die üblicherweise mehr als eine Sprache sprechen, hat seit 2010 zugenommen. 2017 waren es rund 48%. Rund 35% gaben an, üblicherweise zwei Sprachen und 13% drei und mehr Sprachen zu sprechen. Die restlichen 52% der Jugendlichen sprachen nur eine Sprache. Bei der Betrachtung der gesamten Wohnbevölkerung zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Allerdings lag der Anteil der Personen, die üblicherweise zwei und mehr Sprachen sprechen, mit 41% etwas tiefer als bei den Jugendlichen. Berücksichtigt wurden die Hauptsprachen und die zu Hause mit den Angehörigen sowie am Arbeitsplatz oder Ausbildungsort gesprochenen Sprachen.

Bei den Sprachen, die bei der Arbeit oder in der Ausbildung gesprochen werden, ist die Situation etwas anders. Hier spricht weniger als ein Viertel der Jugendlichen (22% im Jahr 2017) üblicherweise mehr als eine Sprache. Dieser Umstand stellt jedoch die Sprachkompetenzen der Jugendlichen nicht in Frage. Er rührt unter anderem von der Einsprachigkeit bei der Arbeit und in den Ausbildungsstätten her.

Die regelmässige Verwendung der Landessprachen trägt einen wichtigen Teil zum Verständnis zwischen den Sprachregionen bei. 2017 gab mit 14,3% ein Siebtel der Jugendlichen an, üblicherweise mehr als eine Landessprache zu sprechen. Dieser Anteil ist seit 2010 unverändert. In der gesamten Wohnbevölkerung ist eine ähnliche Aufteilung und Entwicklung zu beobachten.

Der Unterschied zwischen den Personen, die regelmässig mehr als eine Sprache sprechen, und denjenigen, die üblicherweise mehr als eine Landessprache sprechen, zeigt die Bedeutung der Einwanderung für die Mehrsprachigkeit der Schweiz.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der 15- bis 24-jährigen ständigen Wohnbevölkerung, die im Alltag eine, zwei, drei oder mehr Sprachen spricht. Für die Berechnung des Indikators werden folgende Fragen aus der Strukturerhebung miteinander kombiniert:

- Welches ist Ihre Hauptsprache, das heisst die Sprache, in der Sie denken und die Sie am besten beherrschen?
- Welche Sprache(n) sprechen Sie üblicherweise zu Hause/mit den Angehörigen?
- Welche Sprache(n) sprechen Sie üblicherweise bei der Arbeit/an der Ausbildungsstätte? (inkl. Arbeitspausen, exkl. die einzelnen Sprachfächer im Unterricht)

Pro Frage können mehrere Sprachen angegeben werden. Berücksichtigt werden alle Sprachen, auch die Nicht-Landessprachen wie zum Beispiel Englisch, Portugiesisch oder Albanisch. Für die Berechnung des Indikators werden die Dialekte mit der Hochsprache gleichgesetzt (z.B. Schweizerdeutsch wird zu Hochdeutsch gezählt).

Die Daten stammen aus der Strukturerhebung, die das Bundesamt für Statistik (BFS) seit 2010 im Rahmen der jährlichen Volkszählung durchführt. Es handelt sich dabei um eine Stichprobenerhebung bei Personen der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, die in einem Privathaushalt leben.

Definitionen

Wohnbevölkerung, ständige

Zur ständigen Wohnbevölkerung zählen seit dem 31.12.2010 alle schweizerischen Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz; ausländische Staatsangehörige mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung für mindestens zwölf Monate (Ausweis B oder C oder EDA-Ausweis [internationale Funktionäre, Diplomaten und deren Familienangehörige]); ausländische Staatsangehörige mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung (Ausweis L) für eine kumulierte Aufenthaltsdauer von mindestens zwölf Monaten; Personen im Asylprozess (Ausweis F oder N) mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens zwölf Monaten.

Sozialhilfequote

Auszug aus dem Legislaturziel 10: *Der Bundesrat setzt sich dafür ein, eine nachhaltige Grundlage für das Zusammenleben zu sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen. [...] Insbesondere sollen die Familien gestärkt und die soziale und wirtschaftliche Armut in der Schweiz bekämpft werden.*

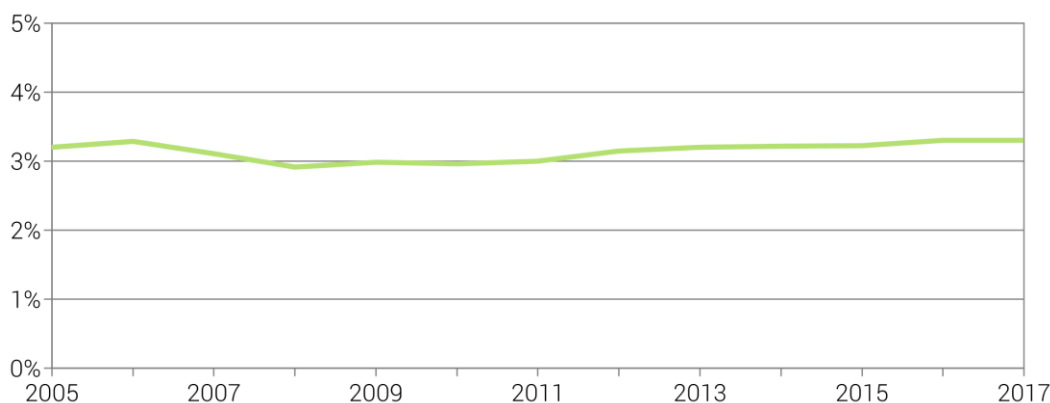
Bedeutung des Indikators: Im System der sozialen Sicherheit der Schweiz bildet die Sozialhilfe das letzte Auffangnetz. Sie greift bei finanzieller Armutssituation ein und sichert mittels bedarfsabhängiger, materieller Unterstützung die Existenz bedürftiger Personen. Darüber hinaus fördert die Sozialhilfe die wirtschaftliche und persönliche Selbständigkeit und unterstützt Bemühungen zur sozialen und beruflichen Reintegration. Die Sozialhilfe leistet somit einen aktiven Beitrag zur Verhinderung von Armut.

Die Sozialhilfequote zeigt den Anteil der Sozialhilfeempfangenden mit mindestens einem Leistungsbezug im jeweiligen Erhebungsjahr an der ständigen Wohnbevölkerung des Vorjahres.

Quantifizierbares Ziel: *Die Armut in der Schweiz nimmt bis Ende 2019 ab.*

Sozialhilfequote

Anteil der Sozialhilfebeziehenden an der ständigen Wohnbevölkerung



Quellen: BFS – Sozialhilfestatistik, ESPOP, STATPOP

© BFS 2019

Kommentar

Nach einem vorübergehenden Rückgang ist die Sozialhilfequote zwischen 2008 und 2017 um 0,4 Prozentpunkte angestiegen. Gut 278 300 Personen (3,3% der ständigen Wohnbevölkerung) wurden 2017 mit Sozialhilfeleistungen unterstützt, was 5100 Personen mehr entspricht als im Vorjahr. Da die Wohnbevölkerung im gleichen Zeitraum ebenfalls gestiegen ist, blieb die Sozialhilfequote gegenüber dem Vorjahr allerdings unverändert.

Die Risikogruppen für Sozialhilfeabhängigkeit haben sich seit 2005 wenig verändert: Kinder, Ausländerinnen und Ausländer, Einelternefamilien und Geschiedene sind nach wie vor einem erhöhten Risiko ausgesetzt. Unter den Personen ausländischer Staatsangehörigkeit lag der Anteil der Sozialhilfebeziehenden 2017 bei 6,3% und hat somit im Vergleich zu 2005 um 0,3 Prozentpunkte abgenommen. Die Sozialhilfequote der Schweizerinnen und Schweizer ist im gleichen Zeitraum um 0,1 Prozentpunkte auf 2,3% angestiegen.

Das Bildungsniveau spielt beim Weg in die Sozialhilfeabhängigkeit eine wichtige Rolle. So sind Personen ohne nachobligatorische Bildung in der Sozialhilfe übervertreten: Der Anteil dieser Personen ist bei den Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger fast dreimal höher als in der gesamten ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren. Sie machten 2017 mit 46,7% die Mehrheit der

Sozialhilfebeziehenden aus, während 45,2% eine Berufsbildung oder die Maturitätsschule absolviert und die restlichen 8,1% einen Abschluss auf Tertiärstufe erlangt haben.

Die Haushaltsquote der Sozialhilfe beschreibt den Anteil der Privathaushalte mit Leistungsbezug an allen Privathaushalten. 2017 bezogen 4,2% der Gesamtheit der Haushalte Sozialhilfe. Über diesem Wert lagen die Quoten bei den Einpersonenhaushalten, bei welchen 5,5% aller Fälle Sozialhilfe bezogen. Bei den Einelternfamilien waren 22,2% der Haushalte auf Beiträge aus der Sozialhilfe angewiesen.

Methodologie

Die Sozialhilfe bildet im System der sozialen Sicherheit das unterste Auffangnetz. Bei der Ermittlung des Bedarfs an Sozialhilfe orientieren sich die Sozialdienste mehrheitlich an den Richtlinien der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

Der Indikator zeigt den Anteil der Personen mit mindestens einem Sozialhilfebezug im jeweiligen Erhebungsjahr an der ständigen Wohnbevölkerung am 31. Dezember des Vorjahres. Seit 2011 wird die Sozialhilfequote ausgehend von der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP) berechnet. Zuvor diente die Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) als Referenzbasis. Die Daten zur Berechnung der Sozialhilfequote werden jährlich vom BFS in der Sozialhilfestatistik, einer Vollerhebung, erhoben und publiziert.

Definitionen

Sozialhilfe

Als letztes Auffangnetz im System der sozialen Sicherheit erstreckt sich die Sozialhilfe auf alle bedarfsabhängigen Unterstützungs-, Beratungs- und Betreuungsleistungen mit dem Zweck der Existenzsicherung, soweit diese Leistungen nicht bereits von einer Sozialversicherung erbracht werden. Darüber hinaus umfasst die Sozialhilfe sämtliche Massnahmen (insbesondere präventive) zur Verhinderung von Armut. Dazu gehören die Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit und der sozialen Reintegration bedürftiger Personen. Das Sozialhilferecht liegt im Kompetenzbereich der Kantone; Bundeskompetenzen bestehen im Asylbereich und bei der Hilfe an Auslandschweizer. Jeder Kanton hat ein eigenes Sozialhilferecht als Grundlage für die gesamte Sozialhilfetätigkeit auf Kantons- und Gemeindeebene. Ein Grossteil dieser Gesetze ist in den 1980er und 90er Jahren revidiert worden; weitere Revisionen sind in Vorbereitung.

Frühzeitige Schulabgänger/innen nach Migrationsstatus

Auszug aus dem Legislaturziel 10: *Wichtige Aspekte für die soziale Kohäsion sind u. a. das Verständnis der verschiedenen Generationen füreinander, [sowie] die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Integration von in der Schweiz wohnhaften Ausländerinnen und Ausländern [...].*

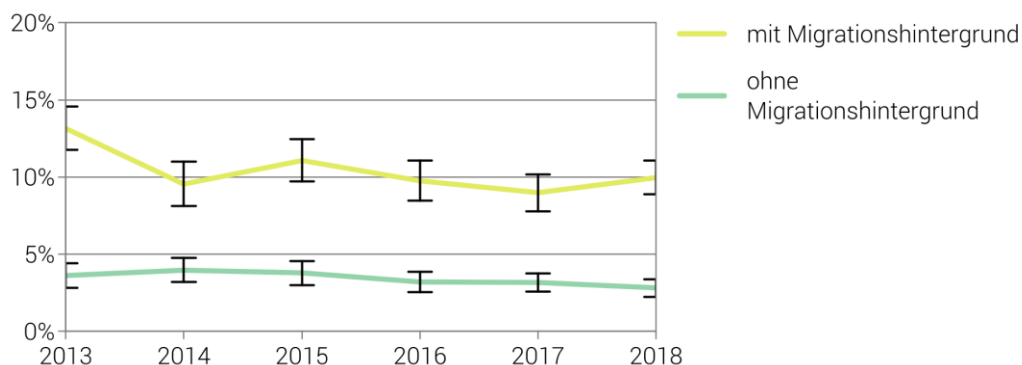
Bedeutung des Indikators: Um den Lebensunterhalt selbständig bestreiten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, ist eine Erwerbsarbeit eine zentrale Voraussetzung. Die Integration in den Arbeitsmarkt wird durch eine fundierte Bildung begünstigt. Der Erwerb eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II trägt massgeblich zur Risikominimierung auf dem Arbeitsmarkt bei. Jugendliche, die ihre Ausbildung frühzeitig abbrechen, stellen eine potentielle Risikogruppe dar, da prekäre Erwerbsarbeit oder Arbeitslosigkeit die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft erschweren.

Der Anteil frühzeitiger Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Migrationsstatus zeigt, wie viele der 18- bis 24-Jährigen gemessen an der gesamten gleichaltrigen Bevölkerung über keinen nachobligatorischen Abschluss verfügen und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Quantifizierbares Ziel: *Der Anteil der frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgänger mit Migrationshintergrund nimmt ab.*

Frühzeitige Schulabgänger/innen nach Migrationsstatus

Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die nicht mehr eingeschult sind und die höchstens über einen Abschluss der obligatorischen Schule verfügen



Quelle: BFS – SAKE

© BFS 2019

Kommentar

Bei der 18- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung unterscheidet sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an den frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgängern (d.h. ohne postobligatorischen Abschluss) von jenem der Personen ohne Migrationshintergrund. 2018 haben 2,8% der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund das Bildungssystem frühzeitig verlassen, bei jenen mit Migrationshintergrund belief sich dieser Anteil auf 10%. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Quote der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund wie auch jene der Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht signifikant verändert.

Wird anstatt des Migrationshintergrunds die Nationalität betrachtet, zeigt sich, dass der Anteil der ausländischen Jugendlichen, welche zu den frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgängern zählen, seit 2013 keine signifikante Veränderung erfahren hat. Der Anteil der schweizerischen Jugendlichen, die das Bildungssystem frühzeitig verlassen, hat sich im gleichen Zeitraum ebenfalls nicht signifikant verändert.

2018 brachen 3,3% der schweizerischen Jugendlichen und 13,7% der ausländischen Jugendlichen ihre Ausbildungskarriere frühzeitig ab.

Ein möglicher Grund, weshalb ausländische Jugendliche häufiger ohne postobligatorischen Abschluss das Bildungssystem verlassen, können Schwierigkeiten beim Übergang von der obligatorischen Schule in die Sekundarstufe II sein. Ausländische Lernende beginnen weniger häufig als Schweizer Lernende direkt nach der obligatorischen Schule eine zertifizierte Ausbildung. Zudem müssen verglichen mit Schweizern mehr als doppelt so viele von ihnen eine Übergangsausbildung in Anspruch nehmen.

Personen ohne postobligatorischen Abschluss wiesen 2018 mit 8,4% eine höhere Erwerbslosenquote auf als Personen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II (4,7%) oder einem Tertiärabschluss (3,5%). Die Erwerbslosenquote für das Total der ständigen Wohnbevölkerung lag bei 4,7%.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil frühzeitiger Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Migrationsstatus. Als frühzeitige Schulabgängerinnen und Schulabgänger werden diejenigen 18- bis 24-jährigen Personen der ständigen Wohnbevölkerung definiert, die über keinen nachobligatorischen Abschluss verfügen und die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen. Der Anteil wird in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund dargestellt.

Für den Indikator wird die "ständige Wohnbevölkerung nach dem für die Integrationsmessung angepassten Migrationsstatus" verwendet:

- Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund umfasst die in der Schweiz oder im Ausland geborenen gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit mindestens einem in der Schweiz geborenen Elternteil sowie die in der Schweiz geborenen eingebürgerten Schweizer Staatsangehörigen, deren Eltern beide in der Schweiz geboren wurden.
- Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund umfasst alle Ausländerinnen und Ausländer (unabhängig von ihrem Generationen-status), die eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer der ersten und zweiten Generation (d.h. die im Ausland Geborenen bzw. die in der Schweiz Geborenen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil) so-wie die gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit zwei im Ausland geborenen Eltern.

Die Werte für die frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger in der Schweiz werden nach einer Definition berechnet, die im Rahmen des OECD-Projekts "Young Adults with Low Levels of Education (YALLE)" entwickelt wurde. Nach dieser Definition entsprechen frühzeitige Schulabgängerinnen und Schulabgänger dem Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die folgende zwei Kriterien erfüllen: Erstens entspricht der höchste erreichte Bildungsabschluss höchstens den ISCED-Stufen 0, 1, 2 oder 3c. Zweitens haben die Befragten angegeben, im Jahr vor der Befragung an keiner formalen Bildung teilgenommen zu haben. Unter formaler Bildung ist das nationale Bildungssystem mit seinem institutionalisierten Schulsystem, dem Berufsbildungssystem und der tertiären Bildung zu verstehen.

Der Anteil der frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ist Teil der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamtes für Statistik und wird jährlich erhoben. Seit 2013 sind die Daten differenziert nach Migrationsstatus verfügbar.

Lohnunterschied nach Geschlecht

Auszug aus dem Legislaturziel 10: *Der Bundesrat will seine Bemühungen hinsichtlich der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, der Sicherstellung der Lohngleichheit und der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verstärken.*

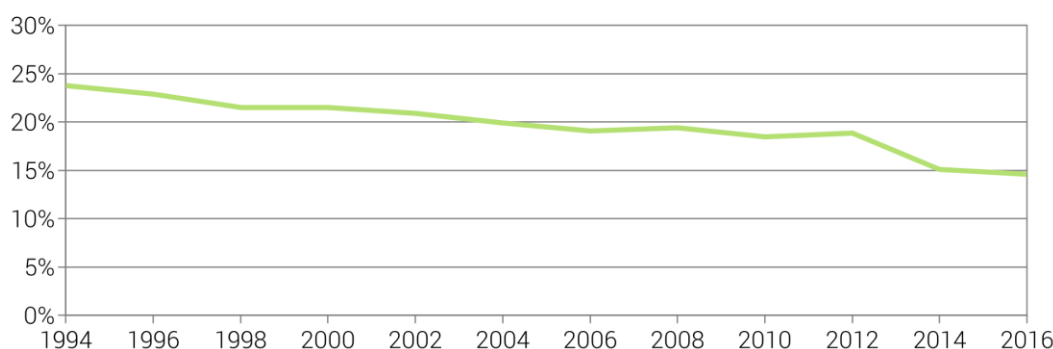
Bedeutung des Indikators: Der Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau verlangt, dass beide Geschlechter den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten. Die Lohnunterschiede nach Geschlecht lassen sich teilweise durch objektive Faktoren wie Ausbildung, berufliche Stellung, Berufserfahrung usw. erklären.

Der Indikator zeigt den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer im privaten Sektor.

Quantifizierbares Ziel: *Mann und Frau erhalten den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.*

Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen

Lohnunterschied* zwischen Männern und Frauen im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer, privater Sektor



* Werte auf Basis des Medianlohns

Quelle: BFS – LSE

© BFS 2019

Kommentar

Der Lohnunterschied nach Geschlecht hat im privaten Sektor seit 1994 abgenommen. Er blieb von 2006 bis 2012 bei rund 19% relativ stabil und hat sich anschliessend wieder verringert: 2016 betrug der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn der Frauen im privaten Sektor 5632 Franken, jener der Männer 6593 Franken. Dies entspricht einer Lohndifferenz von 14,6%.

Im privaten Sektor waren 2016 gemäss einer Studie, basierend auf dem arithmetischen Mittelwert, 42,9% (d.h. 657 Franken pro Monat) des Lohnunterschieds unerklärt.

Die Lohnunterschiede im öffentlichen Sektor sind geringer als jene im privaten Sektor. 2016 betrug der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn der Frauen im gesamten öffentlichen Sektor 7404 Franken, derjenige der Männer 8466 Franken. Dies entspricht einer Differenz von 12,5%.

Im gesamten öffentlichen Sektor (Bund, Kantone und Gemeinden) war 2016 der unerklärte Anteil der Lohnunterschiede, basierend auf dem arithmetischen Mittelwert, zwischen den Geschlechtern kleiner als im privaten Sektor (34,8%, d.h. 522 Franken pro Monat).

Bei gleicher Bildung und gleicher beruflicher Stellung lag der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn im privaten Sektor bei den Frauen tiefer als bei den Männern. Frauen verdienten im Jahr 2016 je nach Bildungsniveau zwischen 8,1% (Lehrerpatent) und 21,5% (universitäre Hochschule) weniger als die Männer. Zudem war der Lohn von Frauen je nach beruflicher Stellung zwischen 11,6% (unterstes Kader) und 20,8% (oberstes, oberes und mittleres Kader) tiefer als jener der Männer. Im privaten Sektor nimmt der Lohnunterschied überdies mit dem Alter zu: 2016 verdienten die 20- bis 29-jährigen Frauen im Durchschnitt 6,9% weniger, die 30- bis 39-jährigen Frauen 8,2% weniger, die 40- bis 49-jährigen Frauen 16,2% weniger als die Männer der gleichen Altersklasse und die 50- bis 64-jährigen Frauen 18,6% weniger als die Männer im Alter von 50 bis 65 Jahren.

Die Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern sind unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass Frauen in Berufen mit tiefen Lohnniveaus überproportional vertreten sind: 2016 war der Anteil weiblicher Arbeitnehmender mit einem tiefen Lohn im privaten und öffentlichen Sektor zusammen (< 4335 Franken) gut zweimal grösser als jener der männlichen Arbeitnehmenden. Männer sind im Gegenzug in Berufen mit hohen Lohnniveaus überproportional vertreten.

Methodologie

Dieser Indikator zeigt den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen (erklärter und unerklärter Anteil) im Verhältnis zum Lohn der Männer im privaten Sektor. Berechnet wird er auf Basis des standardisierten monatlichen Bruttolohns (Median). Datengrundlage ist die schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE), die alle zwei Jahre durchgeführt und vom Bundesamt für Statistik (BFS) publiziert wird.

Die Lohnunterschiede nach Geschlecht lassen sich teilweise durch objektive Faktoren wie Ausbildung, berufliche Stellung, Berufserfahrung usw. erklären. Diejenige Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern, die verbleibt, nachdem diese objektiven erklärenden Faktoren berücksichtigt worden sind, wird unerklärter Anteil genannt. Die Daten zum erklärten und unerklärten Anteil des Lohnunterschieds basieren auf einer Studie, welche von B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung AG (2019) im Auftrag des BFS durchgeführt wurde. Die Berechnung beruht auf dem Oaxaca-Blinder-Modell, bei dem es sich um eine Zerlegung der Lohndifferenz im arithmetischen Mittel handelt. Für die Jahre 1998-2006 wurden die Löhne auf Basis der NOGA 2002 und ab 2008 auf Basis der NOGA 2008 analysiert (NOGA = Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige).

Definitionen

Lohn

Mit dem Lohn wird Arbeit (in Form von Geld oder Naturalleistungen) bezahlt, die eine Person gemäss einem schriftlichen oder mündlichen Vertrag für eine andere Person geleistet hat. Nicht als Lohn gilt somit das Einkommen aus selbständiger, auf eigene Rechnung ausgeübter Tätigkeit. Üblicherweise wird zwischen dem Bruttolohn (vor Abzug der Arbeitnehmerbeiträge an die Sozialversicherungen) und dem Nettolohn (nach Abzug dieser Beiträge) unterschieden.

Monatlicher standardisierter Bruttolohn

Teilzeitstellen werden auf ein Vollzeitäquivalent von 4 1/3 Wochen zu 40 Arbeitsstunden umgerechnet.

Median

Der Median oder Zentralwert teilt die nach Grösse geordneten Beobachtungswerte in zwei gleich grosse Hälften. Die eine Hälfte der Werte liegt über, die andere unter dem Median. Für die Hälfte der Arbeitnehmenden liegt der standardisierte Lohn über, für die andere Hälfte dagegen unter dem ausgewiesenen Median.

Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit

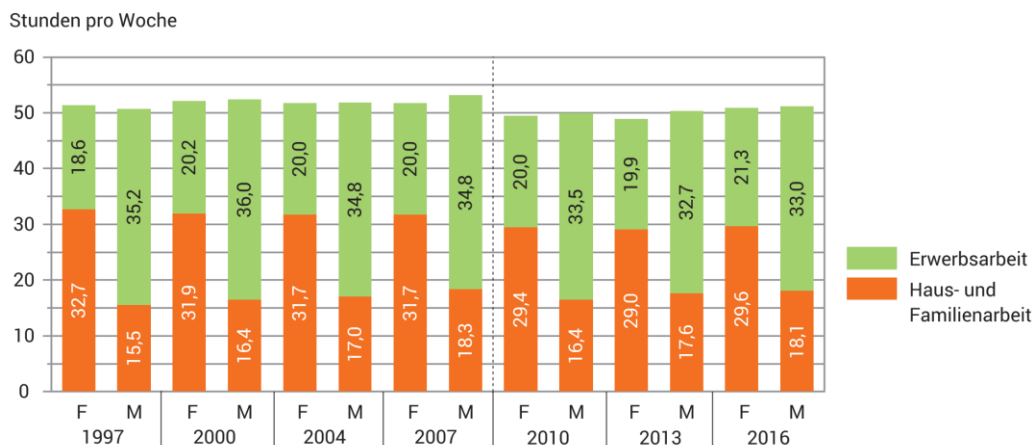
Auszug aus dem Legislaturziel 10: Der Bundesrat will seine Bemühungen hinsichtlich der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, der Sicherstellung der Lohngleichheit und der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verstärken.

Bedeutung des Indikators: Die gleichberechtigte Teilhabe am Berufs- und am Familienleben gehört zu den zentralen Anliegen in der Diskussion um die Gleichstellung der Geschlechter. Um diese Gleichstellung verwirklichen zu können, müssen Männer und Frauen die gleichen Möglichkeiten haben, Berufs- und Privatleben zu vereinbaren. Dies kann unter anderem durch familienfreundliche Bedingungen begünstigt werden, wie familienergänzende Kinderbetreuung oder die Möglichkeit für beide Geschlechter einer wirtschaftlich tragfähigen und steuerlich attraktiven Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Neben diesen objektiven Faktoren können die Unterschiede bei der Aufteilung zwischen bezahlter Arbeit und Hausarbeit auch auf individuelle Entscheide zurückgehen.

Der Indikator zeigt den Zeitaufwand für Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit in Stunden pro Woche nach Geschlecht.

Quantifizierbares Ziel: Die Belastung durch Erwerbsarbeit und Familienarbeit ist ausgeglichener auf die Geschlechter verteilt.

Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit Personen im erwerbsfähigen Alter



2010: Revision der SAKE

Quelle: BFS - SAKE: Modul Unbezahlte Arbeit

© BFS 2017

Kommentar

Männer und Frauen arbeiten in etwa gleich viel, insgesamt rund 50 Stunden pro Woche. 2016 investierten die 15- bis 64-jährigen Frauen mehr Zeit in die Haus- und Familienarbeit (29,6 Stunden pro Woche) als die gleichaltrigen Männer (18,1 Stunden pro Woche). Bei der bezahlten Arbeit ist die Situation umgekehrt: 2016 arbeiteten die Frauen 21,3 Stunden und die Männer 33 Stunden die Woche. Seit 1997 hat sich die generelle Verteilung der Arbeitsbelastung nach Geschlecht wenig verändert. Entwicklungen über die ganze Zeitspanne sind aufgrund einer Revision der SAKE im Jahr 2010 mit Vorsicht zu interpretieren.

In Paarhaushalten mit Kindern reduziert die Frau häufig ihr Erwerbspensum oder verzichtet (vorübergehend) ganz auf eine Erwerbstätigkeit. Am häufigsten wird ein Modell mit vollzeiterwerbstätigem Vater und teilzeiterwerbstätiger Mutter gewählt: Jeder zweite Paarhaushalt mit jüngstem Kind unter 3 Jahren und rund sechs von zehn Paarhaushalten mit jüngstem Kind zwischen 4 und 12 Jahren wählten im Jahr 2018 dieses Modell. Nur in 6,2% der Paarhaushalte (mit oder ohne Kinder) waren beide Partner teilzeiterwerbstätig.

In rund drei Vierteln der Paarhaushalte mit Kindern unter 12 Jahren lag 2013 die Hauptverantwortung für die Hausarbeit bei der Frau. Die alleinige Verantwortung der Partnerin für die Hausarbeit hat in allen Paarhaushalten, auch in solchen ohne Kinder, zugunsten der gemeinsamen Verantwortung abgenommen.

Zum jährlichen Arbeitseinkommen eines Paarhaushalts trugen die Frauen 2017 im Durchschnitt einen Drittel und die Männer knapp zwei Drittel bei. Je nach Familiensituation war dieser Unterschied mehr oder weniger stark ausgeprägt: Während bei Paaren ohne weitere Haushaltsmitglieder die Frau 40,6% des gesamten Arbeitseinkommens einbrachte, waren es bei Paaren mit Kindern 26,4%. Der Prozentsatz ist umso geringer, je mehr Kinder im Haushalt leben.

Methodologie

Dieser Indikator zeigt den durchschnittlichen Aufwand pro Woche für Haus- und Familienarbeit (ohne Freiwilligenarbeit) und Erwerbsarbeit von Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter (1997-2007: Zwischen 15 und 63 Jahren bei den Frauen und zwischen 15 und 64 Jahren bei den Männern; ab 2010: Zwischen 15 und 64 Jahren bei Frauen und Männern). Die Daten werden alle drei bis vier Jahre im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Modul «Unbezahlte Arbeit», erhoben und veröffentlicht. Eine Revision der Erhebung 2010 hat zu einem Bruch in der Zeitreihe geführt.

Definitionen

Haus- und Familienarbeit

Unbezahlte Arbeiten innerhalb des eigenen Haushalts wie Zubereiten von Mahlzeiten, Abwaschen, Putzen, Einkaufen, Waschen, handwerkliche Tätigkeiten, Tier- und Pflanzenpflege, administrative Arbeiten für den Haushalt, Kinderbetreuung und Betreuung pflegebedürftiger Erwachsener im Haushalt.

Öffentliche Entwicklungshilfe

Auszug aus dem Legislaturziel 11: *Durch die internationale Zusammenarbeit soll die Schweiz weiterhin einen Beitrag zur Reduktion von Armut leisten, sich für Frieden und Sicherheit engagieren, globale Risiken mindern sowie den Zugang ärmerer Bevölkerungsschichten zu Ressourcen und Dienstleistungen verbessern.*

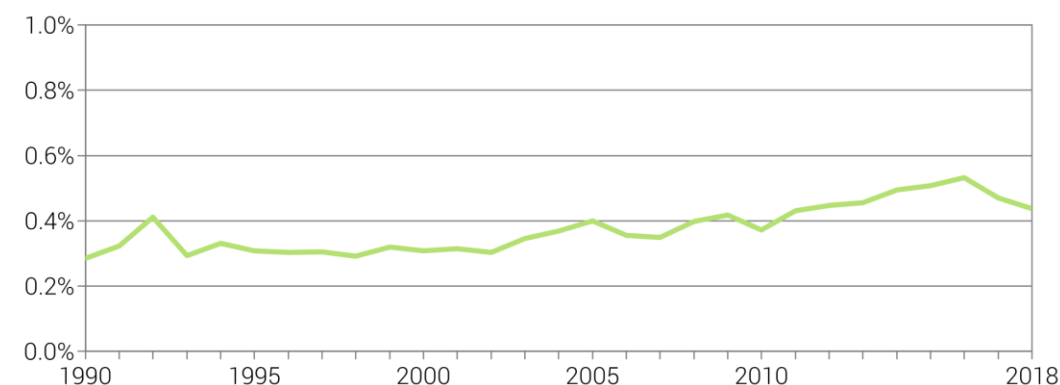
Bedeutung des Indikators: Die Armutsreduktion ist für die Entwicklungszusammenarbeit weltweit eine der wichtigsten Aufgaben. Als stark globalisiertes Land ist für die Schweiz eine stabile und prosperierende Welt wichtig. Zudem liegt es im Interesse der Schweiz, zur Lösung von globalen Problemen wie Klimawandel, Wasserknappheit und unkontrollierter Migration sowie zur Wirtschaftsstabilität beizutragen.

Der Indikator zeigt, wie viel Geld die Schweiz für die internationale Entwicklungszusammenarbeit ausgibt. Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) umfasst alle Geldflüsse, die Entwicklungsländern und internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe zugesprochen werden. Die Hilfeleistungen werden dabei ins Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) der Schweiz gesetzt. Der Indikator erlaubt keine Aussage zur Wirksamkeit der getätigten Ausgaben und bezieht das Engagement der Nichtregierungsorganisationen (Eigenmittel der privaten Hilfswerke) und der Privatwirtschaft (zum Beispiel in Form von Direktinvestitionen) nicht mit ein.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz erreicht 2015 voraussichtlich eine APD-Quote von leicht über 0,5 Prozent des BNE. Sie strebt trotz Sparmassnahmen weiterhin eine APD-Quote von 0,5 Prozent des BNE an.*

Öffentliche Entwicklungshilfe

Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen



2017 und 2018: provisorisch

Quellen: DEZA; BFS, SECO – VGR

© BFS 2019

Kommentar

Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) am Bruttonationaleinkommen stagnierte während der 1990er-Jahre (Ausnahme 1992: Ausserordentliche Entschuldungsmassnahmen im Rahmen des Jubiläums 700 Jahre Eidgenossenschaft und Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen) und ist Anfang der 2000er-Jahre bis 2016 graduell gestiegen. 2018 betrug die Quote der öffentlichen Entwicklungshilfe 0,44%. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Quote gesunken (2017: 0,47%), da gegenüber 2017 das Bruttonationaleinkommen zugenommen hat, während das APD-Volumen zurückgegangen ist. Diese Abnahme ist hauptsächlich auf die gesunkenen Asylkosten zurückzuführen, welche der APD angerechnet werden. Die Quote der öffentlichen Entwicklungshilfe ohne Berücksichtigung der Asylkosten ist zwischen 2017 und 2018 von 0,42% auf 0,40% gesunken. Dieser Rückgang der APD in absoluten Zahlen ist auf die Reduktion der Zahlungskredite für die internationale Zusammenarbeit zurückzuführen.

Seit 1990 bewegte sich der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder, den sogenannten Least Developed Countries, um 0,1% des Bruttonationaleinkommens. 2017 betrug er 0,13%.

Im internationalen Vergleich befindet sich die Schweiz unter den zehn Ländern des Entwicklungshilfesausschusses der OECD (DAC) mit den höchsten Beiträgen für die öffentliche Entwicklungshilfe im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen. 2018 belegten Schweden (1,04%), Luxemburg (0,98%) und Norwegen (0,94%) die ersten Ränge dieser Klassifizierung.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen zu Marktpreisen. Als Bezugsgrösse wird anstelle des Bruttoinlandsprodukts das Bruttonationaleinkommen verwendet, um internationale Vergleiche zu ermöglichen.

Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz umfasst im Wesentlichen die Ausgaben der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), der zwei Bundesstellen, die mit der Ausführung des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe beauftragt sind. Weitere Bundesämter sowie 24 Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich ebenfalls an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Das Bruttonationaleinkommen (BNE) wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet. Der Indikator wird jährlich von der DEZA publiziert.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde 2014 gemäss dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) revidiert. Aufgrund dieser Revision wurde die ganze Zeitreihe des Indikators neu berechnet. Die Werte des Indikators bis und mit dem Jahr 2012 sind im Durchschnitt um 0,02% tiefer, da die Revision einen Anstieg des BNE zur Folge hatte. Der Entwicklungshilfesausschuss der OECD (DAC) hat entschieden, dass die Zahlen der Vergangenheit nicht angepasst werden. Die DEZA hat deshalb die Zeitreihe nicht vollständig zurückgerechnet. Bis und mit dem Jahr 2012 verwendet die DEZA das BNE gemäss ESGV 1995 und ab 2013 jenes gemäss ESGV 2010. Die hier vom BFS publizierten Daten für die Jahre 1990-2012 weichen daher leicht von jenen der DEZA ab.

Definitionen

Bruttonationaleinkommen

Das Bruttonationaleinkommen (BNE) setzt sich aus den Primäreinkommen (Einkommen aus Arbeit und Kapital) zusammen, welche die gebietsansässigen Einheiten erhalten. Das BNE entspricht der Summe des BIP und des Saldos der vom Ausland erhaltenen und ans Ausland bezahlten Primäreinkommen.

Entwicklungshilfe

Die OECD definiert die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) als Leistungen, die 1. von öffentlichen Organen (Bund, Kantone, Gemeinden) stammen; 2. vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Empfängerländer abzielen, 3. zu Vorzugskonditionen gewährt werden (Schenkungen und Darlehen zu günstigen Konditionen); 4. bestimmt sind für Entwicklungsländer und -regionen sowie multilaterale Organisationen, die auf der OECD-Liste aufgeführt sind. Bilaterale Hilfe ist die Hilfe von einem Partner zu einem anderen, unabhängig davon, ob der Geber oder Empfänger ein Staat, eine national oder international koordinierte Gruppe von Hilfswerken ist. Mit multilaterale Hilfe sind die gemeinsamen Anstrengungen internationaler Institutionen wie der Weltbank oder der UNO zugunsten eines oder mehrerer Staaten gemeint. Die private Entwicklungshilfe in der Schweiz besteht aus Spenden schweizerischer Hilfswerke und anderer gemeinnütziger Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen für Projekte und Programme in Entwicklungsländern.

Anzahl Sitzungen internationaler Organisationen in Genf

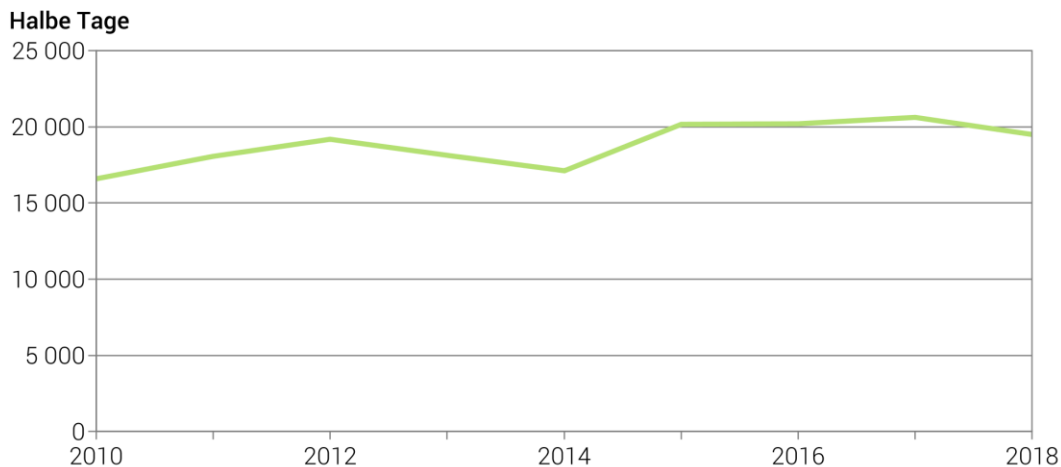
Auszug aus dem Legislaturziel 11: *Die Schweiz verfügt über eine gute Stellung im internationalen Umfeld. Dabei spielt ihre Rolle als Gastland zahlreicher internationaler Organisationen eine zentrale Rolle. Der Bundesrat ist bestrebt, die Position des internationalen Genf zu festigen und den Beitrag der Schweiz zur Konsolidierung multilateraler Regelwerke auszubauen.*

Bedeutung des Indikators: Die Schweiz empfängt internationale Organisationen und Konferenzen seit über 150 Jahren. Die Rolle der Schweiz als Gaststaat ist in der humanitären Tradition und der Geschichte der guten Dienste der Schweiz fest verankert. Der Hauptteil dieser Aktivitäten konzentriert sich auf Genf, das sich als internationales Kompetenzzentrum im Bereich der Zusammenarbeit und als Zentrum der multilateralen Diplomatie etabliert hat. Das internationale Genf spielt eine zentrale Rolle für die Wahrnehmung der Schweiz in der Welt und bietet dem Land gleichzeitig eine wichtige Plattform, um seine Interessen und Werte in seiner Aussenpolitik zu fördern.

Der Indikator zeigt die Anzahl halbtägiger Sitzungen, welche im Rahmen von Konferenzen der internationalen Organisationen in Genf während einem Jahr abgehalten werden. Er erlaubt Aussagen über das Ausmass der Konferenztätigkeit, welche sich aus den regelmässig stattfindenden Konferenzen und dem internationalen Tagesgeschehen ergibt. Der Indikator gibt weder Auskunft über die Anzahl teilnehmender Länder, noch über die Wichtigkeit der behandelten Themen während dieser Sitzungen.

Quantifizierbares Ziel: *Der internationale Standort Genf bleibt attraktiv für internationale Organisationen, und die Anzahl internationaler Konferenzen nimmt zu.*

Sitzungen internationaler Organisationen in Genf



Quelle: Statistisches Amt des Kantons Genf

© BFS 2019

Kommentar

Die internationalen Organisationen in Genf laden jährlich zu zahlreichen Sitzungen ein: Zwischen 2010 und 2012 ist die Anzahl halbtägiger Sitzungen von 16 595 auf 19 197 gestiegen und anschliessend wieder gesunken. Seit 2014 ist insgesamt wieder eine Zunahme zu verzeichnen: 2018 wurden 19 512 halbtägige Sitzungen internationaler Organisationen in Genf abgehalten. Diese Sitzungen fanden im Rahmen der gut 3200 internationalen Konferenzen statt, an denen über 207 000 Delegierte und Fachpersonen teilgenommen haben.

In Genf waren 2019 insgesamt 36 internationale Organisationen mit über 18 500 permanenten Funktionären vertreten.

Nicht nur internationale Organisationen, die über ein Abkommen mit der Schweiz verfügen, sondern auch internationale Nichtregierungsorganisationen sind in Genf präsent: Im Jahr 2019 unterhielten in Genf 420 Nichtregierungsorganisationen eine Vertretung, 200 davon mit mindestens einer Arbeitsstelle.

Die internationale Ausrichtung Genfs zeigt sich neben der Vertretung internationaler Organisationen und internationaler Nichtregierungsorganisationen auch durch die Präsenz der Staaten. Insgesamt gibt es in Genf 260 Missionen, Vertretungen und Delegationen. Der Grossteil davon entfällt auf die ständigen Missionen der Staaten, die beim Büro der Vereinten Nationen angesiedelt sind. Hinzu kommen separate Missionen oder Vertretungen einiger Staaten bei der Welthandelsorganisation und der Abrüstungskonferenz sowie ständige Delegationen internationaler Organisationen.

Der Bund engagiert sich finanziell für das internationale Genf im Rahmen seiner Gaststaatspolitik: 2018 stellte er finanzielle Mittel im Umfang von 22 Millionen Franken zur Verfügung. Dieses Geld kam den in Genf vertretenen Organisationen zugute und wurde zu 60% für Konferenzen, Kandidaturen, Studien und Weiteres verwendet. Der restliche Betrag floss in Betrieb und Unterhalt der lokalen Infrastruktur.

Methodologie

Die Konferenztätigkeit der internationalen Organisationen wird mittels der Anzahl Sitzungen erfasst, welche während eines Jahres in Genf abgehalten werden. Die Sitzungen werden in halben Tagen gemessen, d.h. eine ganztägige Konferenz wird als zwei halbtägige Sitzungen ausgewiesen. Dabei werden nur Sitzungen mit mindestens 10 Teilnehmerinnen und Teilnehmern berücksichtigt, an denen Delegierte eines Landes oder Experten vertreten sind. Die Konferenztätigkeit wird für jene internationalen Organisationen mit Sitz in Genf erfasst, welche über eines der folgenden Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft verfügen: Sitzabkommen, Steuerabkommen oder ein Abkommen über Privilegien und Immunität.

Für die Konferenztätigkeiten der internationalen Organisationen in Genf existieren auch Daten für die Jahre 1977 bis 2009. Da mit Inkrafttreten des neuen Gaststaatgesetzes eine neue Klassifizierung der internationalen Organisationen angewendet wird, sind die Daten nach 2010 nur bedingt mit jenen vor 2009 vergleichbar und werden daher in der Grafik nicht abgebildet. Die Daten zur Konferenztätigkeit von 2010 bis 2015 umfassen 29 internationale Organisationen. Für das Jahr 2016 sind 33 internationale Organisationen, für 2017 deren 34 und für 2018 deren 36 im Indikator enthalten.

Die Konferenztätigkeit der internationalen Organisationen in Genf wird vom statistischen Amt des Kantons Genf (OCSTAT) jährlich erhoben und publiziert.

Leitlinie 3: Die Schweiz sorgt für Sicherheit und agiert als verlässliche Partnerin in der Welt.

Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit in Prozenten des BIP

Auszug aus dem Legislaturziel 12: Die Veränderungen der demografischen Struktur der Gesellschaft lösen einen vielfältigen Gestaltungs- und Anpassungsbedarf in der sozialen Sicherheit aus. Diese Veränderungen betreffen auch den Generationenvertrag. Der Bundesrat will sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung der Sozialversicherungen nachhaltig gesichert wird und die Solidarität zwischen den Generationen bewahrt bleibt.

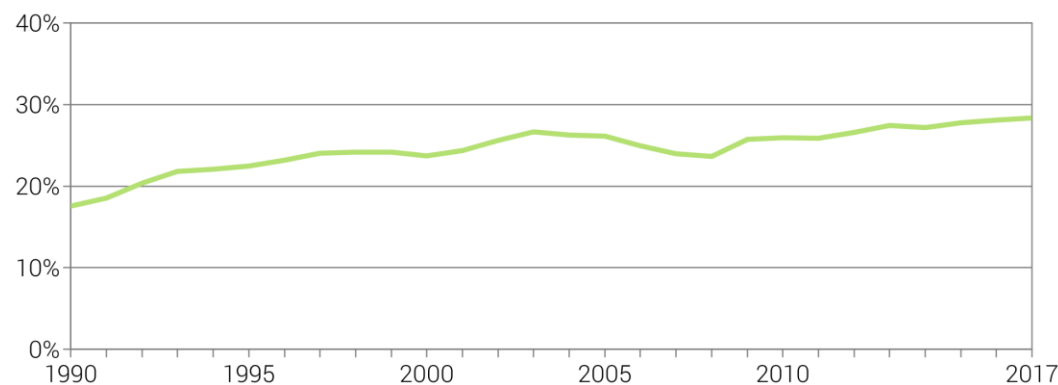
Bedeutung des Indikators: Das System der sozialen Sicherheit schützt die Haushalte und Einzelpersonen vor den wichtigsten Risiken und sichert deren Existenz. Es umfasst die Leistungen aller Sozialversicherungen wie beispielsweise der AHV, IV und ALV, aber auch weitere bedarfsabhängige Sozialleistungen wie Ergänzungsleistungen, Pflege-, Familien- und Wohnbeihilfen sowie die Sozialhilfe. Das System der sozialen Sicherheit steht aufgrund der demographischen Entwicklung, des steten Wandels von Lebens- und Erwerbsformen, der Wirtschaftsentwicklung und des technischen Fortschritts laufend vor neuen Herausforderungen.

Der Indikator zeigt die Gesamtausgaben von öffentlichen und privaten Institutionen für die soziale Sicherheit in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Die Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit bestehen aus den Sozialleistungen, Verwaltungskosten und übrigen Ausgaben.

Quantifizierbares Ziel: Die Finanzierung der Sozialversicherungen wird während der Legislaturperiode 2015–2019 nachhaltig gesichert.

Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit

In Prozenten des Bruttoinlandprodukts



2017: provisorisch

Quelle: BFS – GRSS

© BFS 2019

Kommentar

Die Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) haben seit 1990 um 10,8 Prozentpunkte zugenommen. Zwischen 1990 und 2003 stiegen sie von 17,5% auf 26,7% an und bewegten sich bis 2012 zwischen 24% und 27%. Nach einem erneuten Anstieg erreichten sie 2017 mit 28,3% einen neuen Höchstwert. Absolut gesehen beliefen sich die Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit 2017 auf rund 190 Milliarden Franken. 92,2% davon wurden als Sozialleistungen ausbezahlt, die weiteren Ausgaben entfielen auf Verwaltungskosten und Übriges.

Im internationalen Vergleich lagen 2016 die schweizerischen Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit in Prozenten des BIP (28,1%) knapp unter dem EU28-Durchschnitt (28,2%).

Eine gesonderte Betrachtung der Gesamtausgaben der Sozialversicherungen zeigt, dass diese tiefer liegen als die Gesamtausgaben der sozialen Sicherheit. Der Grund dafür liegt im enger gefassten Ansatz der Gesamtausgaben der Sozialversicherungen: Sozialleistungen der öffentlichen Hand, wie die Sozialhilfe oder die Subventionierung des Gesundheitswesens, sind darin nicht enthalten.

Die Gesamtausgaben für die Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt folgen einem ähnlichen Verlauf wie jene für die soziale Sicherheit. Sie sind zwischen 1990 und 2004 tendenziell angestiegen und haben anschliessend wieder abgenommen. Seit 2009 ist wieder eine Zunahme zu verzeichnen: Im Jahr 2017 beliefen sich die Gesamtausgaben für die Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt auf 24,2%. Rund sieben Achtel davon entfielen auf Sozialleistungen, der Rest auf Verwaltungskosten und Übriges.

Die Einnahmen der Sozialversicherungen lagen jeweils über den Gesamtausgaben: Daraus resultierte 2017 ein Ergebnis von gut 20 Milliarden Franken. Die Einnahmen der Sozialversicherungen bestehen aus den Beiträgen der Versicherten und Arbeitgebern, den Beiträgen der öffentlichen Hand sowie dem laufenden Kapitalertrag und den übrigen Einnahmen.

Methodologie

Die Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit (GRSS) umfasst alle Eingriffe öffentlicher oder privater Institutionen, welche private Haushalte oder Einzelpersonen vor sozialen Risiken schützen und deren Bedürfnisse abdecken. Die Eingriffe genügen dabei dem Kriterium der sozialen Solidarität, das heisst sie bewirken einen gewissen Umverteilungseffekt oder sind aufgrund eines Gesetzes oder einer kollektiven Vereinbarung obligatorisch. Nicht berücksichtigt werden Leistungen, die eine gleichwertige Gegenleistung voraussetzen oder im Rahmen von individuellen Vereinbarungen erfolgen. Andere Komponenten der Schweizerischen Sozialpolitik, wie die Steuerabzüge, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Der Indikator zeigt die Gesamtausgaben von öffentlichen und privaten Institutionen für die soziale Sicherheit in Prozenten des Bruttoinlandprodukts (BIP). Die Ausgaben beinhalten neben den Sozialleistungen der Sozialversicherungen des Staates, der Arbeitgeber sowie der nicht gewinnorientierten Organisationen auch die Verwaltungskosten, die Passivzinsen und übrige administrative Ausgaben. Die Sozialleistungen messen die eigentliche Höhe der (Brutto-) Transfers, welche Haushalte und Einzelpersonen entlasten.

Die Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit stammen aus der Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit (GRSS), welche das BFS jährlich publiziert. Die Methode der GRSS basiert auf dem Europäischen System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

Das Bundesamt für Sozialversicherungen veröffentlicht mit der Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV) eine Statistik, welche lediglich die Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungszweige AHV, IV, EL, KV, UV, ALV, EO und FZ umfasst.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Soziale Sicherheit

Das System der sozialen Sicherheit umfasst die Gesamtheit der Massnahmen öffentlicher oder privater Institutionen mit dem Ziel, Personen oder Haushalte vor sozialen Risiken zu schützen und deren Existenz zu sichern. Nicht unter diesen Begriff fallen Leistungen aufgrund von individuellen Vereinbarungen und solche, die eine gleichwertige Gegenleistung voraussetzen.

Umlageergebnis der AHV

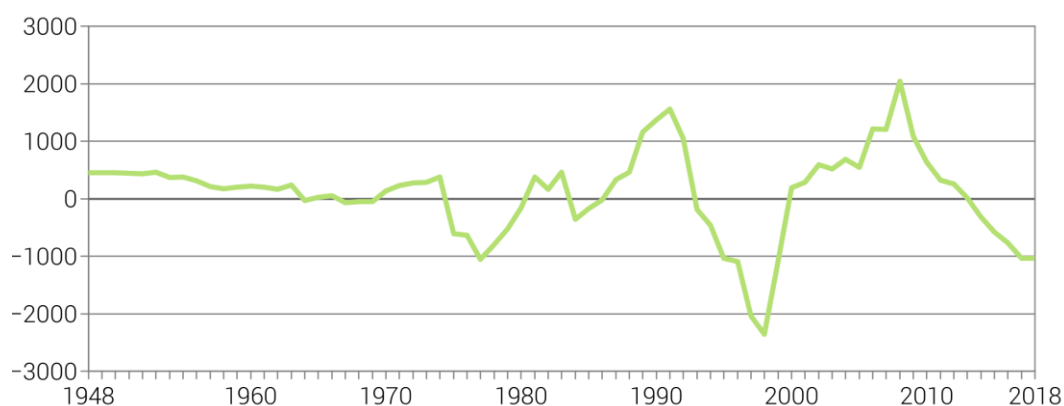
Auszug aus dem Legislaturziel 12: Die Veränderungen der demografischen Struktur der Gesellschaft lösen einen vielfältigen Gestaltungs- und Anpassungsbedarf in der sozialen Sicherheit aus. Diese Veränderungen betreffen auch den Generationenvertrag. Der Bundesrat will sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung der Sozialversicherungen nachhaltig gesichert wird und die Solidarität zwischen den Generationen bewahrt bleibt.

Bedeutung des Indikators: Für die langfristige und nachhaltige finanzielle Sicherung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist ein positives Umlageergebnis eine wichtige Voraussetzung. Das Umlageergebnis der AHV zeigt, ob die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Es ist weitgehend unabhängig von der Zinsentwicklung, da in den Einnahmen weder die Kapitalwertänderungen noch die laufenden Kapitalerträge enthalten sind.

Quantifizierbares Ziel: Die Finanzierung der Sozialversicherungen wird während der Legislaturperiode 2015–2019 nachhaltig gesichert.

Umlageergebnis der AHV

In Millionen Franken, zu laufenden Preisen



Quelle: BSV – Schweizerische Sozialversicherungsstatistik

© BFS 2019

Kommentar

Das Umlageergebnis der AHV, das heisst die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen, blieb zwischen 1948 und Anfang der 1970er Jahre relativ stabil und schwankte anschliessend. Die AHV gab insbesondere in der zweiten Hälfte der 1970er Jahren sowie zwischen 1993 und 1999 mehr aus als sie eingenommen hat. 2014 schloss die AHV erstmals seit 1999 wieder mit einem negativen Umlageergebnis ab. 2018 wies sie wie bereits in den vier Jahren davor ein negatives Umlageergebnis aus: Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um 1039 Millionen Franken. Insgesamt stand 2018 ein Einnahmenwachstum von 1,8% einem Ausgabenwachstum in gleicher Höhe gegenüber. Die Finanzreserve der AHV, der Ausgleichsfonds, lag 2018 erstmals tiefer als die Ausgaben eines Jahres.

Im Umlageergebnis nicht enthalten ist das Anlageergebnis der AHV, das sich aus Kapitalwertänderungen und laufenden Kapitalerträgen zusammensetzt. Werden diese Positionen bei den Einnahmen berücksichtigt und den Ausgaben gegenübergestellt, resultiert daraus das Betriebsergebnis. Das negative Anlageergebnis von -1,2 Milliarden Franken hatte 2018 ein negatives Betriebsergebnis von -2220 Millionen Franken zur Folge.

Die finanziellen Perspektiven der AHV hängen auch von der demografischen Struktur der Schweizer Bevölkerung ab: Der AHV-Altersquotient drückt das Verhältnis von Rentnerinnen und Rentnern zur

Bevölkerung im Alter zwischen 20 Jahren und Erreichen des Rentenalters aus. Im Jahr 2018 betrug dieser Quotient 31,2%. Das bedeutet, dass die Wohnbevölkerung der Schweiz pro Rentnerin oder Rentner etwa drei Personen im erwerbsfähigen Alter aufweist. Der AHV-Altersquotient hat seit 1970 um mehr als 7 Prozentpunkte zugenommen. Diese Zunahme erklärt sich unter anderem durch die gestiegene Lebenserwartung.

Methodologie

Im Dreisäulenprinzip der Altersvorsorge bilden AHV und IV zusammen die erste bzw. staatliche Säule. Die Rentenleistungen dieser beiden Versicherungen sollen den Existenzbedarf sichern. Die erste Säule wird durch die Pensionskasse, die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ergänzt, welche die Fortsetzung der gewohnten Lebensführung ermöglichen soll. Die dritte Säule, die Selbstvorsorge zur Deckung weiterer Bedürfnisse, ist freiwillig, aber im Unterschied zum gewöhnlichen Sparen teilweise steuerlich begünstigt.

Das Umlageergebnis ist die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben der AHV. Die Einnahmen zur Berechnung des Umlageergebnisses enthalten weder den laufenden Kapitalertrag noch die Kapitalwertänderungen (Börsengewinne/-verluste) und sind daher unabhängig vom Finanzmarktgeschehen. Berücksichtigt werden also nur die Einnahmen aus dem «Versicherungsgeschäft» der AHV. Das sind im Wesentlichen die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber sowie die Beträge des Bundes (Anteil an den AHV-Ausgaben, Erträge aus Spielbankenabgaben und Mehrwertsteueranteil zugunsten der AHV). Die Ausgaben umfassen die Sozialleistungen und die Verwaltungs- und Durchführungskosten.

Das Umlageergebnis der AHV wird im Jahresbericht des Ausgleichsfonds AHV/IV/EO ausgewiesen und in der Schweizerischen Sozialversicherungsstatistik des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) publiziert. Der Indikator wird jährlich erhoben.

Definitionen

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Die AHV wurde 1948 als obligatorische Versicherung zur Altersvorsorge eingeführt und ist seither mehrmals ausgebaut worden. Neben den Altersrenten werden auch Leistungen für Witwen und Witwer sowie Waisen gewährt. Zweck der AHV ist die Sicherung des Grundbedarfs im Alter und bei Tod des Versorgers. Zudem werden auch Hilfenentschädigungen ausgerichtet. Die ordentliche AHV-Rente berechnet sich nach dem für die Beiträge massgebenden Einkommen und der Anzahl Beitragsjahre. Seit der 10. AHV-Revision werden die Renten der Ehepartner nach dem Splitting-Verfahren getrennt berechnet. Die Beitragssätze betragen seit Juli 1975 8,4% des Bruttolohnes (Selbständige: seit 1979 7,8% des Bruttoeinkommens). Die öffentliche Hand finanziert 20% der Ausgaben. Die Schwankungen der Rechnungsbilanz werden durch den Ausgleichsfonds ausgeglichen. Schweizer Bürger mit Wohnsitz im Ausland können sich freiwillig in der AHV versichern.

Umlageverfahren

Finanzierungsverfahren, das z.B. in der AHV und der IV verwendet wird. Die Ausgaben der Versicherung werden mit den laufenden Einnahmen desselben Jahres gedeckt. In der Praxis lässt sich der jährliche Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen nicht bewerkstelligen, weshalb eine gewisse Liquiditätsreserve gehalten werden muss. Im Gegensatz zum Kapitaldeckungsverfahren (siehe dort) ist das Umlageverfahren weitgehend unabhängig von der Zinsentwicklung.

Kosten des Gesundheitswesens in Prozenten des BIP

Auszug aus dem Legislaturziel 13: *Um die hohe Lebensqualität zu bewahren und die Gesundheitskosten einzudämmen, stärkt der Bundesrat unter Einbezug der privaten Akteure die Prävention, die Gesundheitsförderung sowie die Gesundheitskompetenz. Er setzt sich für die Reduktion von nicht wirksamen und nicht effizienten Leistungen sowie Medikamenten und Verfahren ein, um die Qualität zu erhöhen und die Kosten zu reduzieren.*

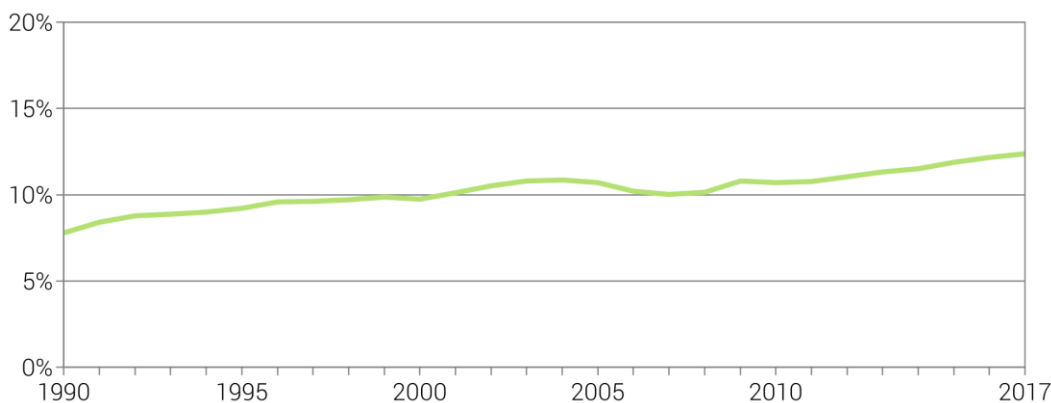
Bedeutung des Indikators: Der Gesundheitszustand beeinflusst die Lebensqualität der Menschen und ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Die Aufgabe des Gesundheitswesens ist es, zur Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung beizutragen und kranke oder verunfallte Menschen soweit als möglich zu heilen. Der Indikator zeigt, wie viel die Gesellschaft für das Gesundheitswesen ausgibt. Über die Ungleichheit bei der Verteilung der Mittel im Gesundheitswesen oder über die Effizienz der Mittelverwendung werden keine Aussagen gemacht.

Die Kosten des Gesundheitswesens werden im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) in Prozent gezeigt.

Quantifizierbares Ziel: *Die Gesamtkosten für Gesundheit wachsen nicht stärker als in der Legislaturperiode 2011–2015.*

Kosten des Gesundheitswesens

Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt, zu laufenden Preisen



Quellen: BFS – COU, VGR, SECO

© BFS 2019

Kommentar

Das Verhältnis der Gesundheitskosten zum BIP hat bis 2004 auf einen Stand von 10,9% zugenommen. Zwischen 2004 und 2007 ist das Verhältnis der Kosten zum BIP aufgrund des Wirtschaftswachstums leicht gesunken und danach wieder angestiegen. 2017 betrugen die Kosten 12,4% des BIP. Zuletzt beliefen sich die absoluten Gesundheitskosten auf rund 83 Milliarden Franken.

2017 entfielen mehr als die Hälfte der Kosten für Güter und Dienstleistungen des Gesundheitswesens auf die stationären Leistungserbringer, also die Krankenhäuser (35,1%), Pflegeheime (12,1%) sowie die anderen sozialmedizinischen Institutionen (3,8%). Die ambulanten Leistungserbringer, das heisst Arztpraxen, Zahnarztpraxen sowie andere ambulante und unterstützende Leistungserbringer, machten insgesamt 33,6% und der Detailhandel inklusive Importe 9% aus. Die Ausgaben für Verwaltung und Prävention durch Staat, Versicherer und weitere Organisationen beliefen sich auf 6,1%.

Werden die Kosten des Gesundheitswesens nicht nach Leistungserbringern, sondern nach Leistungen betrachtet, so zeigt sich, dass 2017 je rund ein Fünftel der Kosten auf die stationären Kurativbehandlungen und die Langzeitpflege entfielen, gut ein Viertel auf die ambulanten Kurativbehandlungen und rund ein Sechstel auf den Verkauf von Gesundheitsgütern. Die Kosten für stationäre Kurativbehandlungen sind zwischen 2016 und 2017 um -0,3% gesunken, jene für die Langzeitpflege haben um 3,2% zugenommen. Bei den ambulanten Kurativbehandlungen war im gleichen Jahr eine Kostenzunahme von 2,9% zu verzeichnen.

Im internationalen Vergleich hat die Schweiz gemessen am Verhältnis zum BIP ein kostenintensives Gesundheitssystem. 2017 befand sich die Schweiz an zweiter Stelle, an der Spitze lagen die USA.

Methodologie

Der Indikator zeigt das prozentuale Verhältnis der Gesundheitskosten zum Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Statistik der Kosten und der Finanzierung des Gesundheitswesens des BFS stellt eine Synthese dar aus sämtlichem verfügbaren Zahlenmaterial zur Schätzung der Geldströme, welche mit der Produktion und dem Konsum von Gütern und Dienstleistungen des schweizerischen Gesundheitswesens während eines Jahres verbunden sind. Sie kann somit erst erstellt werden, wenn sämtliche statistische Primärdaten verfügbar sind, insbesondere jene der Sozialversicherungen und der öffentlichen Finanzen. Das BFS veröffentlicht die definitiven Zahlen jährlich mit einer rund zweijährigen Verspätung.

Der Aufbau der Statistik basiert auf der internationalen Methodologie der OECD-Gesundheitskonten (System of Health Accounts SHA) und ermöglicht Vergleiche mit den Gesundheitsausgaben verschiedener OECD-Länder.

Definitionen

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist die Referenzgrösse zur Messung der wirtschaftlichen Leistung. Es ergibt sich aus der Summe der durch die ansässigen Wirtschaftsakteure erbrachten Wertschöpfung, zusätzlich der Steuern und abzüglich der Gütersubventionen. Das BIP wird zu laufenden Preisen sowie zu Preisen des Vorjahres berechnet. Das Wirtschaftswachstum wird durch die Veränderungsrate zu Preisen des Vorjahres ausgedrückt.

Entbehrungen von Pflegeleistungen aus finanziellen Gründen

Auszug aus dem Legislaturziel 13: *[D]er Zugang der gesamten Bevölkerung zu umfassender und qualitativ hochstehender medizinischer Betreuung [soll] gewährleistet sein.*

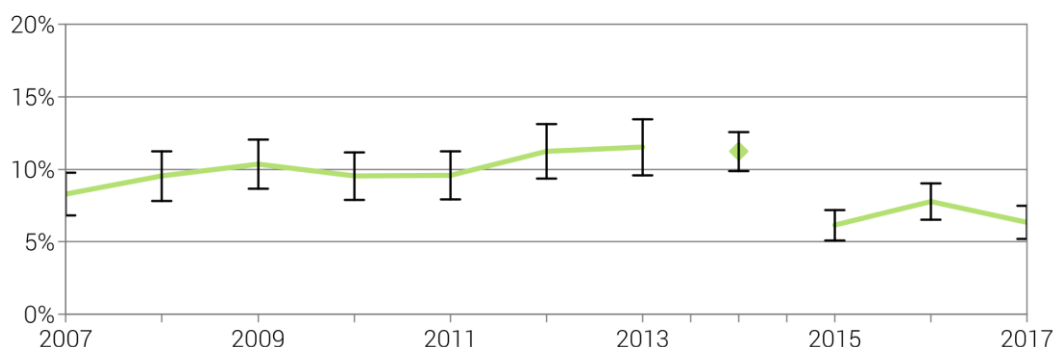
Bedeutung des Indikators: Der Zugang zur Gesundheitsversorgung soll für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet sein. Bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen können insbesondere finanzielle Faktoren, wie eine hohe Kostenbeteiligung von Patientenseite, einen limitierenden Einfluss darstellen und zur Entbehrung führen. Die Entbehrung von zahnärztlichen Behandlungen spielt hierbei insofern eine besondere Rolle, als deren Kosten im Gegensatz zur medizinischen Grundversorgung in der Regel nicht von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung übernommen werden.

Der Indikator zeigt den Anteil der ständigen Bevölkerung ab 16 Jahren, der aus finanziellen Gründen keinen Zugang zu ärztlichen oder zahnärztlichen Untersuchungen hat. Berücksichtigt werden Personen, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen in den untersten 20% liegt, das heisst im 1. Quintil der Einkommensverteilung.

Quantifizierbares Ziel: *Der Zugang zur Gesundheitsversorgung steht allen offen. Der Anteil der Personen, der aus finanziellen Gründen der Gesundheitsversorgung fernbleibt, verringert sich.*

Entbehrungen von Pflegeleistungen aus finanziellen Gründen

Anteil der Bevölkerung in der untersten Einkommensklasse (1. Quintil), der auf ärztliche oder zahnärztliche Untersuchungen verzichtet



2014 und 2015: Bruch in der Zeitreihe

Quelle: BFS – SILC

© BFS 2019

Kommentar

Der Anteil der Wohnbevölkerung in der untersten Einkommensklasse, der aus finanziellen Gründen auf einen Besuch beim Arzt oder Zahnarzt verzichtet, ist zwischen 2007 und 2013 von 8,3% auf 11,5% gestiegen. Nach einer Revision im Jahr 2015 betrug dieser Anteil 6,1% und belief sich zuletzt auf 6,4% im Jahr 2017.

Demgegenüber fällt der Anteil der Gesamtbevölkerung, der auf ärztliche oder zahnärztliche Untersuchungen verzichtet, geringer aus: Er bewegte sich zwischen 2007 und 2014 um 5%, nach der Revision im Jahr 2015 lag er bei 3% und erreichte zuletzt 3,3% (2017).

Allgemein werden vor allem zahnärztliche Untersuchungen nicht in Anspruch genommen: Der Anteil der Bevölkerung in der untersten Einkommensklasse, der auf den Besuch bei einem Zahnarzt verzichtet, lag 2017 bei 5,9%. Dagegen belief sich dieser Anteil bei den ärztlichen Leistungen auf 0,8%. Dieser Unterschied besteht

auch bei der Gesamtbevölkerung (2017: 3% bei zahnärztlichen, 0,4% bei ärztlichen Leistungen). Er erklärt sich unter anderem dadurch, dass zahnärztliche Leistungen üblicherweise nicht durch die obligatorische Krankenversicherung gedeckt sind.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund verzichtet ebenfalls öfter auf zahnärztliche als auf ärztliche Leistungen. Im Jahr 2017 nahmen 4,5% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zahnärztliche Leistungen aus finanziellen Gründen trotz deren Notwendigkeit nicht in Anspruch. Damit liegt dieser Anteil gut doppelt so hoch wie jener der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (2,1%). Beim Verzicht auf ärztliche Leistungen zeigt sich ein ähnlicher Unterschied: Hier verzichteten 0,6% der Bevölkerung mit und 0,3% ohne Migrationsstatus aus finanziellen Gründen auf notwendige Pflegeleistungen. Die Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund erklären sich unter anderem durch die Einkommensunterschiede zwischen den beiden Gruppen.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der ständigen Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten, der aus finanziellen Gründen keinen Zugang zu ärztlichen oder zahnärztlichen Untersuchungen (Kontrollen und Behandlungen) hat. Berücksichtigt werden Personen, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen in den untersten 20% der Einkommensverteilung (1. Quintil) liegt.

Das verfügbare Einkommen entspricht dem gesamten Bruttoeinkommen eines Haushalts abzüglich Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, obligatorische Krankenkassenprämien und regelmässige Transferzahlungen an andere Haushalte. Unter Einbezug der Äquivalenzskala wird der Haushaltsgrösse Rechnung getragen.

Die Daten stammen aus der Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen (SILC) des Bundesamts für Statistik (BFS). Die befragten Personen ab 16 Jahren geben an, ob sie auf eine Behandlung oder Kontrolle bei einem Arzt oder Zahnarzt trotz Bedarf verzichtet haben, und aus welchem Grund der Verzicht erfolgt ist. Personen die aus finanziellen Gründen sowohl auf eine ärztliche wie auch auf eine zahnärztliche Untersuchung verzichtet haben, werden nur einfach gezählt. Aufgrund einer Anpassung des Stichprobenregisters ist 2014 ein Bruch in der Zeitreihe zu verzeichnen. Ein zweiter Bruch in der Zeitreihe besteht 2015, da Struktur und Formulierung des Fragebogens gemäss Richtlinien von Eurostat angepasst wurden.

Definitionen

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen wird berechnet, indem vom Bruttoeinkommen die obligatorischen Ausgaben abgezogen werden. Dabei handelt es sich um Auslagen wie die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV-Beiträge, berufliche Vorsorge usw.), die Steuern, die Krankenkassenprämien (Grundversicherung) und die regelmässigen Transferzahlungen an andere Haushalte (z.B. Alimente).

Bruttohaushaltseinkommen

Das Bruttohaushaltseinkommen fasst die Einkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts zusammen. Dazu gehören die Bruttolöhne (vor den Sozialabzügen), die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, die Renten, die Zinsen, die Überweisungen von anderen Haushalten, die Naturalbezüge aus dem eigenen Betrieb, die Naturalleistungen des Arbeitgebers, die Produkte aus dem eigenen Garten usw.

Äquivalenzeinkommen

Das Äquivalenzeinkommen wird ausgehend vom Haushaltseinkommen berechnet. Um den Unterschieden in Bezug auf Haushaltsgrösse und -zusammensetzung Rechnung zu tragen, wird das Haushaltseinkommen auf einen Einpersonenhaushalt umgerechnet, das heisst durch die dem Haushalt entsprechende «Äquivalenzgrösse» dividiert. Diese wird ermittelt, indem die einzelnen Personen des Haushalts gewichtet

werden: Die erste erwachsene Person z.B. mit 1,0, die zweite und jede weitere im Alter von 14 Jahren und mehr mit 0,5 sowie jedes Kind unter 14 Jahren mit 0,3 (entspricht der neueren oder «modifizierten» OECD-Äquivalenzskala). Die «Äquivalenzgrösse» ergibt sich aus der Summe dieser Gewichte.

Übergewicht

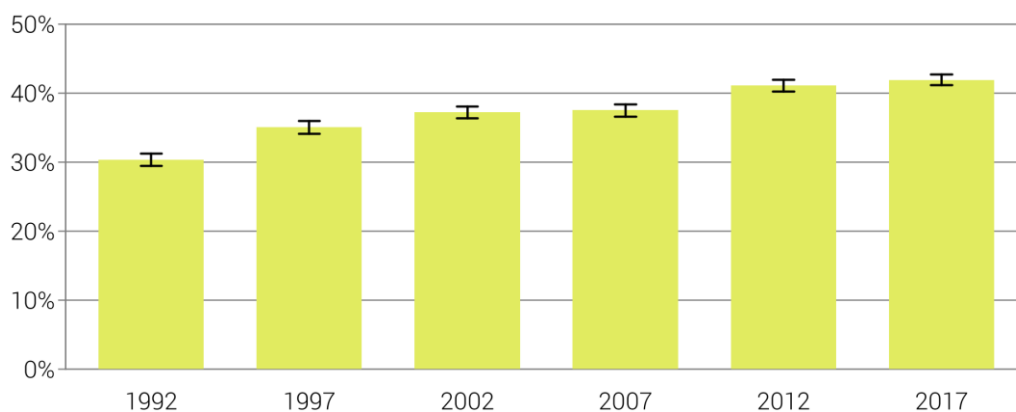
Auszug aus dem Legislaturziel 13: *Um die hohe Lebensqualität zu bewahren und die Gesundheitskosten einzudämmen, stärkt der Bundesrat unter Einbezug der privaten Akteure die Prävention, die Gesundheitsförderung sowie die Gesundheitskompetenz.*

Bedeutung des Indikators: Die Gesundheit hat einen direkten Einfluss auf die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen. Übergewicht ist vor allem in Industrienationen ein bedeutendes Gesundheitsproblem. Es beeinträchtigt nicht nur die körperliche Leistungsfähigkeit und die Lebensqualität, meist generiert es auch Gesundheitskosten. Je grösser das Übergewicht ist, desto höher ist das Risiko, an Diabetes, an Herz- und Kreislauferkrankungen oder an gewissen Krebsformen zu erkranken und an Gelenkbeschwerden zu leiden. Ein Mass für das Übergewicht ist der Body Mass Index (BMI). Der Indikator zeigt den Anteil übergewichtiger Personen ab 15 Jahren, das heisst Personen mit einem BMI von 25 oder mehr, gemessen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz engagiert sich für die Prävention und Gesundheitsförderung. Im Rahmen der Umsetzung der Ernährungsstrategie nimmt der Anteil übergewichtiger Personen im Vergleich zu den letzten zehn Jahren ab.*

Übergewicht

Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren mit Übergewicht (BMI von 25 oder mehr)



Quelle: BFS – Schweizerische Gesundheitsbefragung

© BFS 2018

Kommentar

Der Anteil übergewichtiger Personen mit einem BMI von 25 oder mehr nahm im Zeitraum von 1992 bis 2017 von 30,4% auf 41,9% zu. Männer sind häufiger von Übergewicht betroffen als Frauen. Weitere Einflussfaktoren für ein zu hohes Körpergewicht sind unter anderem das Alter sowie das Bildungsniveau.

Personen mit niedrigem Bildungsniveau sind in erhöhtem Mass von Übergewicht betroffen: Während in der Bevölkerungsgruppe mit obligatorischem Schulabschluss 2017 58,5% übergewichtig waren, traf dies bei den Personen mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II auf 46,4% und bei Personen mit Tertiärabschluss auf 38,3% zu. Dieser Zusammenhang ist sowohl bei Frauen als auch bei Männern zu beobachten, wobei er bei den Frauen stärker ausgeprägt ist als bei den Männern.

Eine schwere Form von Übergewicht ist Adipositas: Personen mit einem BMI von 30 oder mehr gelten als adipös (fettleibig). Ihr Anteil hat sich zwischen 1992 und 2017 bei Frauen und Männern verdoppelt. Im Jahr 2017 waren 10,2% der Frauen und 12,3% der Männer von Adipositas betroffen.

Adipositas zählt zu den wichtigsten Risikofaktoren für Diabetes Typ 2, der häufigsten Form von Diabetes. Sie tritt bei neun von zehn aller Diabetes-Betroffenen auf und wird primär durch Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten hervorgerufen. Von der Bevölkerung ab 15 Jahren gaben 2017 4,4% an, über einen erhöhten Blutzucker zu verfügen oder Medikamente gegen Diabetes zu nehmen. Diabetes gilt als eine der Ursachen für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil an übergewichtigen Personen ab 15 Jahren, d.h. Personen mit einem Body Mass Index (BMI) von 25 oder mehr. Referenzbevölkerung ist die gleichaltrige ständige Wohnbevölkerung, die in privaten Haushalten wohnt.

Der BMI berechnet sich aus dem Gewicht geteilt durch die Körpergrösse im Quadrat. Die Angaben zu Grösse und Gewicht werden von den befragten Personen selbst gemacht.

Die Daten entstammen der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB), die vom Bundesamt für Statistik (BFS) alle fünf Jahre durchgeführt wird.

Definitionen

Body-Mass-Index (BMI)

Der Body-Mass-Index (BMI) oder Körpermassenindex berechnet sich aus dem Körpergewicht (in Kilogramm) geteilt durch die Körpergrösse (in Metern) im Quadrat. Die WHO unterscheidet für Personen ab 18 Jahren folgende Kategorien: Untergewicht (BMI < 18,5 kg/m²), Normalgewicht (BMI zwischen 18,5 und 24,9 kg/m²), Übergewicht (BMI ab 25 kg/m²). Adipositas ist eine Form von starkem Übergewicht und liegt ab einem BMI von 30 kg/m² vor. Diese Schwellenwerte werden für junge Erwachsene zwischen 15 und 17 Jahren angepasst.

Sport- und Bewegungsverhalten

Auszug aus dem Legislaturziel 13: *Um die hohe Lebensqualität zu bewahren und die Gesundheitskosten einzudämmen, stärkt der Bundesrat unter Einbezug der privaten Akteure die Prävention, die Gesundheitsförderung sowie die Gesundheitskompetenz.*

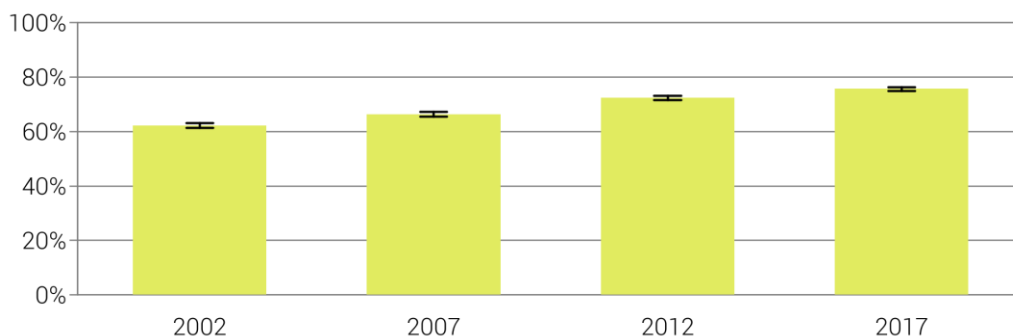
Bedeutung des Indikators: Der körperliche und psychische Gesundheitszustand beeinflusst die Lebensqualität der Menschen massgeblich. Durch regelmässige Bewegung können das körperliche Wohlbefinden gefördert und Gesundheitsrisiken präventiv verringert werden. Körperliche Aktivität kann so auch zur Senkung der Gesundheitskosten beitragen.

Der Indikator zeigt den Anteil der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, die in ihrer Freizeit wöchentlich mindestens 150 Minuten lang mässig oder mehr als zweimal intensiv körperlich aktiv ist und somit die Bewegungsempfehlungen des Netzwerks Gesundheit und Bewegung Schweiz erfüllt.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz engagiert sich für die Prävention und Gesundheitsförderung. Im Rahmen der Umsetzung der Ernährungsstrategie nimmt der Anteil übergewichtiger Personen im Vergleich zu den letzten zehn Jahren ab. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Bevölkerung, der die Bewegungsempfehlungen umsetzt, im Vergleich zu den letzten zehn Jahren zu.*

Sport- und Bewegungsverhalten

Anteil der Personen, die in ihrer Freizeit körperlich aktiv sind und die Bewegungsempfehlungen erfüllen*



* wöchentlich mindestens 150 Minuten lang mässige oder zumindest zweimal intensive körperliche Aktivität

Quelle: BFS – Schweizerische Gesundheitsbefragung

© BFS 2018

Kommentar

Seit 2002 stieg der Anteil der Personen, die in ihrer Freizeit körperlich aktiv sind, um 13,5 Prozentpunkte und erreichte 2017 einen Wert von 75,7%. In allen Altersklassen war ein Anstieg zu verzeichnen. 8,2% der Bevölkerung waren 2017 körperlich inaktiv. Das bedeutet, dass sie wöchentlich weniger als 30 Minuten mässig körperlich aktiv waren und weniger als einmal pro Woche einer körperlich intensiven Aktivität nachgingen.

Der Anteil körperlich aktiver Personen nimmt mit steigendem Bildungsniveau zu: Personen ohne nachobligatorische Bildung waren 2017 weniger häufig körperlich aktiv als solche mit einem Abschluss auf Sekundarstufe II oder auf Tertiärstufe. Während bei Letzteren 74,6% (Sekundarstufe II) bzw. 79,1% (Tertiärstufe) körperlich aktiv waren, lag dieser Anteil bei Personen mit obligatorischer Schulbildung bei 61%.

Zwischen dem Ausmass körperlicher Aktivität und der Wahrnehmung des eigenen Gesundheitszustands besteht ein Zusammenhang. Der Anteil der Personen ab 15 Jahren, die nach eigenen Angaben über einen guten bis sehr guten Gesundheitszustand verfügen, lag 2017 bei 84,7%. Personen, die sich regelmässig

bewegen, fühlen sich gesünder als körperlich Inaktive: Während 2017 bei den körperlich Inaktiven 39,7% ihren Gesundheitszustand als nicht gut bezeichneten, war dies bei 8,6% der Trainierten der Fall. Als trainiert gilt, wer an mindestens drei Tagen pro Woche Schweißepisoden durch körperliche Bewegung erfährt.

Nicht nur der wahrgenommene, auch der effektive Gesundheitszustand kann durch körperliche Aktivität beeinflusst werden: Regelmässige Bewegung beugt beispielsweise Bluthochdruck vor. Von der Bevölkerung ab 15 Jahren gab 2017 gut ein Sechstel an, aktuell an zu hohem Blutdruck zu leiden oder Medikamente dagegen einzunehmen. Der Anteil Personen mit Bluthochdruck nimmt mit fortschreitendem Alter zu. Ein schlechter Gesundheitszustand kann jedoch auch regelmässige körperliche Aktivitäten be- oder verhindern.

Eine begünstigende Voraussetzung für sportliche Aktivitäten ist der Zugang zu geeigneten Bewegungsräumen. Am regelmässigsten frequentiert wird dafür die freie Natur: Sie wird von 43% der 15-74-Jährigen mindestens wöchentlich zur körperlichen Betätigung genutzt, gefolgt vom eigenen Zuhause (26%), Turn- und Sporthallen (22%) und privaten Fitness- und Sportzentren (17%).

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in Privathaushalten, die in ihrer Freizeit wöchentlich mindestens 150 Minuten lang mässig oder mehr als zweimal intensiv körperlich aktiv ist und somit die Bewegungsempfehlungen erfüllt.

Eine mässige Intensität weisen körperliche Aktivitäten auf, bei denen man zumindest etwas ausser Atem, aber nicht unbedingt ins Schwitzen kommt. Zügiges Gehen, Velofahren oder Gartenarbeiten sind Beispiele solcher Bewegungsformen, aber auch viele andere Freizeit-, Alltags- oder Sportaktivitäten haben eine mittlere Intensität.

Eine hohe Intensität weisen Aktivitäten auf, die zumindest leichtes Schwitzen und beschleunigtes Atmen verursachen. Hierzu gehören bewegungsintensive Sportarten, die jeweils grosse Muskelgruppen beanspruchen, wie zum Beispiel Laufen (Jogging), zügiges Velofahren (Mountainbike, Rennvelo), Schwimmen, Skilanglaufen, aber auch ein Herzkreislauftraining an Fitnessgeräten.

Die Bewegungsempfehlungen wurden durch das Netzwerk Gesundheit und Bewegung Schweiz (hepa.ch) im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit und des Bundesamtes für Sport in Zusammenarbeit mit mehreren Institutionen erarbeitet.

Die Daten des Indikators stammen aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung, die alle fünf Jahre vom Bundesamt für Statistik (BFS) durchgeführt wird.

Erwerbsquote nach Migrationsstatus

Auszug aus dem Legislaturziel 14: *[D]as wirtschaftliche und soziale Potenzial von Einwanderinnen und Einwanderern [gilt es] unter Berücksichtigung der langfristigen beruflichen und gesellschaftlichen Integrationschancen zu nutzen.*

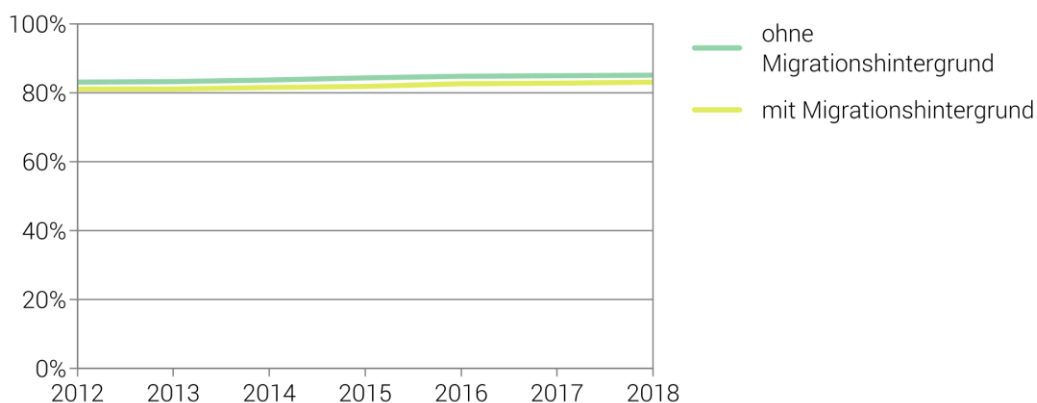
Bedeutung des Indikators: Die Integration soll gemäss Schweizer Gesetzgebung längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländerinnen und Ausländern ermöglichen, am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben. Ziel der Integration ist, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner in der Schweiz – unabhängig von ihrer Herkunft – die gleichen Chancen haben. Die Erwerbstätigkeit ist Voraussetzung für den selbstständigen Erwerb des Lebensunterhaltes und ein wichtiger Faktor für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Die Erwerbsquote nach Migrationsstatus drückt die Erwerbsbeteiligung der 15- bis 64-Jährigen in der ständigen Wohnbevölkerung aus. Der Indikator unterscheidet nicht zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten.

Quantifizierbares Ziel: *Die wirtschaftliche und soziale Integration von Personen mit Migrationshintergrund wird gefördert.*

Erwerbsquote nach Migrationsstatus

Anteil der 15- bis 64-Jährigen an der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung



Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2019

Kommentar

Die Erwerbsquote der Bevölkerung ist seit 2012 unabhängig des Migrationsstatus relativ stabil geblieben. Im Jahr 2018 betrug die Erwerbsquote der Personen ohne Migrationshintergrund 85,1%, diejenige der Personen mit Migrationshintergrund lag mit 83,1% etwas tiefer. Frauen weisen ungeachtet ihres Migrationsstatus eine tiefere Erwerbsquote auf als Männer. Dies trifft auch bei einer Umrechnung in Vollzeitäquivalente zu.

Bei der Integration von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft ist die Erwerbsarbeit ein zentraler Faktor. Eine Erwerbstätigkeit ist Voraussetzung für die eigenständige Bestreitung des Lebensunterhaltes und ermöglicht dadurch auch die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Für Jugendliche ist hierbei der Übergang von der Schule zum Erwerbsleben von Bedeutung. Die Betrachtung der Erwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen zeigt, dass sich der Eintritt ins Erwerbsleben für Jugendliche je nach Migrationsstatus unterschiedlich schwierig gestaltet. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund war die Erwerbslosenquote gemäss ILO 2018 mit 11,9% gut doppelt so hoch wie für jene ohne Migrationshintergrund (5,7%).

Je nach Migrationsstatus variiert überdies der Anteil der erwerbstätigen Personen, die über eine Tertiärausbildung verfügten, ohne diese für ihre Arbeit zu benötigen (siehe Indikator „Übereinstimmung von Bildungs- und Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes“).

Methodologie

Der Indikator zeigt die Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen in der ständigen Wohnbevölkerung (Anzahl Erwerbstätige und Erwerbslose gemäss ILO, in Prozenten der ständigen Wohnbevölkerung) nach Migrationsstatus.

Für den Indikator wird die „ständige Wohnbevölkerung nach dem für die Integrationsmessung angepassten Migrationsstatus“ verwendet:

- Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund umfasst die in der Schweiz oder im Ausland geborenen gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit mindestens einem in der Schweiz geborenen Elternteil sowie die in der Schweiz geborenen eingebürgerten Schweizer Staatsangehörigen, deren Eltern beide in der Schweiz geboren wurden.
- Die Bevölkerung mit Mi-grationshintergrund umfasst alle Ausländerinnen und Ausländer (unabhängig von ihrem Generationen-status), die eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer der ersten und zweiten Generation (d.h. die im Aus-land Geborenen bzw. die in der Schweiz Geborenen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil) so-wie die gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit zwei im Ausland geborenen Eltern.

Die Erwerbsquote wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) berechnet und publiziert. Die Daten sind ab dem Referenzjahr 2012 differenziert nach Migrationsstatus verfügbar.

Definitionen

Erwerbspersonen

Als Erwerbspersonen gelten die erwerbstätigen und die erwerbslosen (gemäss ILO) Personen zusammen. Erwerbspersonen werden mit dem Arbeitsangebot gleichgesetzt.

Erwerbslose gemäss ILO (ILO = International Labour Organization)

Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren und
- die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und
- die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

Erwerbstätige

Als Erwerbstätige gelten Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die während der Referenzwoche

- mindestens eine Stunde gegen Entlohnung gearbeitet haben
- oder trotz zeitweiliger Abwesenheit von ihrem Arbeitsplatz (wegen Krankheit, Ferien, Mutterschaftsurlaub, Militärdienst usw.) weiterhin eine Arbeitsstelle als Selbständigerwerbende oder Arbeitnehmende hatten,
- oder unentgeltlich im Familienbetrieb mitgearbeitet haben.

Unter diese Definition fallen, unabhängig vom Ort, wo die Tätigkeit ausgeführt wird (im Betrieb, zu Hause [Heimarbeit] oder in einem anderen Privathaushalt), alle Arbeitnehmenden, Selbständigerwerbenden, im eigenen Familienbetrieb mitarbeitenden Familienmitglieder, Lehrlinge, Rekruten, Unteroffiziere und Offiziere, die während der Rekrutenschule bzw. des Abverdienens ihre Arbeitsstelle bzw. ihren Arbeitsvertrag behalten können, Schüler und Studierende, die neben ihrer Ausbildung einer Erwerbstätigkeit nachgehen, und Rentner,

die nach der Pensionierung noch erwerbstätig sind. Nicht berücksichtigt werden die Hausarbeit im eigenen Haushalt, unbezahlte Nachbarschaftshilfe und andere ehrenamtliche Tätigkeiten.

Erwerbsquote gemäss ILO

$$\text{Erwerbsquote} = \frac{\text{Erwerbspersonen}}{\text{Referenzbevölkerung}} \times 100$$

Übereinstimmung von Bildungs- und Anforderungsniveau des Arbeitsplatzes nach Migrationsstatus

Auszug aus dem Legislaturziel 14: *[D]as wirtschaftliche und soziale Potenzial von Einwanderinnen und Einwanderern [gilt es] unter Berücksichtigung der langfristigen beruflichen und gesellschaftlichen Integrationschancen zu nutzen.*

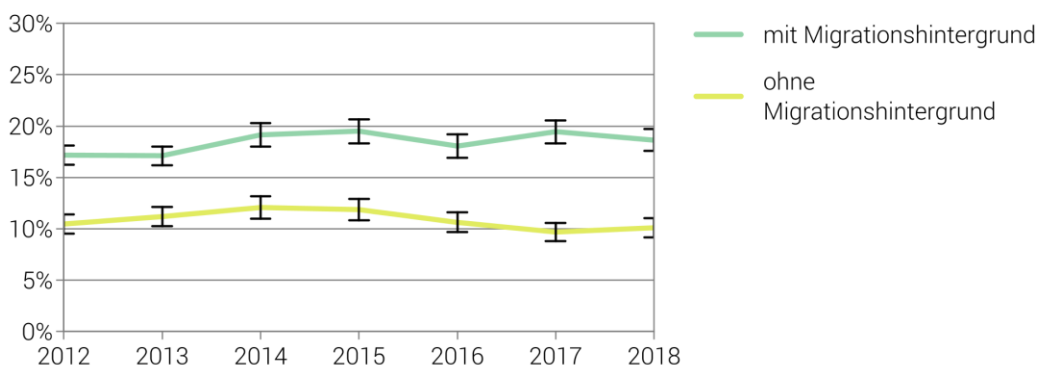
Bedeutung des Indikators: Die Integration soll gemäss Schweizer Gesetzgebung längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländerinnen und Ausländern die Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ermöglichen. Die Erwerbstätigkeit ist dabei Voraussetzung um für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und ein wichtiger Faktor für die aktive Teilnahme an der Gesellschaft. Personen mit Migrationshintergrund, die über eine Ausbildung verfügen aber deren professionellen Qualifikationen nicht zur Anwendung kommen, stellen ein ungenutztes Arbeitskräftepotential dar. Bei der Integration in den Arbeitsmarkt ist es für Personen mit Migrationshintergrund jedoch oftmals schwierig eine Stelle zu finden, deren Anforderungsniveau der absolvierten Ausbildung entspricht. Dies trifft in besonderem Masse für Personen mit einer tertiären Ausbildung zu, wenn die im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen in der Schweiz nicht anerkannt werden.

Der Indikator zeigt den Anteil der Angestellten mit Tertiärausbildung, die für ihre Tätigkeit keine solche Ausbildung benötigen, differenziert nach Migrationsstatus. Er gibt so Aufschluss über die Divergenzen zwischen dem Bildungsniveau und dem für die Arbeitsstelle verlangten Anforderungsniveau.

Quantifizierbares Ziel: *Die wirtschaftliche und soziale Integration von Personen mit Migrations-hintergrund wird gefördert.*

Übereinstimmung von Bildungs- und Anforderungsniveau am Arbeitsplatz

Anteil der Angestellten mit Tertiärausbildung, die für ihre Tätigkeit keine solche Ausbildung benötigen, nach Migrationsstatus



Quelle: BFS – SAKE

© BFS 2019

Kommentar

Im Jahr 2018 übten in der Schweiz insgesamt 14,2% aller Arbeitnehmenden mit einem Tertiärabschluss einen Beruf aus, für den sie keine solche Ausbildung benötigten. Im Vergleich zu 2012 hat sich dieser Anteil nicht signifikant verändert. Personen ohne Migrationshintergrund sind hierbei seltener betroffen als solche mit Migrationshintergrund: 2018 waren 10,1% der Angestellten ohne Migrationshintergrund für ihre Tätigkeit überqualifiziert. Bei den Arbeitnehmenden mit Migrationshintergrund war dies bei 18,6% der Fall. Angestellte

mit Migrationshintergrund der ersten Generation sind dabei häufiger von einer beruflichen Überqualifikation betroffen als jene der zweiten oder höheren Generation.

Personen mit Migrationshintergrund sind für ihre Tätigkeit nicht nur öfter überqualifiziert als Personen ohne Migrationshintergrund, sie besetzen auch häufiger Tieflohnstellen. 2018 erhielten 20,6% aller Arbeitnehmenden mit Migrationshintergrund in der Schweiz weniger als zwei Drittel des Medianlohnes. Auf Arbeitnehmende ohne Migrationshintergrund traf dies in 13% der Fälle zu. Mit steigendem Bildungsniveau nahm der Tieflohnanteil unabhängig des Migrationsstatus ab.

Differenzen bezüglich Migrationsstatus zeigen sich auch bei der Bevölkerung, die über einen Tertiärabschluss verfügt und ohne Arbeit ist: Die Erwerbslosenquote gemäss ILO der tertiär ausgebildeten Bevölkerung mit Migrationshintergrund war 2018 gut dreimal so hoch wie jene der Personen ohne Migrationshintergrund.

Ein erschwerender Faktor für die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt können mangelnde Sprachkenntnisse sein. Im Jahr 2017 erachtete es gut die Hälfte aller Erwerbslosen mit Migrationshintergrund als notwendig, ihre Kenntnisse einer Landessprache zu verbessern, um eine geeignete Arbeit zu finden. Bei den Erwerbslosen ohne Migrationshintergrund gelangte rund ein Drittel der Befragten zu dieser Einschätzung.

Methodologie

Der Indikator zeigt den Anteil jener Angestellten mit Tertiärausbildung, die für ihre ausgeübte Tätigkeit keine solche Ausbildung benötigen, an allen Arbeitnehmenden mit Tertiärausbildung, differenziert nach Migrationsstatus.

Die Überqualifikation wird auf der Grundlage der beruflichen Stellung, der Anzahl unterstellter Mitarbeitenden, der Ausbildung und der sozioprofessionellen Kategorie geschätzt. Daraus ergeben sich zwei Gruppen von überqualifizierten Personen, die folgendermassen definiert werden:

1. Arbeitnehmende ohne Führungsfunktion mit abgeschlossener Hochschulausbildung, die einen Beruf ausüben, für den keine solche Ausbildung vorausgesetzt wird.
2. Arbeitnehmende mit Führungsfunktion und abgeschlossener Hochschulausbildung, denen eine Person unterstellt ist und die einen Beruf ausüben, für den keine solche Ausbildung vorausgesetzt wird. Bei Arbeitnehmenden mit Kaderfunktion, denen mehr als eine Person unterstellt ist, wird davon ausgegangen, dass sie nicht überqualifiziert sind.

Für den Indikator wird die „ständige Wohnbevölkerung nach dem für die Integrationsmessung angepassten Migrationsstatus“ verwendet:

- Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund umfasst die in der Schweiz oder im Ausland geborenen gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit mindestens einem in der Schweiz geborenen Elternteil sowie die in der Schweiz geborenen eingebürgerten Schweizer Staatsangehörigen, deren Eltern beide in der Schweiz geboren wurden.
- Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund umfasst alle Ausländerinnen und Ausländer (unabhängig von ihrem Generationen-status), die eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer der ersten und zweiten Generation (d.h. die im Ausland Geborenen bzw. die in der Schweiz Geborenen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil) so-wie die gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit zwei im Ausland geborenen Eltern.

Die Daten des Indikators stammen aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamtes für Statistik (BFS), die seit 2010 quartalsweise durchgeführt wird (bis 2009 jährlich). Daten zur Überqualifikation, differenziert nach Migrationsstatus, sind seit 2012 jährlich vorhanden.

Definitionen

Tertiärstufe

Auf der Tertiärstufe wird zwischen der höheren Berufsbildung und der Hochschulausbildung unterschieden. Im Bereich der höheren Berufsbildung besteht eine Vielfalt von Ausbildungswegen. Sie bereiten auf rund 460 Abschlüsse vor. Von Bund oder Kantonen anerkannte Abschlüsse sind: Fachausweise der eidgenössischen Berufsprüfungen und Diplome von höheren Fachprüfungen und höheren Fachschulen. Sie setzen eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II und für die Berufs- und höheren Fachprüfungen auch einige Jahre Berufspraxis voraus.

Der Hochschulbereich umfasst die universitären Hochschulen (d.h. die kantonalen Universitäten und die Eidgenössischen Technischen Hochschulen), die Fachhochschulen, die pädagogischen Hochschulen sowie weitere ganz oder teilweise öffentlich finanzierte Institutionen des Hochschulbereichs (z.B. das Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung oder das Institut Kurt Bösch). Die Ausbildungen werden mit einem Diplom, Bachelor, Master oder Doktorat (nur an universitären Hochschulen) abgeschlossen.

Verzeigungen wegen schwerer Gewaltdelikte

Auszug aus dem Legislaturziel 15: *Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam*

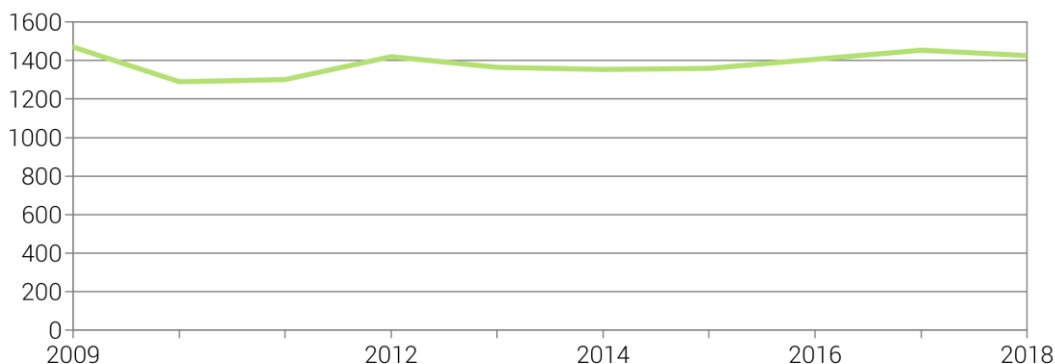
Bedeutung des Indikators: Um die persönliche Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, sind eine wirkungsvolle Bekämpfung der Kriminalität sowie die Vorbeugung von Gewaltanwendungen wichtig. Gewalt führt bei den betroffenen Personen meist zu physischen, psychischen und sozialen Beeinträchtigungen, die mitunter gravierende Formen aufweisen können und sogar den Verlust des Lebens bedeuten.

Der Indikator zeigt die Anzahl polizeilich registrierter Straftaten schwerer versuchter und vollendeter Gewaltstraftaten (Tötungsdelikte, schwere Körperverletzung, Vergewaltigung, schwerer Raub, Geiselnahme, Verstümmelung weiblicher Genitalien). In den Fällen schwerer Gewalt spielt das Anzeigeverhalten – zumindest für die vollendeten Delikte – eine geringere Rolle, da durch den Tod oder die notwendige stationäre Behandlung die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass die Polizei von der Straftat erfährt.

Quantifizierbares Ziel: *Die Kriminalität in der Schweiz nimmt während der Legislaturperiode 2015–2019 ab.*

Verzeigungen wegen schwerer Gewaltdelikte

Anzahl polizeilich registrierter Straftaten schwerer Gewalt*



* Tötungsdelikte, schwere Körperverletzung, Vergewaltigung, schwerer Raub, Geiselnahme und Verstümmelung weiblicher Genitalien

Quelle: BFS – PKS

© BFS 2019

Kommentar

Insgesamt ist die Zahl der polizeilich registrierten schweren Gewaltstraftaten seit 2009 relativ stabil geblieben; 2010 und 2011 wurden tiefere Werte verzeichnet. 2018 erfolgten 1425 Verzeigungen wegen schwerer Gewaltstraftaten, gegenüber 1454 im Vorjahr. Davon betrafen 41% schwere Körperverletzung, 44% Vergewaltigung, 14% Tötungsdelikte (inkl. Versuche), und die restlichen 1% schweren Raub sowie einen Fall von Verstümmelung weiblicher Genitalien. Es ist jedoch möglich, dass in dieser letzten Kategorie nicht alle Straftaten angezeigt werden und somit eine Dunkelziffer verbleibt. Dies kann auch auf Vergewaltigungen zutreffen. Geiselnahme wurde der Polizei keine gemeldet.

Die schweren Gewaltstraftaten machten 2018 insgesamt 3,3% aller polizeilich registrierten Gewaltstraftaten aus.

2018 wurde gut die Hälfte (51%) der registrierten schweren Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum begangen, d.h. an einem für viele Personen zugänglichen Ort (einschliesslich der Gemeinschaftsbereiche von Mietshäusern, z.B. Innenhof, Treppenhaus oder Waschraum). Demgegenüber fanden 47% dieser Straftaten im

privaten Raum, d.h. in den «eigenen vier Wänden» bzw. an für andere Personen nicht zugänglichen Orten, statt. Die übrigen registrierten Gewaltstraftaten konnten keinem konkreten Ort zugeordnet werden.

Die Untersuchung der Beziehungen zwischen den beschuldigten und geschädigten Personen zeigt, dass 2018 gut ein Drittel (35%) der schweren Gewaltstraftaten im häuslichen Bereich, d.h. unter Paaren in bestehender oder aufgelöster ehelicher oder partnerschaftlicher Beziehung, zwischen Eltern und Kind oder zwischen weiteren Verwandten stattfand. Eingerechnet wurden lediglich Straftaten, bei denen die Art der Beziehung zwischen den beschuldigten und den geschädigten Personen erfasst wurde. Für 18% der 1425 registrierten schweren Gewaltstraftaten im Jahr 2018 wurde die Art der Beziehung nicht vermerkt.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Anzahl polizeilich registrierter versuchter und vollendeter Straftaten schwerer Gewalt. Für die Berechnung des Indikators werden folgende Delikte gemäss Strafgesetzbuch (StGB) berücksichtigt: Tötungsdelikte (Art. 111-113/116), schwere Körperverletzung (Art. 122), Verstümmelung weiblicher Genitalien (Art. 124, in Kraft seit dem 1. Juli 2012), Raub mit schwerer Körperverletzung oder grausamer Behandlung (Art. 140 Ziff. 4), Geiselnahme (Art. 185) und Vergewaltigung (Art. 190). Das Anzeigeverhalten spielt bei den vollendeten Delikten aufgrund stationärer Behandlung oder Tod eine geringere Rolle, der Einfluss des Anzeigeverhaltens bei den versuchten Straftaten ist unbekannt. Die vollendeten Straftaten machen ca. 70% aller polizeilich registrierten schweren Gewaltdelikte aus.

Die Daten werden im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik jährlich erhoben und vom Bundesamt für Statistik in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren publiziert.

Häusliche Gewalt

Auszug aus dem Legislaturziel 15: *Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam.*

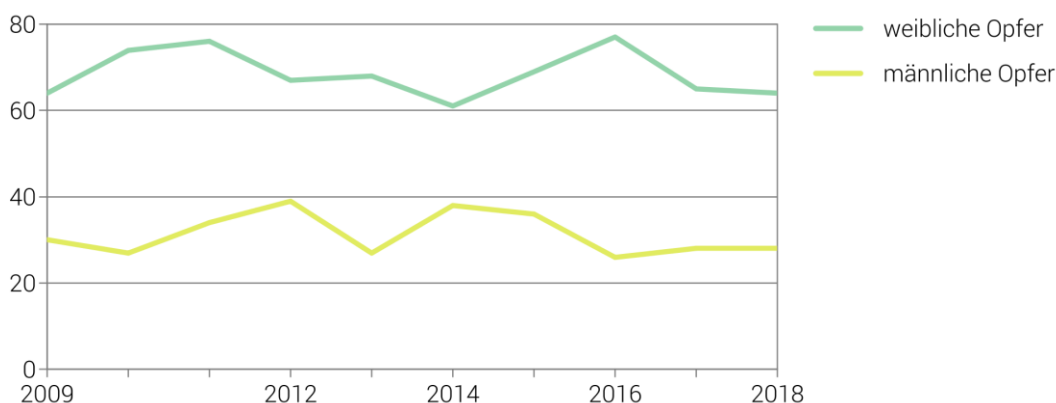
Bedeutung des Indikators: Kriminalität beeinträchtigt nicht nur die persönliche Sicherheit der Bevölkerung, sondern hat meist auch gesundheitliche Folgen für die Opfer. Auch der häusliche Bereich ist nicht frei von Gewalt: Straftaten, die sich innerhalb der Familie oder in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft ergeben, sind in der Schweiz ebenfalls ein soziales Problem. Für Frauen besteht ein erhöhtes Risiko, Opfer von häuslicher Gewalt zu werden, während Männer eher Opfer von körperlicher Gewalt in der Öffentlichkeit werden.

Der Indikator zeigt die polizeilich registrierten Opfer schwerster physischer Gewalt (vollendete Tötungsdelikte, versuchte Tötungsdelikte mit schwerer Verletzung, vollendete schwere Körperverletzung) im häuslichen Bereich. In den Fällen schwerster physischer Gewalt spielt das Anzeigeverhalten eine geringere Rolle, da durch den Tod oder die notwendige stationäre Behandlung die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass die Polizei von der Straftat erfährt.

Quantifizierbares Ziel: Die Kriminalität in der Schweiz nimmt während der Legislaturperiode 2015–2019 ab.

Häusliche Gewalt

Anzahl polizeilich registrierte Opfer schwerster physischer Gewalt im häuslichen Bereich



Quelle: BFS – PKS

© BFS 2019

Kommentar

Die Anzahl polizeilich registrierter Opfer von schwerster Gewalt im häuslichen Bereich, das heisst zwischen Familienmitgliedern oder in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft, schwankt seit 2009. Im Jahr 2018 wurden 64 weibliche und 28 männliche Opfer von schwerster häuslicher Gewalt registriert, 2017 waren es 65 Frauen und 28 Männer.

Bei der Betrachtung aller polizeilich registrierten Gewaltstraftaten mit erfasster Beziehung zwischen geschädigter und beschuldigter Person zeigt sich, dass davon im Jahr 2018 gut 38% im häuslichen Bereich stattfanden. Insgesamt wurden 10 653 von häuslicher Gewalt geschädigte Personen polizeilich registriert, davon 71% Frauen. Der grösste Teil der polizeilich registrierten häuslichen Gewalt betrifft minderschwere Gewaltstraftaten (zum Beispiel Tötlichkeiten, Drohungen, einfache Körperverletzungen). Das Anzeigeverhalten bei solchen Straftaten ist sehr unterschiedlich, die Dunkelziffer ist hoch.

Die Betrachtung aller polizeilich registrierten Opfer häuslicher Gewalt zeigt, dass 2017 bei den Frauen grössere altersspezifische Unterschiede bestehen als bei den Männern. Häuslicher Gewalt am stärksten ausgesetzt waren Frauen im Alter von 25-39 Jahren, dabei handelte es sich mehrheitlich um Gewalt in einer bestehenden Partnerschaft. Gesamthaft gesehen wurden Frauen 3,3-mal häufiger Opfer von häuslicher Gewalt in einer bestehenden Partnerschaft als Männer.

Polizeilich registrierte Personen, die von ihren Eltern geschädigt wurden, waren mehrheitlich minderjährig. Im Jahr 2017 wurden minderjährige Mädchen 1,3-mal häufiger Opfer von häuslicher Gewalt durch die Eltern als minderjährige Jungen. Die Mädchen im Alter von 15-17 Jahren waren am stärksten von häuslicher Gewalt durch die Eltern betroffen, bei den Jungen war die Belastung in der Altersgruppe 10-14 Jahre am höchsten.

Männer werden öfter bei der Polizei als Beschuldigte häuslicher Gewalt registriert als Frauen. Am häufigsten wurden 2017 Männer der Altersklasse 30-39 angezeigt.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Anzahl der polizeilich registrierten Opfer schwerster physischer Gewalt im häuslichen Bereich. Berücksichtigt werden gemäss Strafgesetzbuch die vollendeten und versuchten Tötungsdelikte (Art. 111-113/116) mit Todesfolge oder schwerer Verletzung, vollendete und versuchte Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord (Art. 115) mit Todesfolge oder schwerer Verletzung sowie vollendete schwere Körperverletzung (Art. 122). Jede geschädigte Person erhält eine eindeutige Identifikationsnummer, die es erlaubt, Geschädigte mehrerer Straftaten als ein und dieselbe Person zu identifizieren. So kann nach sogenannter Echtzählung ausgewertet werden, d.h. jede Person wird pro Jahr nur einmal gezählt. Bei Fällen schwerster physischer Gewalt ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass die Polizei von der Straftat erfährt. Dadurch spielt das Anzeigeverhalten in diesen Fällen eine geringere Rolle. Die Fallzahlen sind jedoch klein und somit anfällig für Schwankungen. Das Anzeigeverhalten spielt hingegen eine grössere Rolle bei Formen minderschwerer physischer Gewalt sowie bei psychischer Gewalt (wie Drohungen, Erpressungen).

Die Daten werden jährlich im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik erhoben und vom Bundesamt für Statistik in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren publiziert.

Schäden durch Naturereignisse

Auszug aus dem Legislaturziel 16: *Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen betreffen den Zerfall staatlicher Strukturen im Ausland [...] und Naturgefahren. [...] Die sicherheitspolitischen Instrumente sind derart auszugestalten, dass die Reaktionsfähigkeit auf eintretende Ereignisse – auch solche, die nicht vorhersehbar sind – jederzeit gewährleistet ist.*

Bedeutung des Indikators: Naturereignisse wie Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz können bedeutende Sach-, Personen- und Umweltschäden verursachen. Die Minderung der vorhandenen Risiken und die Begrenzung der Schäden, wenn es zu einem Ereignis kommt, sind von volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. Die Höhe der Schäden durch Naturereignisse wird von der Nutzung des Siedlungsraums und von der Intensität sowie dem räumlichen Ausmass der Naturereignisse beeinflusst.

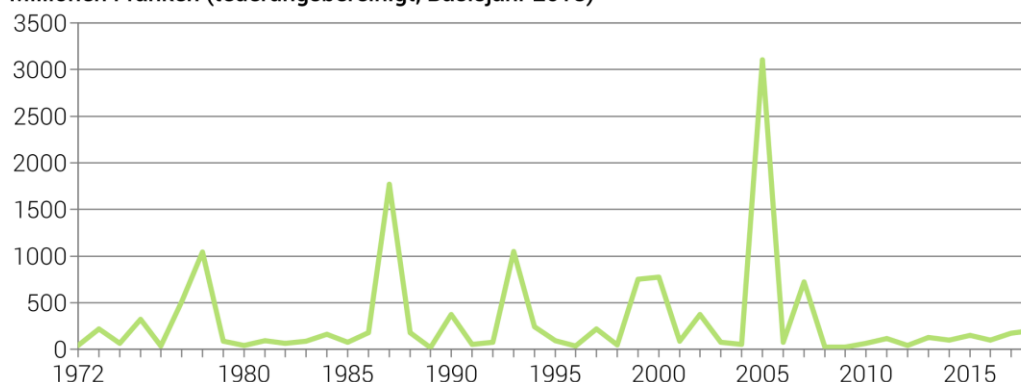
Der Indikator misst die Kosten, welche von Naturereignissen wie Hochwasser, Murgängen, Rutschungen, Steinschlag, sowie Fels- oder Bergsturz verursacht werden. Diese Kosten sind unter anderem abhängig von der Anzahl und dem Wert der beschädigten Häuser und Güter.

Quantifizierbares Ziel: *Wo es nicht möglich ist, Naturgefahren auszuweichen, werden Massnahmen baulicher, biologischer oder organisatorischer Art getroffen, um die Gefahr abzuwenden oder die Schäden zu reduzieren.*

Schäden durch Naturereignisse

Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz

Millionen Franken (teuerungsbereinigt, Basisjahr 2018)



Steinschlag, Fels- und Bergsturz seit 2002 berücksichtigt

Quelle: Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft

© BFS 2019

Kommentar

Von 1972 bis 2018 verursachten Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz Gesamtschäden in der Höhe von 14,3 Milliarden Franken; dies entspricht einem durchschnittlichen Schaden von 304 Millionen Franken pro Jahr. Hochwasser und Murgänge verursachten im selben Zeitraum Schäden von 13,3 Milliarden Franken, die Schäden durch Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz beliefen sich auf gut 1 Milliarde Franken (teuerungsbereinigte Zahlen). 2018 betrugen die Schäden durch diese Naturereignisse 200 Millionen Franken.

Rund die Hälfte der Schäden seit 1972 ist auf die fünf grössten Einzelereignisse zurückzuführen. So verursachte das Hochwasser vom August 2005 allein Schäden in Höhe von rund 3 Milliarden Franken. Das ist die höchste Schadenssumme der letzten 45 Jahre.

Im Jahr 2018 hat der Bund insgesamt rund 233 Millionen Franken für den Schutz vor Naturereignissen ausgegeben. 120 Millionen Franken wurden dabei in Schutzmassnahmen gegen Wasser investiert, 73 Millionen in Schutzwälder und 40 Millionen Franken in Massnahmen zum Schutz vor Murgängen, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz sowie Lawinen. Ohne diese Investitionen würden die Schäden durch Naturereignisse jeweils höher ausfallen.

Rund die Hälfte der Schweizer Waldfläche gilt als Schutzwald. Das entspricht einer Fläche von rund 585 000 Hektaren. Schutzwälder bewahren Siedlungen, Verkehrswege und Industrieanlagen vor Naturereignissen wie Rutschungen, Lawinen, Felssturz oder Steinschlag.

Durch das Auftauen des ständig gefrorenen Bodens, sogenannter Permafrost, verliert der Boden an Stabilität und es kann zu Steinschlag, Felsstürzen sowie Rutschungen und Murgängen kommen. Permafrost kommt auf etwa 5% der Schweizer Landesfläche vor und ist hauptsächlich oberhalb von 2500 Metern über Meer anzutreffen. In den letzten Jahren sind die Temperaturen der Böden mit Permafrost aufgrund der wärmeren klimatischen Bedingungen angestiegen.

Methodologie

Die Schäden durch Hochwasser, Murgänge und Rutschungen werden seit 1972, solche durch Steinschlag, Fels- und Bergsturz seit 2002 erhoben. Die Daten stammen aus einer Datenbank der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), in welcher seit 1972 alle wichtigen Schadenfälle registriert werden. Die Erhebungen basieren hauptsächlich auf Meldungen von etwa 3000 Schweizer Zeitungen und Zeitschriften sowie – bei grösseren Ereignissen – auf Angaben von Kantonen und Versicherungsgesellschaften. Um die Jahre vergleichen zu können, wurden die Preise mit Hilfe des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) des Bundesamts für Statistik teuerungsbereinigt. Der Indikator wird jährlich von der WSL erhoben.

Vertrauen in die Armee

Auszug aus dem Legislaturziel 16: *Die zunehmende Verletzlichkeit der Gesellschaft und technischer Systeme erfordert eine umfassend verstandene Sicherheitspolitik, die rasche und flexible Reaktionen auf Bedrohungen und Gefahren erlaubt. [...] Angesichts der diffusen Bedrohungslage gewinnen die Beschaffung und Bearbeitung von Informationen und die Früherkennung von Gefahren an Bedeutung.*

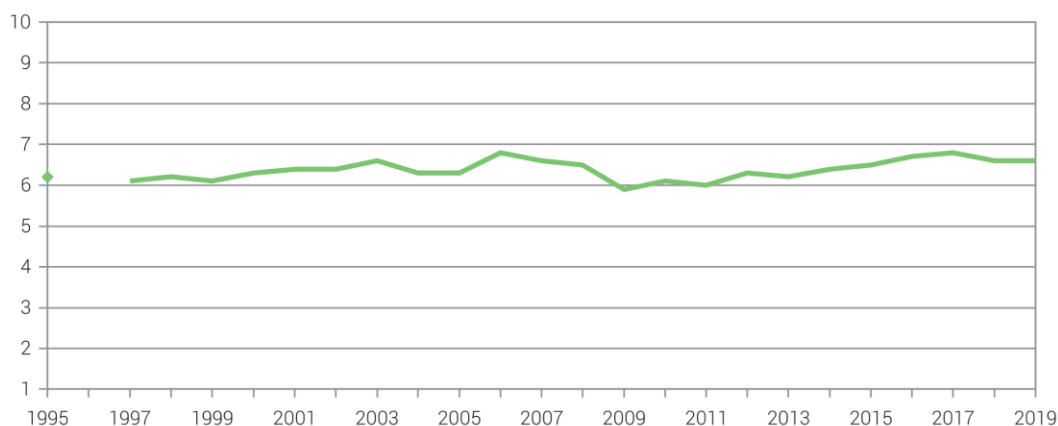
Bedeutung des Indikators: Die Armee ist eine wichtige Institution der Sicherheitspolitik. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Armee ist eine wesentliche Voraussetzung für die Legitimation dieser Institution und hängt eng mit dem allgemeinen Sicherheitsgefühl zusammen. Vertrauen zeigt sich im Gefühl, dass Institutionen wie die Armee „die Dinge schon richtig machen“, ohne dass eine einzelne Person alle Prozesse verstehen oder nachvollziehen können muss.

Der Index zum Vertrauen in die Armee zeigt das subjektive Empfinden der Bevölkerung bezüglich der Institution Armee auf einer Skala von 1 „kein Vertrauen“ bis 10 „volles Vertrauen“.

Quantifizierbares Ziel: *Der Index des Vertrauens der Bevölkerung in die Armee bleibt über dem Niveau von 2011.*

Vertrauen in die Armee

Index von 1 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen)



Quelle: ETH Zürich, Center for Security Studies

© BFS 2019

Kommentar

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Armee schwankt über die Jahre. Der Index hatte 2006 mit 6,8 ein vorläufiges Maximum erreicht, 2009 ist er auf den tiefsten je gemessenen Wert von 5,9 gesunken. Bis 2017 stieg der Indexwert wieder auf 6,8 an und erreichte 2019 einen Wert von 6,6.

Neben der Armee wird auch das Vertrauen in die Polizei, die Gerichte, die Wirtschaft, den Bundesrat, das Parlament, die politischen Parteien und die Medien erhoben. Am meisten Vertrauen wurde 2019 der Polizei (8,0) zugeschrieben, am wenigsten Vertrauen erhielten die politischen Parteien (5,6) und die Medien (5,8) zugesprochen.

Es wird vermutet, dass Schwankungen beim Vertrauen in Institutionen unter anderem auf bestimmte Ereignisse und die Berichterstattung in den Medien zurückgeführt werden können. Kurzfristige Vertrauenseinbussen gehen in der Regel auf negative Erfahrungen bzw. Wahrnehmungen sowie allenfalls auf Unzufriedenheiten mit der Leistung der Institutionen zurück. Längerfristige Einbussen könnten mit der Legitimation in Zusammenhang gebracht werden.

Die Schweizer Armee hat 2018 in Einsätzen und für Unterstützungsleistungen zugunsten Dritter insgesamt 184 526 Dienstage geleistet. Gut die Hälfte dieser Dienstage (97 714) wurde in Friedensförderungsdiensten im Ausland erbracht. Für subsidiäre Sicherungseinsätze im Inland leisteten Angehörige der Armee 64 388 Dienstage in Einsätzen zum Schutz ausländischer Vertretungen, für Flugsicherheitsmassnahmen im Luftverkehr und für das World Economic Forum (WEF) in Davos. Zum Vergleich: 2014 wurden aufgrund der ausserordentlichen Einsätze zugunsten der Ministerkonferenz der OSZE in Basel und der Syrienkonferenz in Montreux mit 121 667 deutlich mehr Dienstage für subsidiäre Sicherungseinsätze geleistet.

Methodologie

Der Index zum Vertrauen in die Armee zeigt das subjektive Empfinden der Bevölkerung bezüglich der Institution Armee auf einer Skala von 1 „kein Vertrauen“ bis 10 „volles Vertrauen“. Die Befragten geben auf dieser Skala an, ob die Armee ihr Vertrauen geniesst. Das Vertrauen in ausgewählte Institutionen wird seit 1995 erhoben. Es wird das Vertrauen in wichtige Behörden (Bundesrat, eidgenössisches Parlament, Gerichte, Polizei und Armee), in die Schweizer Wirtschaft, in die Medien sowie in die politischen Parteien erfragt.

Die Studie wird vom Center for Security Studies der ETH Zürich und der Militärakademie im Auftrag des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) durchgeführt. Der Indikator wird seit 1997 jährlich erhoben.

Multilaterale Abkommen

Auszug aus dem Legislaturziel 17: *Die Staatengemeinschaft ist angesichts nationaler und internationaler Herausforderungen in den Bereichen Frieden, Sicherheit, Finanzstabilität, Wirtschaftswachstum, Armutsbekämpfung und Klimawandel stark gefordert. Als strategische Antwort auf diese Herausforderungen will sich die Schweiz für die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie für den Schutz der Menschenrechte engagieren. Als Verfechterin des humanitären Völkerrechts und neutrale Mediatorin zwischen Konfliktparteien wird sich die Schweiz weiterhin für die Friedenserhaltung sowie für Stabilität in Europa und der Welt einsetzen.*

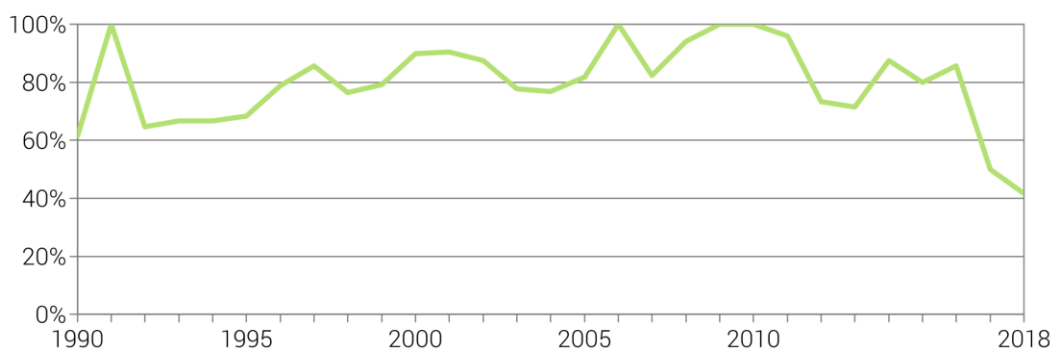
Bedeutung des Indikators: Zur Lösung globaler Probleme sind Abkommen auf internationaler Ebene ein zentrales Instrument. Wichtige Themen solcher Abkommen sind die Transparenz in politischen Prozessen, die Partizipation der Bevölkerung, die Übernahme von Verantwortlichkeiten sowie die Einhaltung der Menschenrechte. Von besonderer Relevanz erweist sich die Förderung der Kohärenz zwischen Handels-, Umwelt- und Sozialregelwerken.

Multilaterale Abkommen werden auf internationaler Ebene beschlossen und danach durch die einzelnen Staaten ratifiziert. Der Indikator zeigt, wie viel Prozent der von der Schweiz unterzeichneten multilateralen Rechtstexte in der Schweiz in Kraft getreten sind. Der Anteil ist Ausdruck für den Willen der Schweiz, die auf internationaler Ebene unterzeichneten multilateralen Abkommen in einem angemessenen Zeitraum umzusetzen. Der Indikator macht keine Aussage über die Ziele der Abkommen und wem diese Abkommen dienen. Er weist zudem nur den quantitativen Aspekt der multilateralen Zusammenarbeit aus und sagt nichts über den Umfang und die Relevanz der Abkommen aus.

Quantifizierbares Ziel: *Die multilateralen Abkommen und die Guten Dienste der Schweiz tragen zur internationalen Stabilität bei.*

Multilaterale Abkommen

Anteil in der Schweiz in Kraft getretene multilaterale Rechtstexte* am Total der in einem Jahr abgeschlossenen Rechtstexte



* Im Abschlussjahr oder in einem Folgejahr, Stand: 02.09.2019

Quelle: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

© BFS 2019

Kommentar

Der Anteil der multilateralen Abkommen, die in der Schweiz in Kraft getreten sind, schwankt seit 1990. Im Jahr 2018 betrug er 41,7%. Zu beachten ist, dass Abkommen oft über ein Jahr nach der Unterzeichnung ratifiziert werden. Der Anteil der multilateralen Abkommen kann sich somit rückwirkend ändern, was insbesondere auf die jüngsten Jahre der Zeitreihe einen Einfluss hat.

Auf der internationalen Ebene sind wirtschaftliche Ordnungen (insbesondere die Welthandelsorganisation WTO) stärker vertreten als Umwelt- und Sozialregelwerke. Insgesamt hat die Schweiz die wichtigsten Abkommen zum Schutz der Menschenrechte ratifiziert.

Methodologie

Der Indikator zeigt, wie viele multilaterale Rechtstexte in der Schweiz in Kraft treten, und setzt diese Zahl ins Verhältnis zum Total der durch die Schweiz unterzeichneten multilateralen Rechtstexte. Für jedes Jahr wird analysiert, wie viele der in diesem Jahr abgeschlossenen Abkommen in Kraft getreten sind (im gleichen Jahr oder in einem Folgejahr). Da Abkommen häufig über ein Jahr nach der Unterzeichnung ratifiziert werden, kann sich der Anteil der multilateralen Abkommen rückwirkend ändern, was insbesondere auf die jüngsten Jahre der Zeitreihe einen Einfluss hat. Der Anteil wird daher jährlich für jedes Jahr rückwirkend überprüft und aktualisiert.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erfasst in einer Datenbank Angaben über sämtliche völkerrechtliche Abkommen, die von der Schweiz unterzeichnet wurden oder die für die Schweiz in Kraft getreten sind, sowie Informationen über weitere wichtige Abkommen und rechtlich nicht bindende Vereinbarungen. Die Informationen werden regelmässig nachgeführt und überprüft. Rechtlich verbindlich sind jedoch nur die in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts (AS) veröffentlichten Angaben.

Geleistete Dienstage für militärische Friedensförderung im Ausland

Auszug aus dem Legislaturziel 17: *Die Staatengemeinschaft ist angesichts nationaler und internationaler Herausforderungen in den Bereichen Frieden, Sicherheit, Finanzstabilität, Wirtschaftswachstum, Armutsbekämpfung und Klimawandel stark gefordert. [...] Als Verfechterin des humanitären Völkerrechts und neutrale Mediatorin zwischen Konfliktparteien wird sich die Schweiz weiterhin für die Friedenserhaltung sowie für Stabilität in Europa und der Welt einsetzen.*

Bedeutung des Indikators: Friedensförderung im internationalen Rahmen ist einer der drei Aufträge der Schweizer Armee und ist als solcher im Militärgesetz verankert. Die Schweizer Armee beteiligt sich seit 1953 weltweit an friedensfördernden Missionen.

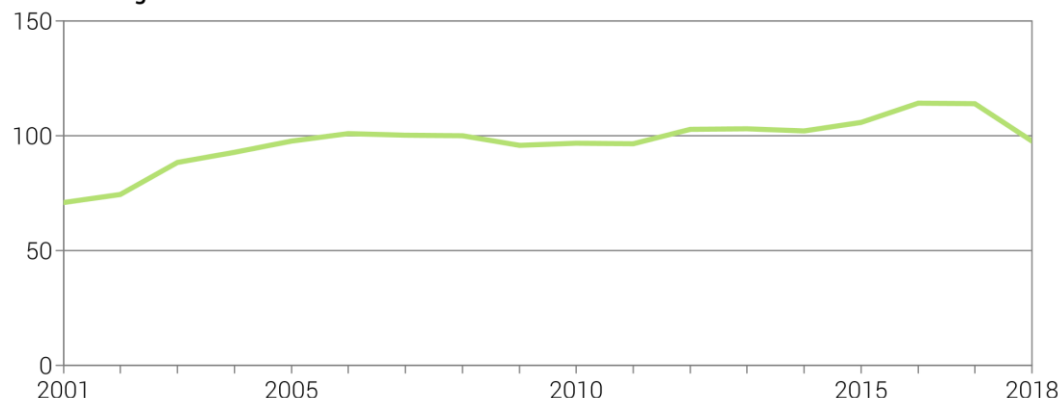
Der Indikator zeigt die Anzahl Dienstage, welche Angehörige der Armee jährlich in Einsätzen für die militärische Friedensförderung im Ausland erbringen.

Quantifizierbares Ziel: *Die Schweiz engagiert sich weiterhin an militärischer Friedensförderung im Ausland.*

Militärische Friedensförderung im Ausland

Geleistete Dienstage in Armee-Einsätzen

Tausend Tage



Quelle: Schweizer Armee

© BFS 2019

Kommentar

Die Anzahl geleisteter Dienstage der Armee im Rahmen von friedensfördernden Missionen hat zwischen 2001 und 2017 zugenommen. Zuletzt war eine Abnahme zu verzeichnen: 2018 wurden 97 714 Einsatztage von der Schweizer Armee geleistet (Vorjahr: 114 078). Durchschnittlich standen täglich 268 Angehörige der Schweizer Armee im militärischen Friedenseinsatz.

Der Hauptteil entfiel mit 71% auf den Einsatz der Schweizer Armee im Kosovo (SWISSCOY). Im Rahmen von UNO-Minenräumprogrammen wurden von Schweizer Experten 3558 Einsatztage geleistet. Die Schweizer Armee beteiligte sich zudem mit 7588 Diensttagen an der Mission EUFOR ALTHEA in Bosnien-Herzegowina sowie an diversen UNO-Missionen, in deren Rahmen Schweizer Militärbeobachter 16 949 Dienstage leisteten.

Methodologie

Der Indikator zeigt die Anzahl Dienstage der Armee, welche für die militärische Friedensförderung im Ausland pro Jahr erbracht werden. Die Schweizer Armee engagiert sich seit 1953 in der neutralen Überwachungskommission für den Waffenstillstand zwischen den beiden Korea, seit 1999 mit der SWISSCOY an der Kosovo-Friedensmission KFOR und seit 2004 an der Mission EUFOR ALTHEA in Bosnien-Herzegowina. Hinzu kommen verschiedene Entsendungen von Militärbeobachtern in diverse UNO-Missionen sowie von Spezialisten in UNO-Minenräumprogrammen.

Die geleisteten Dienstage für die militärische Friedensförderung werden in den Jahres-Einsatzbilanzen vom Führungsstab der Armee publiziert.

Auskunft:

E-Mail: legislaturindikatoren@bfs.admin.ch

Dokument-ID: do-d-00.17-Legislaturindikatoren-2015-2019